ETH zürich

ETH Library

KOF Analysen 2008, Nr. 3, Herbst

Journal Issue

Publication date:
2008-09-29

Permanent link:
https://doi.org/https://doi.org/10.3929/ethz-b-000176239

Rights / license:
In Copyright - Non-Commercial Use Permitted

Originally published in:
KOF Analysen 2008(3)

This page was generated automatically upon download from the ETH Zurich Research Collection.
For more information, please consult the Terms of use.

KOF

KOF Analysen

Konjunkturanalyse:
Prognose 2009/2010
Schweizer Wirtschaft im Sog
des Konjunktureinbruchs in Europa

Herbst 2008 – KA

ETH
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

KOF

ETH Zürich
KOF Konjunkturforschungsstelle
WEH D 4
Weinbergstrasse 35
8092 Zürich

Telefon +41 44 632 42 39
Fax +41 44 632 12 18
www.kof.ethz.ch
kof@kof.ethz.ch

Übersicht

Konjunkturanalyse

→ Schweizer Wirtschaft im Sog des Konjunktureinbruchs in Europa 1 – 96

Neue KOF-Veröffentlichungen

→ Working Papers 98 – 100

Konjunktur 71. Jahrgang

→ Herbst 2008
→ 29. September 2008

INHALTSVERZEICHNIS KONJUNKTURANALYSE

TABELLENVERZEICHNIS KONJUNKTURANALYSE

1 GESAMTDARSTELLUNG 1

1.1 PROGNOSE 2009/2010: AUSGANGSLAGE UND ANNAHMEN 1

1.2 DIE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ IM EINZELNEN: KURZFASSUNG 5

1.3 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DER SCHWEIZ 11

1.3.1 Geldpolitik, Zinsen und Wechselkurse 11

1.3.2 Finanzpolitik 17

1.4 INTERNATIONALE KONJUNKTUR 23

1.5 DETAILLIERTE ERGEBNISSE UND PROGNOSEN (TABELLEN) 38

2 DIE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ IM EINZELNEN 45

2.1 NACHFRAGEKOMPONENTEN 45

2.1.1 Privater und öffentlicher Konsum 45

2.1.1.1 Privater Konsum 45

2.1.1.2 Öffentlicher Konsum 48

2.1.2 Bau- und Ausrüstungsinvestitionen 49

2.1.2.1 Bauinvestitionen 49

2.1.2.2 Ausrüstungsinvestitionen 55

2.1.2.3 Lagerinvestitionen 59

2.1.3 EXPORTE 61

2.2 PRODUKTION UND IMPORTE 67

2.2.1 Produktion 67

2.2.2 Importe 71

2.3 BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSMARKT 75

2.4 PREISE, LÖHNE UND ERTRAGSLAGE 79

2.4.1 Preise 79

2.4.2 Löhne 81

2.4.3 Ertragslage 83

2.5 ERTRAGSBILANZ 87

ANHANG: DATENBASIS 89

1. KOF-Konjunkturszenario und amtliche Statistik 89

2. Standardgrafiken 91

NEUE KOF-VERÖFFENTLICHUNGEN 98

KONJUNKTURANALYSE

Schweizer Wirtschaft im Sog des Konjunktureinbruchs in Europa

YNGVE ABRAHAMSEN, JAN-EGBERT STURM
Gesamtverantwortung Prognose, Konjunkturszenario

ROLAND AEPPLI
Produktion, Arbeitsmarkt, Löhne

MARC ALTENBURG
Gesamtdarstellung, Bauinvestitionen

ERDAL ATUKEREN
Makromodell

STEPHAN BETSCHART
Geldpolitik, Preise

CHRISTIAN BUSCH
Internationale Konjunktur

RICHARD ETTER
Lagerinvestitionen

ANDRES FRICK
Finanzpolitik, öffentlicher Konsum

MICHAEL GRAFF
Konjunkturszenario

GÜNTHER GREULICH
Lektorat

JOCHEN HARTWIG
Internationale Konjunktur

ANDREA LASSMANN
Exporte, Importe, Ertragsbilanz

VOLKER NITSCH
Internationale Konjunktur

WILLY ROTH
Tabellen, Grafiken

ROLF SCHENKER
Ausrüstungsinvestitionen, Ertragslage

BORISS SILIVERSTOVS
Makromodell

MARTIN STRAUB
Privater Konsum

TABELLENVERZEICHNIS KONJUNKTURANALYSE

1.1 AUSGANGSLAGE UND ANNAHMEN

Tabelle 1.2-1 Wachstumsbeiträge 10

1.3 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DER SCHWEIZ

Tabelle 1.3.2-1 Rechnungsabschlüsse Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen 18

1.4 INTERNATIONALE KONJUNKTUR

Tabelle 1.4-1 Haupttendenzen Welt 35

1.5 DETAILLIERTE ERGEBNISSE UND PROGNOSEN

Tabelle 1.5-1 Ergebnisse für die OECD, die Europäische Union und die 6 grossen OECD-Länder 38
Tabelle 1.5-2a Reales Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Verwendung 39
Tabelle 1.5-2b Nominelles Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Verwendung 40
Tabelle 1.5-2c Deflatoren des Bruttoinlandprodukts (BIP) nach Verwendung 41
Tabelle 1.5-2d Handels-, Leistungs- und Ertragsbilanz 42
Tabelle 1.5-2e Einkommen und Ersparnis 42
Tabelle 1.5-2f Grössen ausserhalb der VGR 43

2.1 NACHFRAGEKOMPONENTEN

Tabelle 2.1.1.1-1 Einkommen, Sparquote und private Konsumausgaben 46
Tabelle 2.1.1.1-2 Konsumausgaben der privaten Haushalte 47
Tabelle 2.1.2.1-1 Bauinvestitionen 53
Tabelle 2.1.2.3-1 Lagerinvestitionen 60

2.3 BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSMARKT

Tabelle 2.3-1 Arbeitsmarkt im Überblick 76
Tabelle 2.3-2 Arbeitsmarktbilanz 78

2.4 PREISE, LÖHNE UND ERTRAGSLAGE

Tabelle 2.4.1-1 Konsumentenpreise 80
Tabelle 2.4.2-1 Kaufkraft der Löhne 82
Tabelle 2.4.3-1 Ertragslage, Arbeitsproduktivität 86

1 GESAMTDARSTELLUNG

1.1 PROGNOSE 2009/2010: AUSGANGSLAGE UND ANNAHMEN

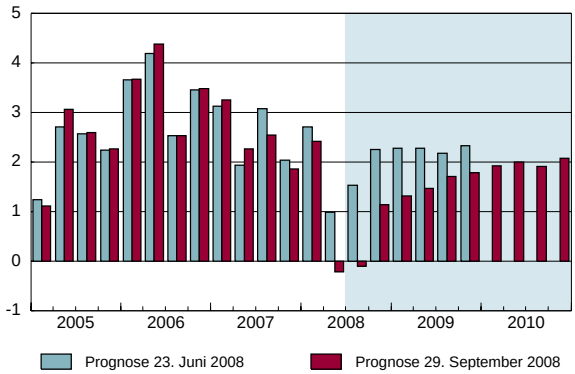
Markante Neueinschätzung der Konjunkturentwicklung in der EU

Gegenüber der Ausgangslage zur Zeit der Konjunkturprognose im Juni 2008 hat sich die konjunkturelle Lage in Europa auf breiter Front drastisch verschlechtert. Im 2. Quartal 2008 ging gemäss den vorliegenden provisorischen Daten die Wertschöpfung in der EU gegenüber dem 1. Quartal zurück, im Sommer waren wir noch von einer Zunahme ausgegangen. Auch das 3. Quartal dürfte wesentlich schwächer ausfallen als im Sommer prognostiziert, denn momentan ist es in der EU zu einem regelrechten Stimmungseinbruch gekommen. Im Ergebnis dürfte gemäss unserer jetzigen Einschätzung die europäische Wirtschaft somit wohl während zweier aufeinanderfolgender Quartale schrumpfen, womit ein verbreitetes quantitatives Kriterium zur Feststellung einer Rezession erfüllt wäre, auch wenn im Vorjahresvergleich für 2008 noch ein klar positives Wirtschaftswachstum resultiert.

Grafik 1.1-1

Europäische Union (EU-27): Reales BIP mit Prognose

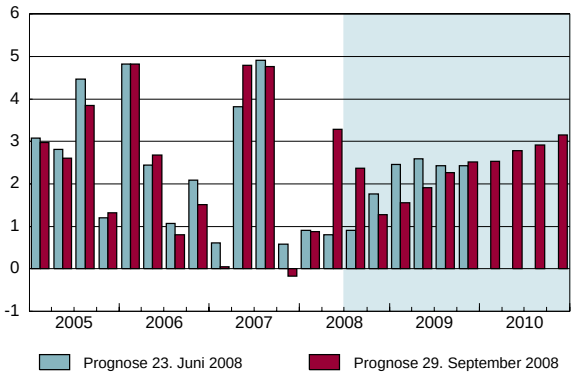
(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Wie kommt es zu dieser markanten Neueinschätzung? An erster Stelle sind die mittlerweile verfügbaren Wirtschaftsdaten und -indikatoren zu nennen. Diese sind zwar zumeist noch provisorisch, zeigen aber deutlich und konsistent nach unten, so dass wir diese Evidenz nicht ignorieren können. Offensichtlich erschien uns die europäische Wirtschaft im Sommer resistenter als im Nachhinein ersichtlich gegen den sogenannten «Giftcocktail», d.h., das gleichzeitige Vorliegen mehrerer wirtschaftlich widriger Umstände, welche jeweils für sich genommen die EU-Wirtschaft nicht allzu stark belastet hätten. Zu den Ingredienzien des «Giftcocktails» gehören in erster Linie die anhaltenden Ausstrahlungen der Verwerfungen am US-Immobilienmarkt, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie der inflationäre Druck durch die Preisentwicklungen an den internationalen Öl- und Rohstoffmärkten. Zu nennen sind auch die negativen Entwicklungen an den Immobilienmärkten des Vereinigten Königreiches und Spaniens. Das nunmehr deutlich schwächere internationale Umfeld ist nach unserer Einschätzung nur zu einem geringen Teil direkt durch die anhaltenden Korrekturen an den Finanzmärkten

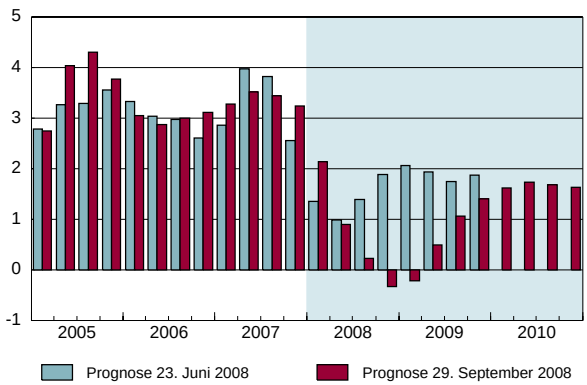
bedingt, die Hauptursachen für den jetzigen Einbruch dürften vielmehr im steigenden Erdölpreis und der damit verbundenen Umverteilung zugunsten der erdölexportierenden Länder sowie in der in verschiedenen Ländern drastisch reduzierten Wohnbauaktivität zu suchen sein.

Grafik 1.1-2
USA: Reales BIP mit Prognose
(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Verändertes internationales Umfeld verschlechtert Aussichten für die Schweiz
Durch die Neueinschätzung der Konjunkturentwicklung in der EU sind wir nun auch mit einer massiven Korrektur der für die Prognose der Schweizer Wirtschaftsentwicklung massgeblichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Da sich das internationale wirtschaftliche Umfeld wesentlich düsterer zeigt, wird die mittlerweile vierjährige Periode überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in der Schweiz überraschend schnell beendet sein. Während wir noch im Frühsommer nur eine konjunkturelle Eintrübung prognostizierten, sehen wir uns jetzt mit einem – wenngleich milden und kurzen – Rezessionsszenario konfrontiert: In unserer aktuellen Prognose weist die Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts gegenüber dem Vorquartal Ende 2008 und Anfang 2009 über zwei Quartale leicht negative Werte auf, so dass damit bereits das mittlerweile international übliche Kriterium für eine Rezession erfüllt wäre.

Grafik 1.1-3
Schweiz: Reales BIP mit Prognose
(glatte Komponente)



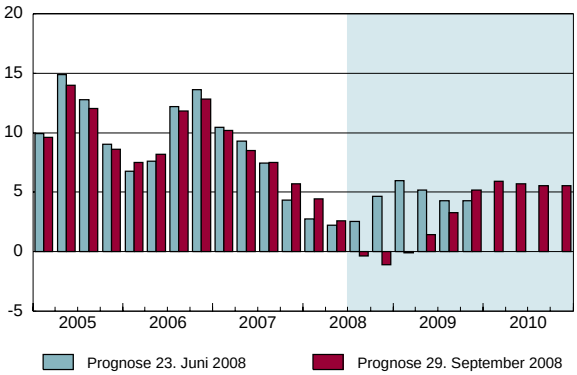
Der massgebliche Übertragungskanal von der EU-Konjunktur auf die Schweiz ist wie üblich die Exportwirtschaft. Der starke Einbruch bei wichtigen Handelspartnern hat dabei zur Folge, dass die schweizerischen Exporte einen starken Dämpfer erhalten werden. Verschärfend für die Schweiz wirkt, dass der Rückgang bei den Warenexporten und beim Fremdenverkehr in einer Phase kommt, in der auch die Finanzdienstleister mit einer erheblich schwächeren Nachfrage konfrontiert sind.

Angesichts der kraftlosen Entwicklung der Exportwirtschaft werden die inländischen Unternehmen ihre Investitionspläne schnell redimensionieren. Die Zeiten hoher Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen sind damit zunächst vorüber, und auch der Wirtschaftsbau bleibt schwach. Die Wohnbauinvestitionen dürften sich als am widerstandsfähigsten erweisen, nachdem hier der Trend für drei Jahre nach unten zeigte, ist wieder mit einem leicht positiven Zuwachs zu rechnen.

Grafik 1.1-4

Exporte von Waren (Total 1) und Dienstleistungen

(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



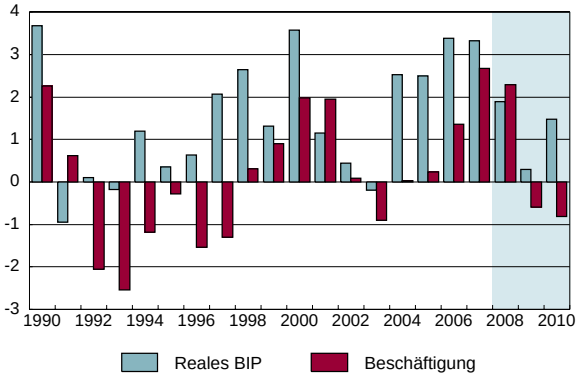
Die exportorientierten Unternehmen bzw. Branchen werden also als erste mit den nunmehr widrigeren Marktverhältnissen konfrontiert. Angesichts des Ausmasses des exportindizierten Konjunktureinbruchs wird aber das Übergreifen auf die eher binnenorientierten Wirtschaftszweige nicht lange auf sich warten lassen. Einzig die nicht oder nur wenig konjunkturreagiblen Wirtschaftszweige, wie das Unterrichts- oder Gesundheitswesen, dürften verschont bleiben und damit für eine gewisse Stabilisierung sorgen. Der in der Schweiz zurzeit noch lebhafte private Konsum stützt dabei die zunächst noch positive Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts, kann aber den prognostizierten Einbruch nicht verhindern, sondern nur verzögern.

Der in den letzten Jahren stetige und starke Anstieg der Beschäftigung, der auch eine zunehmende Beschäftigungsquote zur Folge hatte, wird der aktuellen Prognose zufolge schnell zum Ende kommen. Wir rechnen damit, dass die Schweizer Unternehmen per saldo Arbeitsplätze abbauen werden. Der Beschäftigungsrückgang dürfte aber nicht so stark ausfallen, dass es verbreitet zu konjunkturbedingten Entlassungen kommt, eher ist mit einer verhaltenen Neubesetzung von im Rahmen der normalen Fluktuation frei werdenden Arbeitsplätzen zu rechnen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird dementsprechend eher mässig sein. Davon betroffen sein werden gemäss diesem Szenario vor allem in den Arbeitsmarkt eintretende Personen, so dass eine überdurchschnittliche Erhöhung der Jugendendarbeitslosigkeit zu erwarten ist.

Grafik 1.1-5

Bruttoinlandprodukt und vollzeitäquivalente Beschäftigung

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



Fiskal- und Geldpolitik wirken insgesamt stabilisierend

Die Fiskalpolitik wird unseren Annahmen zufolge vor allem aufgrund der automatischen Stabilisatoren tendenziell konjunkturstützend wirken, auch wenn im nächsten Jahr ein schwach negativer Fiskalimpuls zu erwarten ist. Die Geldpolitik tut in unserem Szenario das Richtige und wirkt mit zwei bevorstehenden Zinssenkungen von insgesamt 50 Basispunkten ebenfalls stützend. Angesichts der überraschend schnellen Verschlechterung des internationalen Umfeldes und der gemeinhin angenommenen Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik auf die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts im Bereich von vier bis sechs Quartalen, kann aber die SNB dem für Ende des Jahres erwarteten Einbruch nichts entgegensetzen, sondern nur die Erholung beschleunigen.

Der hier prognostizierte Konjunktureinbruch ist demjenigen nach dem Platzen der sogenannten «Dotcom»-Blase im Jahr 2001 vergleichbar. Er dürfte aber weniger markant ausfallen und wesentlich kürzer sein, wenn, wie hier angenommen, die wirtschaftliche Aktivität in unseren wichtigsten Exportdestinationen gegen Ende dieses Jahres wieder zunimmt. Die Weltwirtschaft dürfte aber zunächst eine gemächlichere Gangart einschlagen als in den vergangenen Jahren. Dies wird die Schweiz als Exporteur von Investitions- und Luxusgütern treffen, und auch beim Fremdenverkehr wird dies spürbar werden. Der Wiederaufschwung dürfte daher moderat ausfallen.

Prognoserisiken: Europäische Konjunktur und Übertragungsmechanismen

Die Risiken dieser Prognose liegen zum einen darin, dass sich die europäische Wirtschaft anders entwickelt als hier angenommen. Dabei scheint sowohl eine weniger akzentuierte Abschwächung mit einer Korrektur der provisorischen Daten für das 2. Quartal des laufenden Jahres möglich als auch eine deutlicher ausgeprägte Krise, wenn die anhaltenden Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten sich über schwer einschätzbare Wirkungskanäle auf die reale Wirtschaftstätigkeit auswirken sollten. Zum anderen nehmen wir an, dass die Übertragung des negativen Konjunkturimpulses auf die Schweizer Wirtschaft zwar mit einer gewissen Verzögerung, dabei aber wie in der Vergangenheit recht kräftig erfolgt. Falls die Schweizer Wirtschaft in der jüngsten Vergangenheit einen Strukturwandel durchgemacht haben sollte, der sie weniger empfindlich auf von den Nachbarländern ausgehende Impulse reagieren lässt, könnte unsere Prognose die Entwicklung überzeichnen.

1.2 DIE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ IM EINZELNEN: KURZFASSUNG

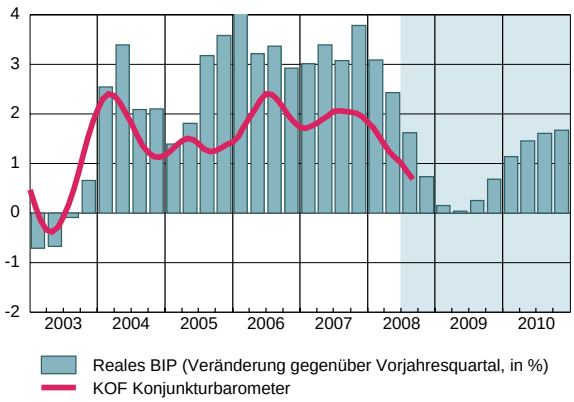
Erste Anzeichen der Ernüchterung

Für die Schweiz brachte das erste Halbjahr 2008 bereits eine leichte Ernüchterung. Das BIP wuchs annualisiert nur noch um etwa 1%. Doch ist damit die Abkühlung nicht beendet. Nach einem weiteren Rückgang der Wachstumsrate im 3. Quartal dürfte diese anschliessend sogar negativ ausfallen. Aufgrund des Überhangs am Jahresanfang wird in diesem Jahr ein Anstieg um 1.9% gegenüber 2007 resultieren. Da um die Jahreswende das Wachstum vorübergehend zum Erliegen kommt, wird sich die Wirtschaftsleistung 2009 nur um 0.3% erhöhen. Der Tiefpunkt sollte dabei im kommenden Winterhalbjahr erreicht werden, in dem das Schweizer BIP leicht zurückgehen dürfte. Allerdings beginnt danach rasch eine Erholung, und für 2010 sollte bereits wieder ein um 1.5% höheres BIP stehen. Die Rückkehr zu den Wachstumsraten der vergangenen Jahre bleibt jedoch vorerst aus.

Grafik 1.2-1

Reales BIP und KOF Konjunkturbarometer

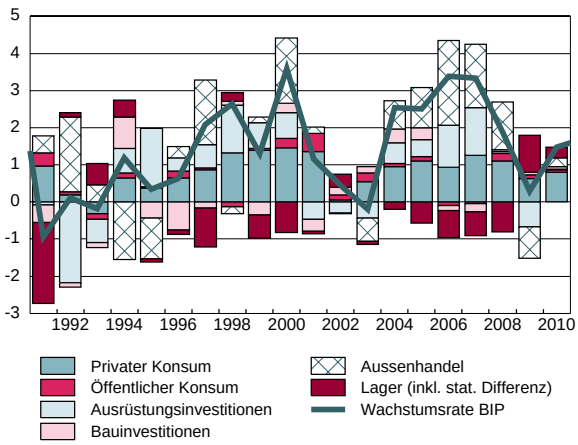
(BIP ab 2008: Schätzung/Prognose KOF)



Grafik 1.2-2

Verwendungsseitige Wachstumsbeiträge zum realen BIP

(in PP vom BIP)



Exporte leiden unter der Schwäche in Europa

Der Hauptgrund für die durchzogenen Aussichten ist dabei das, was ausserhalb der Schweizer Landesgrenzen passiert. Hat der Aussenhandel in den letzten Jahren die einheimische Wirtschaft noch stimuliert, so ist er nun auch für den massiven Dämpfer verantwortlich. So gingen im 2. Quartal die Warenexporte in die Industrieländer zurück und nur die Nichtindustrieländer konnten das Gesamtbild retten. Dabei profitierten einige Länder in der letzten Gruppe immer noch von den hohen Rohwarenpreisen und den dadurch erzielten Erlösen. Für das Gesamtjahr 2008 bleibt demnach ein Plus von 3.6% bei den Warenausfuhren. Die Abkühlung der Weltwirtschaft schlägt 2009 erst mit einer leichten Verzögerung voll auf die Schweiz durch: Die Exporte dürften nur noch mit 1.3% wachsen, bevor 2010 wieder höhere Raten erreicht werden sollten. Noch stärker ist der Einbruch bei den Dienstleistungsexporten: Diese legen 2009 gar nicht mehr zu (–0.1%), 2010 dann, angesichts eines wieder besseren wirtschaftlichen Umfeldes, um moderate 2.8%.

Die vor allem durch die Exportschwäche verursachte schlechtere Schweizer Binnenkonjunktur macht sich auch bei den Warenimporten bemerkbar. Diese stagnierten bereits im 2. Quartal des laufenden Jahres. Für 2008 dürfte demnach nur noch ein leichtes Plus von 1.7% bleiben. Erst 2010 sollte dann wieder eine Phase kräftigeren Wachstums beginnen. Schwächer als in der Vergangenheit legen auch die Importe von Dienstleistungen zu, zu denen hauptsächlich die Bereiche Tourismus, Transportdienstleistungen sowie Lizenz- und Patentausgaben gehören.

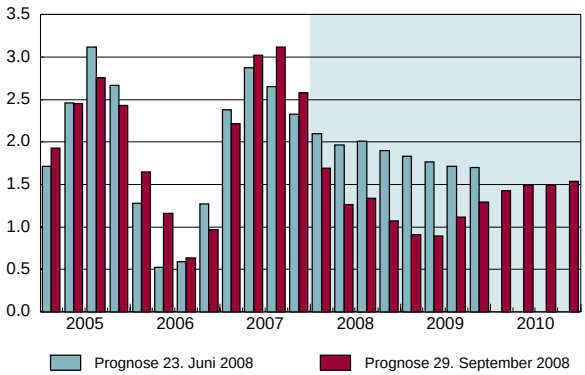
Konsum stützt, aber auf tieferem Niveau

Stützend, wenn auch auf niedrigerem Niveau als noch im Sommer prognostiziert, wirkt weiterhin der private Konsum. 2007 noch mit 2.1% gewachsen und nach einem guten ersten Halbjahr 2008 ist hier am aktuellen Rand eine Abschwächung zu erkennen. Zwar floriert der Detailhandel noch, das Gastgewerbe und die Immatrikulationen von Personenwagen stagnieren jedoch bereits. Damit scheint der Höhepunkt der Konsumkonjunktur definitiv überschritten zu sein. Dennoch – und trotz der jüngst sich deutlich verschlechternden Konsumentenstimmung – geht die KOF für das laufende Jahr von einem Wachstum um 1.9% aus. 2009 wirken sich die verhaltene Binnenkonjunktur und die dann nicht mehr so rasch steigenden Einkommen dämpfend auf die privaten Haushalte aus: Mit nur noch 1.1% kommen deren Ausgabensteigerungen für Güter und Dienstleistungen auf den tiefsten Jahreswert seit 2003 zu liegen. 2010 sollte es dann wieder stärker nach oben gehen.

Grafik 1.2-3

Realer privater Konsum

(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Vom Bau kommen keine Impulse

Keine nennenswerten Wachstumsimpulse sind vom Bausektor zu erwarten. Vor allem unter dem Druck hoher Baupreise setzte dieser Wirtschaftsbereich im Jahr 2007 seine Seitwärtsbewegung mit leicht negativen Wachstumsraten fort. Auch für 2008 scheint eine Stagnation ein plausibles Szenario, allerdings dann mit verändertem Vorzeichen. Wir erwarten hier einen Anstieg der Bauinvestitionen um 0.4%, der vor allem den Bereichen öffentlicher Hochbau und Infrastrukturbau zu verdanken ist. Dagegen muss der Wirtschaftsbau einen Rückgang von mehr als 4% hinnehmen. Ab dem Jahr 2009 dürfte dann auch – angesichts tiefer Leerwohnungsziffer und anhaltender Zuwanderung – der Wohnbau wieder zum Gesamtwachstum beitragen. Dieses sollte dann bei 0.8% (2009) bzw. 0.7% (2010) zu liegen kommen.

Folge der kurzfristig schlechter gewordenen Gewinnaussichten ist, dass sich die Unternehmen zunächst auch mit Investitionen zurückhalten. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen dieses Jahr nur um 0.4% zu und schrumpfen 2009 um 5.5%. Auch für 2010 zeichnet sich noch keine nachhaltige Erholung am Horizont ab. Der absolute Tiefpunkt liegt dabei im 1. Quartal des kommenden Jahres, also genau dann, wenn auch das Schweizer BIP zurückgehen dürfte. Erst 2010 nehmen die Ausrüstungsinvestitionen wieder zu.

Hingegen gehen von den Lagern im Jahr 2009 positive Impulse aus; der jahrelange Abbau der Bestände dürfte dann erst einmal beendet sein und ein Aufbau folgen.

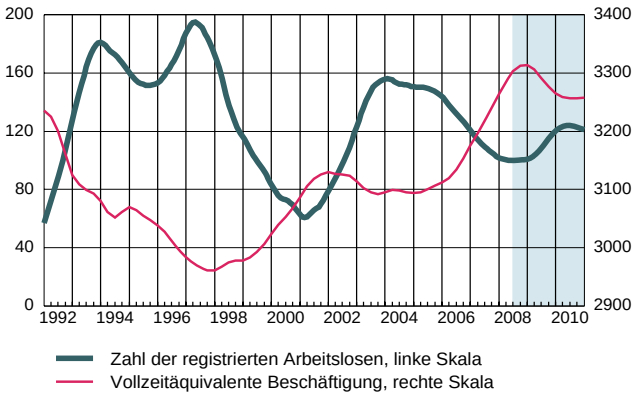
Aufschwung am Arbeitsmarkt ist vorerst vorbei

Dies alles führt dazu, dass auch auf dem Arbeitsmarkt die Zeiten des Aufschwungs – mit stetig wachsender Beschäftigung und sinkenden Arbeitslosenraten – erst einmal vorbei sein werden. So stieg die Beschäftigung zwar bis in die erste Jahreshälfte 2008 an, jedoch zuletzt nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr. Auch die Abnahme bei der Zahl der Stellensuchenden, die seit 2005 angedauert hatte, ist in den letzten Monaten annähernd zum Stillstand gekommen. Angesichts der verhaltenen BIP-Entwicklung ist mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen. So dürfte es ab dem 1. Quartal 2009 zu einer sinkenden Beschäftigung kommen, und zwar sowohl in Stellen als auch in Vollzeitäquivalenten gerechnet. Da sich das Arbeitsangebot gleichzeitig erhöht, steigt die Arbeitslosigkeit. Liegt deren Rate 2008 noch bei tiefen 2.5%, dürfte 2009 im Jahresdurchschnitt ein Wert von 2.8% erreicht werden, 2010 dann 3.1%. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Löhne, denn die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer hängt stark von

Grafik 1.2-4

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit mit Prognose

(in 1000 Personen, glatte Komponente)



der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt ab. Waren die Verdienste 2007 wegen dem Wegfall vieler Boni relativ langsam gewachsen, sorgte die florierende Beschäftigung dafür, dass die Arbeitnehmer 2008 wieder deutlich mehr Einkommen erzielten. Im Herbst des laufenden Jahres, in dem die Löhne für 2009 ausgehandelt werden, präsentiert sich die Gesamtsituation allerdings ungünstiger. Dementsprechend schwächer dürften sich die Einkommen entwickeln. Dies trifft vor allem auf die von der KOF berechneten Durchschnittslöhne zu, die im Prognosezeitraum nur noch um 2.8% bzw. 1.7% wachsen werden. Bei gleichzeitig zurückgehender Teuerung sind dies aber immer noch Reallohnerhöhungen.

Verbunden mit steigender Beschäftigung ist oft ein Rückgang der Arbeitsproduktivität. Dies trifft auch auf die aktuelle Situation zu. So sollte in diesem Jahr die Arbeitsproduktivität in der Schweiz um 0.4% sinken. In Verbindung mit steigenden Nominallöhnen nehmen damit auch die Lohnstückkosten zu, was zu sinkenden Gewinnen bei den Firmen führt. Aber bereits im kommenden Jahr sollte sich diese Entwicklung umkehren und eine steigende Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung die Erträge der Firmen wieder kräftiger sprudeln lassen.

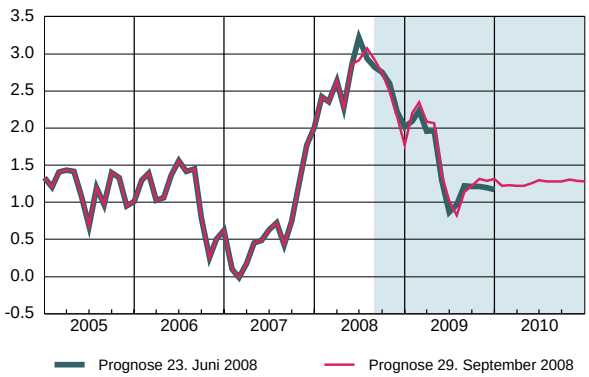
Höhepunkt der Teuerung ist überschritten

Was derzeit bei den Preisen geschieht, lässt sich als ein Überschreiten des Höhepunkts bezeichnen. Zuvor hatte sich die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung in der ersten Jahreshälfte massiv beschleunigt und lag im Juli mit 3.1% weit über dem für die Schweizerische Nationalbank (SNB) tolerablen Bereich. Daran waren jedoch nicht nur die kräftigen Preisanstiege beim Rohöl und den daraus gewonnenen Brenn- und Treibstoffen schuld. Vielmehr verteuerten sich auch die übrigen Importgüter auf breiter Front. Die Preise der inländischen Waren und Dienstleistungen zogen ebefalls an. Mit der Beruhigung an den Rohwarenmärkten dürfte die Inflationsrate nun jedoch langsam wieder sinken. Dazu sollte auch die schwächer werdende Konjunktur beitragen. Damit einhergehend sinkt die Kapazitätsauslastung, gleichzeitig fallen, wie schon erwähnt, die Lohnzuwächse schwächer aus. Die Wohnungsmieten dürften kurzfristig nochmals leicht beschleunigt ansteigen. Angesichts der erwarteten abwärts gerichteten Zinsentwicklung kann aber auch hier mittelfristig Entwarnung gegeben werden. Für dieses Jahr rechnet die KOF mit einer Gesamtteuerung von 2.6%, die in den kommenden zwei Jahren auf 1.5% bzw. 1.3% absinken dürfte.

Grafik 1.2-5

Konsumentenpreise

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



SNB dürfte die Zinsen senken

Es scheint, dass neben der Preisstabilität das Hauptaugenmerk der Zentralbanken der Überwindung der immer noch andauernden Finanzkrise gilt. Den Willen dazu bewiesen sie – und mit ihnen die SNB – auch in jüngster Zeit wieder, vor allem mit der Bereitstellung von zusätzlicher Liquidität. Während allerdings die US-Zentralbank vor dem Hintergrund einer drohenden Rezession allein im Jahr 2008 die Zinsen um 225 Basispunkte senkte, hielt die SNB unverändert an ihrem Zinszielband fest. Die EZB hatte den Leitzins unter dem Eindruck massiver Teuerung zur Jahresmitte sogar noch einmal erhöht. Grund für das Stillhalten der SNB war, dass sie die Konjunkturrisiken schon frühzeitig erkannte und den starken Teuerungsanstieg als temporäres Phänomen erachtete. Als Folge dessen blieben die Kreditzinsen in der Schweiz im internationalen Vergleich stabil. Gleichwohl gerieten aber die einheimischen Aktienmärkte in den internationalen Abwärtssog. Daneben hat sich die im Zuge der Finanzmarktkrise erfolgte massive Aufwertung des Frankens zuletzt wieder teilweise abgebaut. Vor dem Hintergrund schlechterer Konjunkturaussichten und sinkender Teuerung eröffnet sich der SNB nun ein geldpolitischer Spielraum. Daher geht die KOF davon aus, dass die SNB im Winterhalbjahr das Zielband für den Dreimonats-Libor in zwei Schritten von je 25 Basispunkte senken wird. Der Franken sollte gegenüber dem Euro stabil bei einem Kurs von etwa 1.60 CHF/EUR notieren. Der Dollar, das Pfund und der Yen dürften jedoch gegenüber der Schweizer Währung an Wert gewinnen.

Öffentliche Haushalte erzielen weiter Überschüsse

Die öffentlichen Haushalte haben im vergangenen Jahr von ihren Sparanstrengungen und der Wirtschaftsentwicklung profitiert. Die Überschüsse von Bund, Kantonen und Gemeinden stiegen 2007 auf 11 Mrd. Fr., vor allem dank höherer Einnahmen. Für das laufende Jahr zeichnen sich dagegen deutlich tiefere Überschüsse von 5.5 Mrd. Fr. ab. Grund dafür sind vor allem hohe einmalige Sonderausgaben des Bundes. Diese sollten auch die Konjunktur im laufenden Jahr stützen. Die Finanzmarktkrise dürfte sich erst 2009 und 2010 in den Budgets bemerkbar machen, wenn das Einnahmenwachstum an Dynamik verliert. Weil eine Änderung der Staatsausgaben nur mit Verzögerung realisierbar ist, sinken die Überschüsse, und zwar bis 2010 auf 3.4 Mrd. Fr. Der öffentliche Konsum wächst dabei schwächer als die Einnahmen. Im laufenden Jahr lassen die Budgets eine Zunahme um 1.9 % als realistisch erscheinen, für 2009 und 2010 sieht die KOF dann nur noch ein Wachstum des öffentlichen Konsums von 1% bzw. leicht darunter. Hier dürften vor allem die Steuersenkungspolitik und der Wille, den Staatsanteil zu begrenzen, bremsend wirken.

Tabelle 1.2-1

Wachstumsbeiträge zum realen Bruttoinlandprodukt der Schweiz 1996–2010 (1)

(Veränderung in % des Vorjahres-BIP resp. mittlere Veränderung in % des jeweiligen Vorjahres-BIP)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Privater Konsum (Inländerkonzept)	1.0	0.9	1.2	1.1	0.6	0.8
Öffentlicher Konsum	0.1	-0.1	0.0	0.2	0.1	0.1
Bauinvestitionen	0.0	-0.1	-0.2	0.0	0.1	0.1
Ausrüstungsinvestitionen	0.3	1.1	1.3	0.0	-0.7	0.0
Inländische Endnachfrage	1.4	1.8	2.3	1.4	0.1	0.9
Lagerveränderung	-	-0.7	0.2	-0.1	0.7	0.2
Inlandnachfrage	1.1	1.1	1.6	0.6	1.1	1.2
Exporte total	2.2	4.7	4.8	2.2	0.5	2.8
Gesamtnachfrage	3.4	5.9	6.4	2.8	1.6	4.1
./. Importe Total	1.7	2.5	3.1	0.9	1.3	2.6
Bruttoinlandprodukt	**1.7**	**3.4**	**3.3**	**1.9**	**0.3**	**1.5**
davon: Aussenbeitrag	0.5	2.3	1.7	1.3	-0.8	0.2
Statistische Differenzen aus Verkettung und Lagerbewertung	-	0.0	-0.9	-0.7	0.3	0.0

(1) Im Unterschied zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind in dieser Tabelle die nicht konjunkturrelevanten Ausfuhren und Einfuhren von Wertsachen, d.h. Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten nicht berücksichtigt (vgl. Tabelle 1.5-2a und Anhang).

1.3 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DER SCHWEIZ

1.3.1 GELDPOLITIK, ZINSEN UND WECHSELKURSE

Globale Finanzmarktturbulenzen halten Zentralbanken weiterhin in Atem

Gut ein Jahr nach Ausbruch der von den USA ausgehenden Finanzkrise haben die Spannungen an den internationalen Finanzmärkten bis heute kaum nachgelassen. Zwar keimte sowohl Mitte März als auch Mitte Juli kurz die Hoffnung auf, das Schlimmste sei überstanden. Die Realität holte die Märkte jedoch schon bald wieder ein: Der Mitte September erfolgte Zusammenbruch zweier namhafter US-Investmentbanken und die kurz darauf gewährte staatliche Hilfe an einen der grössten Versicherungskonzerne führten in aller Deutlichkeit vor Augen, in welch fragiler Lage sich der Finanzsektor nach wie vor befindet. Bis die nötigen Anpassungsprozesse abgeschlossen sein werden und das Vertrauen der Marktteilnehmer wieder hergestellt ist, dürfte noch längere Zeit vergehen. Entsprechend wird die Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität auch in den kommenden Quartalen eine der wesentlichen Herausforderungen der Zentralbanken bleiben.

Die Risikoaufschläge, welche an den Kreditmärkten verlangt werden, sind im Vergleich zu der Zeit vor Beginn der Turbulenzen nach wie vor erheblich. Um diesen Anspannungstendenzen am Interbankenmarkt zu entgegnen, haben die geldpolitischen Behörden den Geschäftsbanken grosszügige Liquiditätshilfen zur Verfügung gestellt. Damit in Europa auch der Zugang zu Dollar-Liquidität erleichtert werden konnte, führten sowohl die Europäische Zentralbank (EZB) als auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) in Absprache mit dem amerikanischen Federal Reserve (Fed) vermehrt Auktionen in US-Valuta durch. Dass in der Schweiz alle diese Geschäfte deutlich überzeichnet wurden, unterstreicht die Wichtigkeit und den Bedarf dieser Massnahmen. Die Finanzinstitute haben jedoch nicht nur mit Refinanzierungsproblemen am Geldmarkt zu kämpfen. Der konjunkturelle Abschwung, massive Aktienkursverluste, die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit bzw. der damit verbundene Anstieg der Refinanzierungskosten sowie zum Teil vorhandene Verschuldungsprobleme brachten die Branche unter zusätzlichen Druck.

Geldpolitik im Spannungsfeld hoher Inflation und verlangsamtem Wachstum

Während es die Zentralbanken mit ihren Interventionen geschafft haben, die Funktionsfähigkeit der Märkte aufrecht zu erhalten, mussten sie parallel dazu auch auf das sich ändernde konjunkturelle Umfeld reagieren. In den USA leitete die amerikanische Notenbank angesichts akuter Probleme im Immobiliensektor und einer sich immer deutlicher abzeichnenden Wachstumsverlangsamung bereits im vergangenen Herbst eine aggressive Zinssenkungspolitik ein. Trotz der sich zunehmend beschleunigenden Inflationsentwicklung wurde die Federal Funds Rate auch in den ersten vier Monaten dieses Jahres nochmals kräftig auf 2.0% gesenkt. Zu den 100 Basispunkten des letzten Jahres kamen also nochmals 225 dazu. Auch die Bank of England hat mit Blick auf die konjunkturelle Abschwächung mit Senkungen des Leitzinses um insgesamt 75 Basispunkte reagiert. Ähnlich wie in den USA leidet auch die britische Wirtschaft an den Folgen einer geplatzten Immobilienbubble. In den kontinentaleuropäischen Ländern schien sich dagegen die Wirtschaft zunächst noch mehrheitlich positiv zu entwickeln. Im Euro-Raum fielen insbesondere die Wachstumszahlen zum 1. Quartal 2008 überraschend kräftig aus. Auch wenn sich einzelne Indikatoren bereits merklich eingetrübt hatten, wohl aber unter dem Eindruck zugleich empor schnellender Inflationsraten, hob die EZB Mitte Jahr ihre Leitzinsen nochmals um einen Viertelprozentpunkt an. Zuvor hatte sie seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise nicht an der Zinsschraube gedreht.

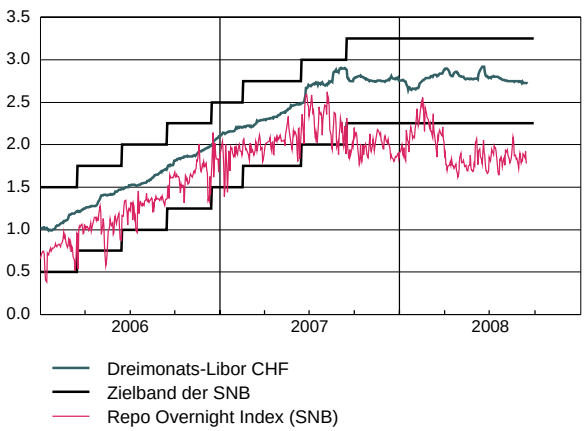
SNB hält trotz hoher Inflationsraten an bisheriger Geldpolitik fest

In der Schweiz hatte die Teuerung Ende 2007 die kritische Marke von 2.0% erreicht, bis im Juli 2008 kletterte sie weiter auf 3.1%. Im Unterschied zu den meisten anderen Industrieländern blieben die Kerninflationsmasse in der Schweiz allerdings vergleichsweise tief. Gleichwohl lag damit die hiesige Gesamtteuerung erstmals seit 1995 wieder deutlich über dem Niveau von 2%, welches die SNB mittelfristig als obere Grenze der Preisstabilität betrachtet. Obwohl die Gefahr von Zweitrundeneffekten angesichts der im ersten Halbjahr weiter steigenden Rohölnotierungen zunahm, beliess die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor bis zuletzt jedoch unverändert bei 2.25% bis 3.25%. Am Londoner Interbankenmarkt sollten sich die Notierungen also um ein Niveau von rund 2.75% bewegen. Ausschlaggebend für diese im Unterschied zur EZB abwartende Haltung war, dass die Schweizer Währungshüter die zyklischen Risiken – aufgrund der sich immer stärker verdichtenden Anzeichen einer wirtschaftlichen Abkühlung im In- und Ausland – stärker gewichteten. Der im Wesentlichen erdölpreisbedingte Teuerungsschub wurde als temporär erachtet, Zweitrundeneffekte waren bisher kaum aufgetreten und die erwartete, weitere Wachstumsverlangsamung sollte ohnehin ein automatisches Nachlassen des Preisdrucks zur Folge haben. Entsprechend lagen die jüngsten Teuerungsprognosen der SNB mittelfristig jeweils stets unterhalb der Marke von 2%.

Grafik 1.3.1-1

Dreimonats-Libor mit Zielband und Reposatz

(in %)



Geldpolitisches Konzept der SNB bewährt sich in Krisenzeiten

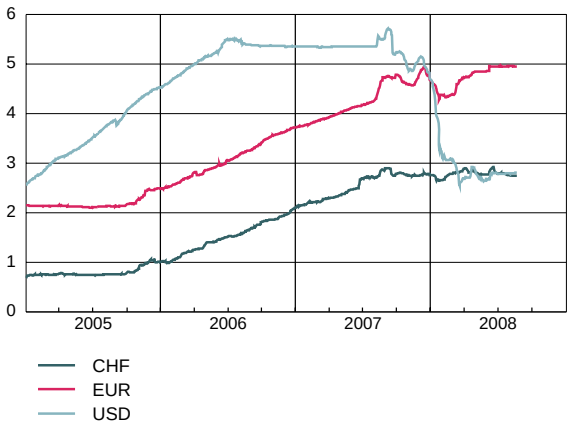
Im Unterschied zu den Geldmarktsätzen in Dollar, Euro oder Pfund blieben die Frankensätze am Londoner Interbankenmarkt seit Ausbruch der Finanzmarktkrise vergleichsweise stabil. Indem die SNB die Umsetzung ihrer Geldpolitik auf einen Marktsatz abstellt, konnte der Franken-Raum wesentlich von den Verwerfungen bzw. den unvorteilhaften Risikoprämien am Geldmarkt abgeschottet werden. So konnten beispielsweise die Zinssätze für Hypothekar- oder Unternehmenskredite, welche vielfach mehr oder weniger direkt an den Libor gebunden sind, im Vergleich zu anderen Währungsräumen stabiler und – bei unveränderter Geldpolitik – auch tiefer gehalten werden. Dies wiederum dürfte entsprechend positive Rückwirkungen auf den Schweizer Kreditmarkt gezeitigt haben. Um den Dreimonats-Libor im gewünschten Bereich halten zu können, musste die SNB allerdings ihre Repo-Geschäfte zu erheblich günstigeren Konditionen abschliessen (vgl. Grafik 1.2.1-1). Die am Interbankenmarkt gestiegenen Risikoprämien wurden auf diese Weise von der Geldpolitik weitestgehend ausgeglichen. Im Gegensatz dazu sind etwa die

Euro-Liborsätze nach Ausbruch der Krise spürbar angestiegen. Die EZB betrachtet denn auch ihren wichtigsten Refinanzierungssatz als Leitzins. Als Folge hat sich der Zinsspread zwischen Franken- und Eurogeldmarktanlagen in den vergangenen Quartalen massiv ausgeweitet; der Einfluss der Anfang Juli erfolgten EZB-Leitzinserhöhung blieb dabei marginal. Ähnliches gilt für die Dollarsätze: Zwar sind diese im Zuge der massiv gelockerten US-Geldpolitik zunächst kräftig gesunken. Als das Fed im März und April ihren Leitzins erneut um insgesamt 100 Basispunkte senkte, bewegte sich der Dollar-Libor indessen kaum mehr.

Grafik 1.3.1-2

Internationale Kurzfristzinsen

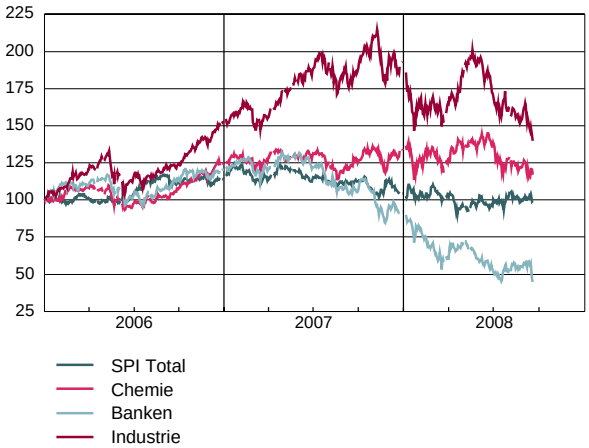
(Dreimonats-Libor, in %)



Finanzkrise und Wachstumssorgen schicken Börsenindizes in den Keller

Die weltweite Entwicklung der Börsenindizes zeigt am deutlichsten und unmittelbarsten auf, wie weitreichend und heftig die ursprünglich von der US-Immobilienkrise ausgehenden, globalen Effekte sind. Nachdem die Aktien bereits im letzten Winterhalbjahr massiv an Wert eingebüsst hatten, schien sich nach der Rettung der Investmentbank Bear Stearns im Frühjahr 2008 eine gewisse Stabilisierung abzuzeichnen. Bereits im Mai drehte sich der Trend jedoch wieder nach unten. Konjunkturelle Sorgen, steigende Ölpreise, nicht enden wollende Negativnachrichten aus dem Finanzsektor sowie allgemein enttäuschende Gewinnmeldungen brachten einen erneuten Umschwung. Die Stimmung verschlechterte sich im Juli weiter, nachdem bei den beiden grössten US-Hypothekenfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac zunehmend Zweifel bezüglich ihrer angemessenen Kapitalausstattung aufkamen. Anfang September wurden beide vom Zusammenbruch bedrohten Institutionen verstaatlicht. Bereits eine Woche später musste eine namhafte US-Investmentbank übernommen werden, eine weitere musste um Gläubigerschutz nachsuchen und eine der grössten Versicherungsgesellschaften wurde unter staatliche Kontrolle gestellt. Damit sind im Zuge der US-Subprime-Krise von den fünf grössten amerikanischen Investmentbanken nur zwei unabhängig geblieben. Vor dem Hintergrund sich weltweit eintrübender Konjunkturperspektiven liessen die starken Verwerfungen am amerikanischen Finanzsektor die Börsenkurse weltweit einbrechen. In den USA verlor der S&P500 zwischen Anfang 2008 und Mitte September insgesamt knapp 20 %. In Deutschland ging der DAX in dieser Periode gar um 25 % zurück. Auch in der Schweiz tendierten die Indizes SMI und SPI mit rund –20% massiv schwächer. Als Spiegelbild des angeschlagenen Finanzsektors hat sich der SPI-Subindex «Banken» im bisherigen Jahresverlauf sogar halbiert.

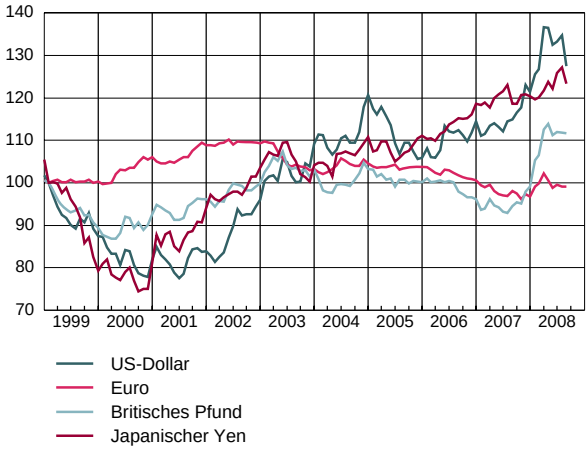
Grafik 1.3.1-3
Swiss Performance Index
(Periodenbeginn = 100)



Deutlich sinkende Anleiherenditen trotz temporär steigender Inflationserwartungen
In einem seit Ausbruch der Finanzmarktkrise von Unsicherheit geprägten Marktumfeld schichteten Investoren ihre Anlageportfolios vermehrt in Richtung relativ sicherer Staatsanleihen um. Entsprechend sanken die Anleiherenditen in allen Währungsräumen. Vor dem Hintergrund der aggressiv gelockerten US-Geldpolitik gingen insbesondere die Renditen von amerikanischen Staatsanleihen kräftig zurück: Zwischen Mitte 2007 und März 2008 sank die Rendite zehnjähriger Treasury Bonds um rund 1.9 Prozentpunkte und damit deutlich unter das Niveau entsprechender Anleihen im Euro-Raum. Im 2. Quartal dieses Jahres schienen die Marktteilnehmer ihre Inflationserwartungen angesichts wenig vorteilhafter Inflationsdaten sowie des anhaltenden Erdölpreisanstiegs etwas nach oben anzupassen. Im Zusammenspiel mit der vorübergehend wieder aufwärts gerichteten Börsenentwicklung tendierten auch die Kapitalmarktrenditen wieder etwas fester. Vor dem Hintergrund der erneuten Verschärfung der Finanzmarktkrise nahm die Nachfrage nach sicheren Staatspapieren ab der zweiten Jahreshälfte wieder spürbar zu, so dass die Renditen erneut zurückgingen. Schweizer Bundesobligationen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren rentierten Mitte September mit 2.8% wieder ähnlich tief wie zu Jahresbeginn.

Kurzzeitige Frankenstärke wird durch Dollaraufwertung gestoppt
Nach einer mehrere Jahre andauernden Schwächephase hatte der Schweizerfranken mit dem Ausbrechen der Finanzmarktkrise Ende Sommer 2007 innerhalb weniger Monate eine kräftige Aufwertung erfahren. Bereits im März 2008 erreichte der nominelle exportgewichtete Aussenwert des Frankens mit einem Indexstand von 113 Punkten kurzzeitig einen historischen Höchststand. Real betrachtet, d.h. unter Berücksichtigung der relativen Preisentwicklung in der Schweiz und den jeweiligen Handelspartnern, blieb der Aussenwert im historischen Vergleich allerdings deutlich von einem hohen Niveau entfernt. In dieser Periode wurden insbesondere der amerikanischen Dollar und das britische Pfund günstiger; diese Währungen kosteten vorübergehend weniger als zwei resp. einen Franken. Gegenüber dem Zeitpunkt vor Krisenbeginn entspricht dies einer Aufwertung von rund 20 Prozent. Im Unterschied dazu notierten die europäische Gemeinschaftswährung und der japanische Yen nur leicht schwächer. Nachdem die Wechselkurse an den internationalen Devisenmärkten im 2. Quartal relativ stabil blieben, setzte im 3. Quartal der Greenback – aber auch der Yen – zu einem kleinen Höhenflug an. Hatte der Euro im Sommer noch einen Rekordstand von gut 1.60 USD/EUR erreicht, mussten im September bereits rund

Grafik 1.3.1-4
Wechselkursindizes des Frankens
(Jan 1999 = 100)

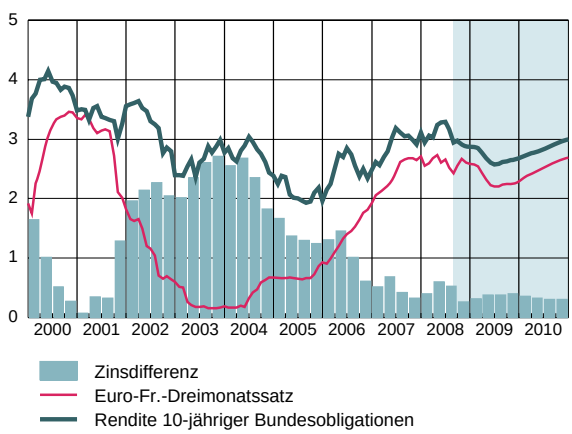


20 US-Cents weniger für einen Euro bezahlt werden. Parallel dazu stieg der Franken-Dollarkurs wieder über die Schwelle von 1.1 CHF/USD. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung dürfte eine grundlegende Neueinschätzung der globalen Wachstumsdynamik und der damit einhergehenden Zinserwartungen gewesen sein. Viele Beobachter gehen denn auch vermehrt davon aus, dass die US-Wirtschaft im Konjunkturzyklus am weitesten fortgeschritten ist, während einige europäische Staaten am Rande einer Rezession stehen dürften. Der momentan im Dollar-Raum noch bestehende deutliche Zinsnachteil sollte demzufolge allmählich schwächer werden, was Anlagen in dieser Währung wieder attraktiver erscheinen liesse.

SNB entgegnet der Wachstumsabschwächung mit Zinssenkungen

Mit einem Wirtschaftswachstum von 3.3% befand sich die Schweiz im Jahr 2007 noch in einer Hochkonjunkturphase, auch wenn bereits im zweiten Halbjahr eine abnehmende Dynamik festgestellt werden musste. Die Wachstumsverlangsamung hat sich nun zu Beginn dieses Jahres verstärkt und wie die aktuellen Ergebnisse des KOF Konjunktur-

Grafik 1.3.1-5
Zinssätze und Zinsstruktur mit Prognose
(in % resp. PP)

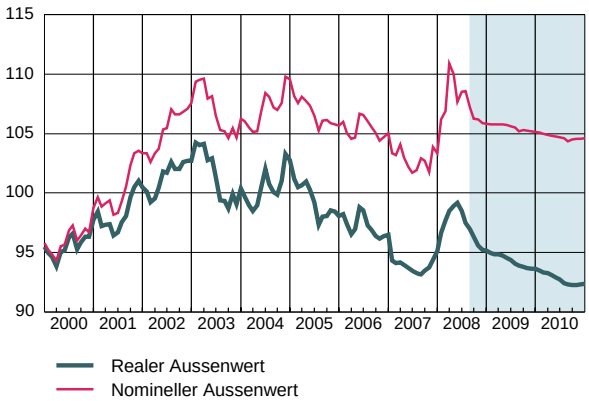


barometers zeigen, ist in naher Zukunft mit einer weiteren Abkühlung zu rechnen. Darüber hinaus hat sich auch die internationale Konjunkturlage – speziell in den europäischen Nachbarländern – deutlich eingetrübt. Gleichzeitig hat die Teuerungsentwicklung ihren Hochpunkt überschritten. Angesichts der weiter sinkenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften auch die Lohnstückkosten schon bald wieder abnehmen. Zudem scheint die Gefahr von Zweitrundeneffekten vor dem Hintergrund der jüngsten Erdölpreisentwicklung kaum mehr akut. Der sich daraus ergebende nachlassende Teuerungsdruck eröffnet der SNB geldpolitischen Spielraum. Angesichts prognostizierter Quartalswachstumsraten von zeitweise nahe null Prozent geht die KOF davon aus, dass die SNB bereits im kommenden Winterhalbjahr das Zielband für den Dreimonats-Libor in zwei Schritten von je 25 Basispunkten senken wird. Eine zusätzliche Lockerung der monetären Rahmenbedingungen ergibt sich einerseits durch den erwarteten weiteren Rückgang der Kapitalmarktrenditen. Sinkende Leitzinsen, sich aufhellende Teuerungsperspektiven und ein vorübergehend deutlich verlangsamter Wirtschaftsgang dürften insbesondere in Europa die Anleiherenditen unter Druck bringen. Ein spürbarer Anstieg ist erst im späteren Prognosezeitraum zu erwarten. Andererseits wird auch mit einem insgesamt nachlassenden Aussenwert des Frankens gerechnet. Zwar wird von einem relativ stabilen Austauschverhältnis zum Euro – rund 1.60 CHF/EUR – ausgegangen. Gleichzeitig dürften jedoch sowohl der Dollar als auch der Yen und das Pfund gegenüber dem Franken an Terrain gewinnen.

Grafik 1.3.1-6

Aussenwert des Frankens mit Prognose

(gegenüber 24 Ländern, exportgewichtet, Jan.1999 = 100)



1.3.2 FINANZPOLITIK

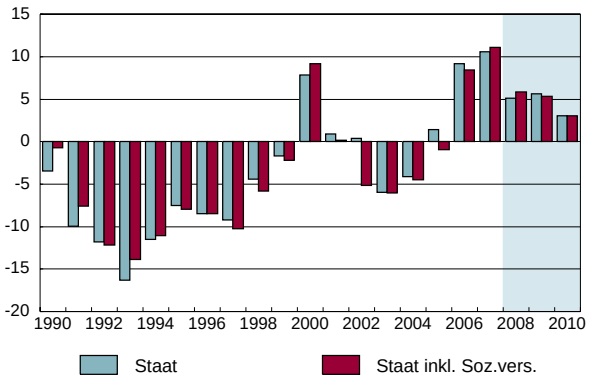
Abnehmende Haushaltsüberschüsse im Prognosezeitraum

Die Ergebnisse der Staatshaushalte haben sich im Jahr 2007 nochmals verbessert. Insgesamt kann mit einem Überschuss in den Rechnungen von Bund, Kantonen und Gemeinden von 10.6 Mrd. Fr. (2.1% des BIP) gerechnet werden, nachdem dieser schon 2006 9.2 Mrd. Fr. betragen hatte.[1] Die Rechnungen der Kantone fielen besser aus als erwartet, und das Gleiche kann für die Gemeinden vermutet werden. Das Wachstum der Einnahmen blieb aufgrund der guten Konjunkturlage mit mehr als 4.0% kräftig. Auch das Ausgabenwachstum beschleunigte sich, fiel aber mit 3.5% (real 1.5%) niedriger aus als der Zuwachs der Einnahmen oder auch des BIP. Unterdurchschnittlich expandierten die Konsumausgaben (Personal- und Sachaufwand), was auf ein Anhalten der Ausgabendisziplin schliessen lässt. Einen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten nach wie vor die laufenden Beiträge (Transferausgaben), aber auch die Investitionen nahmen wieder beschleunigt zu. Im konsolidierten Haushalt von Staat und Sozialversicherungen ergibt sich ein Überschuss von 11.1 Mrd. Fr., nach 8.4 Mrd. Fr. im Jahr 2006.

Grafik 1.3.2-1

Saldo der öffentlichen Haushalte mit Prognose

(in Mrd. Fr.)



Im Jahr 2008 vermindert sich der gesamte Überschuss von Bund, Kantonen und Gemeinden auf 5.1 Mrd. Fr. (1.0% des BIP). Dies ist unter anderem auf hohe Sonderausgaben des Bundes zurückzuführen. Bei verringerter Zunahme der Einnahmen und einer weiteren Beschleunigung bei den Ausgaben nehmen aber auch die Überschüsse der Kantone und Gemeinden leicht ab. Als Folge der Finanzmarktkrise und der schwächeren Konjunktur geht das Einnahmenwachstum in den Jahren 2009 und 2010 auf zuletzt noch rund 2.0% zurück. Da dies erst mit Verzögerung zu einem niedrigeren Ausgabenwachstum führen dürfte, nehmen die Überschüsse weiter ab. Im Jahr 2009 fällt das gesamte Ergebnis mit 5.6 Mrd. Fr. (1.1% des BIP) wegen der wegfallenden Sonderausgaben beim Bund zwar etwas besser aus als in diesem Jahr, im Jahr 2010 vermindert sich der Saldo dann aber auf noch 3.0 Mrd. Fr. (0.6% des BIP). Im konsolidierten Haushalt von Staat und Sozialversicherungen ergibt sich 2010 ein Überschuss von ebenfalls 3.0 Mrd. Fr.

1 Angaben, wenn nicht anders erwähnt, in nominellen Werten. Die den Bund betreffende Angaben enthalten die effektiven Ausgaben und Einnahmen der Sonderrechnungen (FinÖV, ETH-Bereich und Infrastrukturfonds) sowie die ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben mit Ausnahme des Golderlöses der SNB. Die Ergebnisse der Gemeinden für 2007 sind geschätzt.

Tabelle 1.3.2-1

Rechnungsabschlüsse von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen 1996–2010

(in Mio. Fr.)

	96-05 (R)	**2006** (R)	**2007** (R,S)	**2008** (S)	**2009** (S)	**2010** (S)
Bund (1)	-2'660	5'411	4'580	-486	1'224	669
Kantone	-483	2'106	3'957	3'879	3'612	2'229
Gemeinden	438	1'674	2'051	1'723	780	142
Total Staat	-2'705	9'191	10'588	5'116	5'616	3'040
Sozialversicherungen (inkl. ALV)	-67	-745	500	769	-265	-4
Total Staat inkl. Sozialversicherungen	-3'419 (2)	8'446	11'088	5'885	5'351	3'036
In % des BIP	-0.9	1.7	2.2	1.1	1.0	0.6

(R) Rechnungen

(S) Schätzungen

(1) inkl. der effektiven Ausgaben des Fonds für die Eisenbahnprojekte, der ETH und des Infrastrukturfonds

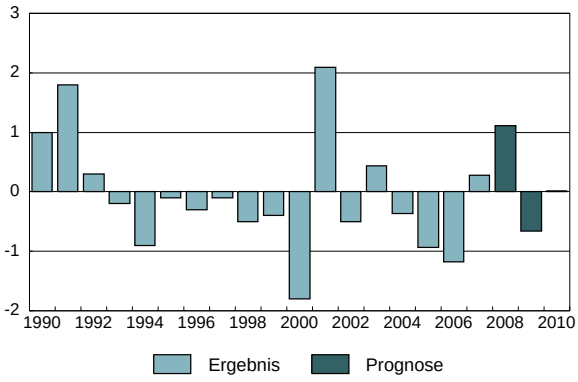
(2) wegen des Ausschlusses von Doppelzählungen bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) deckt sich das konsolidierte Total in den Jahren bis 2002 nicht mit der Summe von Staat und Sozialversicherungen

Der Indikator für den Fiskalimpuls weist für 2008 einen positiven, für 2009 einen negativen Wert aus. Die Finanzpolitik hat demzufolge im laufenden Jahr einen stützenden Effekt auf die Konjunktur; einem verlangsamten Einnahmen- steht ein hohes Ausgabenwachstum gegenüber. Im kommenden Jahr ist das Gegenteil der Fall; der Anstieg der Ausgaben schwächt sich deutlich ab, während die Einnahmen etwa im Ausmass der Einkommen zunehmen. Mit einem wieder etwas höheren Ausgabenwachstum bleibt die Fiskalpolitik im Jahr 2010 neutral.

Grafik 1.3.2-2

Fiskalimpuls der öff. Haushalte mit Prognose

(Veränderung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos insgesamt, in % des nominellen BIP, invertiert)



Bund: Vorübergehend defizitär im Jahr 2008

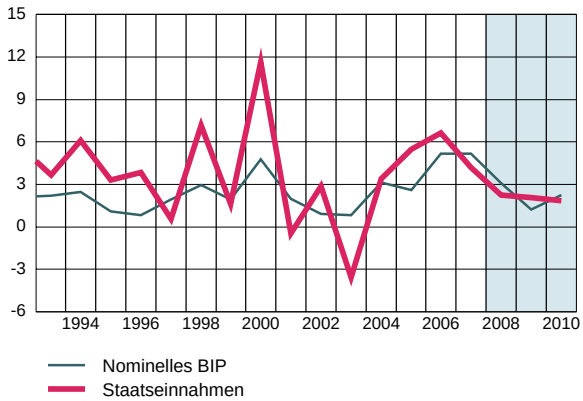
Im Voranschlag 2008 wurde gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 mit praktisch konstanten Bundeseinnahmen gerechnet. Bei der direkten Bundessteuer wirkt der Ausgleich der kalten Progression dämpfend. Für den Saldo der schwer zu prognostizierenden Verrechnungssteuer, wurde der Trendwert unterstellt, der um mehr als 1 Mrd. Fr. unter dem Ergebnis von 2007 liegt. Bei den budgetierten Ausgaben wurde ein Wachstum von 3.1 % gegenüber dem Voranschlag 2007 ausgewiesen; da dieser deutlich unterschritten wurde, würde dies eine Wachstumsrate von 5.3 % gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 implizieren. Die Hochrechnung der Ergebnisse für das erste Halbjahr durch die Eidg. Finanzverwaltung lässt nun aber erwarten, dass – wie schon in den Jahren zuvor – die Einnahmen höher und die Ausgaben niedriger ausfallen als budgetiert. Seitens der Finanzmarktkrise sind noch keine grösseren Effekte auf die Einnahmen zu erkennen. Statt dem budgetierten Überschuss von 1.1 Mrd. Fr. in der ordentlichen Finanzrechnung schätzen wir diesen auf 2.8 Mrd. Fr., nach 4.1 Mrd. Fr. im Jahr 2007. Unter Einschluss der ausserordentlichen Positionen und der Sonderrechnungen resultiert jedoch ein Defizit von rund 500 Mio. Fr. Dies ist auf ein zeitliches Zusammenfallen von mehreren Sonderfaktoren zurückzuführen, die zu Sonderausgaben von rund 2.7 Mrd. Fr. führen. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und eines Systemwechsels im Asyl- und Flüchtlingsbereich kommt es dort, wo der Bund bisher nachschüssige Zahlungen geleistet hat, zu einer einmaligen Kumulation von Ausgaben nach alter und nach neuer Ordnung. Zudem erfolgt eine Einmaleinlage in die Pensionskasse des Bundespersonals, um die Senkung des technischen Zinssatzes bei den bestehenden Renten zu kompensieren. Nicht berücksichtigt sind hier die Einlagen in den Infrastrukturfonds, sondern analog zum Fonds für die Eisenbahngrossprojekte und zum ETH-Bereich die effektiven Ausgaben.

In den Jahren 2009 und 2010 bleibt das Wachstum der Bundeseinnahmen aufgrund der Finanzmarktkrise und der konjunkturellen Abkühlung schwach. Auf Basis des Voranschlags 2009 ist gegenüber dem mutmasslichen Ergebnis 2008 mit einer Zunahme von 1.3 % zu rechnen. Für 2010 lassen die Finanzplandaten eine Steigerung von 3.7 % erwarten. Darin ist eine saldoneutrale Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der Invalidenversicherung (IV) um 0.4 Prozentpunkte enthalten, ohne die das Wachstum 1.7 % betragen würde. Zusätzlich dämpfend wirken 2010 die Ausfälle bei der direkten Bundessteuer als Folge der Reform der Familienbesteuerung. Die Ausgaben gehen 2009 um

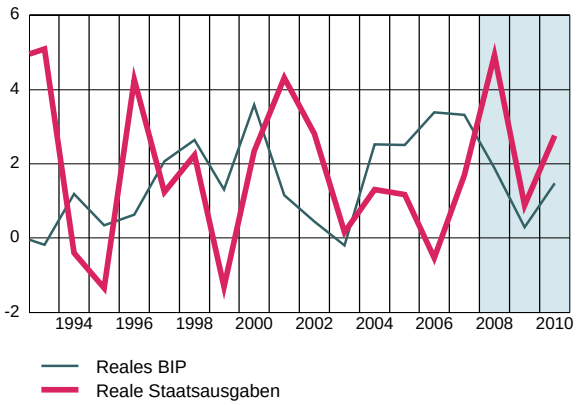
Grafik 1.3.2-3

Nominelles BIP und Staatseinnahmen mit Prognose

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



Grafik 1.3.2-4
Reales BIP und Staatsausgaben mit Prognose
(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



1.5% zurück; ohne die Sondereffekte im Jahr 2007 würde indessen ein Wachstum von 3.2% resultieren. Im Jahr 2010 wird mit einer Ausgabensteigerung von 4.8% gerechnet; ohne die Zusatzfinanzierung der IV ergäbe sich eine Zunahme von 2.7%. Für die Periode 2007–2010 lässt sich eine Wachstumstendenz der Ausgaben von durchschnittlich 3.7% (real 2.6%) feststellen; dieser Wert liegt nicht nur über denen der Jahre davor, sondern in den Jahren 2008 bis 2010 auch höher als die BIP-Zunahme. Überdurchschnittliche Zunahmen weisen die Sach- und Rüstungsausgaben, die laufenden Beiträge an Dritte und die Investitionen auf; unterdurchschnittlich expandiert der Personalaufwand. Der Überschuss verringert sich in der Folge auf 670 Mio. Fr. im Jahr 2010.

Schrumpfende Überschüsse auch bei Kantonen und Gemeinden

Für die Kantone und Gemeinden wird unterstellt, dass die laufenden Revisionen der Steuertarife die Progressionswirkung der direkten Steuern auf die Einnahmen kompensieren und diese deshalb ungefähr im Ausmass der Einkommen zunehmen. Die Finanzmarktkrise und die konjunkturellen Abkühlung führen somit auch hier zu einer deutlichen Wachstumsverlangsamung. Der Ausgabenanstieg dürfte sich dagegen als Folge der Überschüsse der jüngsten Vergangenheit sowie aufgrund von Nachholeffekten (u.a. bei den Löhnen) im laufenden Jahr noch etwas beschleunigen und sich in den Jahren 2009 und 2010 nur langsam wieder abschwächen. Die Überschüsse nehmen unter diesen Voraussetzungen kontinuierlich ab, die Haushaltssalden bleiben aber auch 2010 noch im positiven Bereich.

Höhere Arbeitslosigkeit belastet Sozialversicherungen

Im Jahr 2007 erzielten die Sozialversicherungen insgesamt einen Überschuss von 500 Mio. Fr. Die Einnahmen profitierten vom hohen Wachstum der Arbeitnehmereinkommen, während auf der Ausgabenseite der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) dämpfend wirkte. Dies sollte auch im Jahr 2008 noch der Fall sein. Dagegen ist mit geringeren Kapitalerträgen zu rechnen. Die Überschüsse dürften somit nur noch leicht zunehmen. In den Jahren 2009 und 2010 wirkt sich das geringere Wachstum der Arbeitnehmereinkommen dämpfend auf die Einnahmen aus, während bei den Ausgaben insbesondere wegen der wieder steigenden Arbeitslosigkeit eine Beschleunigung erfolgt. Die IV profitiert jedoch 2010 von rund 1.2 Mrd. Fr. an zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer, so dass die Abschlüsse insgesamt etwa ausgeglichen sein werden.

SCHULDENBREMSREGEL BLEIBT TOTER BUCHSTABE

Die in der Bundesverfassung verankerte Schuldenbremse hat zum Ziel, den Stand der Bruttoschulden des Bundes mittelfristig konstant zu halten. Gleichzeitig soll den konjunkturellen Einnahmenschwankungen Rechnung getragen werden, indem in guten Zeiten Überschüsse, in schlechten Defizite anzustreben sind. Auf diese Weise soll eine stetige, nicht von Konjunkturschwankungen beeinflusste Entwicklung der Ausgaben ermöglicht werden. Bei der Budgetierung werden die erwarteten Einnahmen jeweils mit einem «Konjunkturfaktor» (potenzielles BIP/effektives BIP) multipliziert, um die zulässige Höhe der Ausgaben zu bestimmen (ausserordentliche Einnahmen und Ausgaben sind dabei nicht berücksichtigt). Nach Vorliegen der Rechnung wird diese Berechnung erneut durchgeführt, um die Differenz zwischen den effektiven und den regelkonformen Ausgaben zu ermitteln. Diese ist einem (virtuellen) Ausgleichskonto gutzuschreiben oder zu belasten. Der Stand des Ausgleichskontos soll in den Folgejahren abgebaut werden, indem positive Werte höhere und negative niedrigere zulässige Ausgaben erlauben. Das Verfahren wurde erstmals beim Voranschlag 2003 angewendet. Im Folgenden wird kurz dargestellt, welche Erfahrungen seither mit der Schuldenbremse gemacht worden sind.[1]

Die Einführung der Schuldenbremse fiel in eine Zeit, in der die Bundeseinnahmen stark eingebrochen waren – weit stärker als die gemäss dem Verfahren zur Festlegung konjunktureller Abweichungen berechneten Mindereinnahmen. Um massive Ausgabenkürzungen in der damaligen Rezessionsphase zu verhindern, wurde beschlossen, die Anpassung über mehrere Jahre zu verteilen. Nach dem festgelegten «Abbaupfad» durften die Ausgaben den berechneten Plafond im Jahr 2004 um 3 Mrd. Fr., im Jahr 2005 um 2 Mrd. Fr. und im Jahr 2006 noch um 1 Mrd. Fr. überschreiten [2]

In der folgenden Tabelle sind die jeweiligen Ausgabenplafonds gemäss Voranschlag bzw. Rechnung sowie die budgetierten und die effektiven Ausgaben für die Jahre 2004 bis 2007 aufgeführt. Es zeigt sich, dass der Regel der Schuldenbremse in keinem einzigen dieser Jahre nachgelebt wurde. Schon die budgetierten Ausgaben blieben mit der einzigen Ausnahme des Jahres 2004 hinter der Vorgabe zurück. Zudem wurden die Ausgabenbudgets in jedem Jahr deutlich unterschritten. Schliesslich wurden auch die Einnahmen deutlich unterschätzt, so dass die Ausgabenplafonds gemäss Voranschlag zu niedrig ausfielen.

Mrd. Fr. (ohne a.o. Ausgaben)	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**
Ausgabenplafond Voranschlag	51.4	52.6	53.1	55.5
Budgetierte Ausgaben	51.4	52.5	52.9	55.1
Abweichung Voranschlag	0.0	–0.1	–0.2	–0.4
Ausgabenplafond Rechnung	52.1	53.2	55.2	56.6
Ausgaben gemäss Rechnung	50.3	51.4	52.4	54
Abweichung Rechnung	–1.8	–1.8	–2.8	–2.6

1 Für eine ausführliche Darstellung und kritische Beurteilung der Schuldenbremse siehe z.B. Müller et al. (2007): Eine Schuldenbremse für den deutschen Bundeshaushalt, Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis '90/Grünen, KOF, ETH Zürich, (http://www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/drucksachen/kdrs038.pdf), sowie die dort aufgeführte Literatur.

2 Diese Erhöhungen des Ausgabenplafonds wurden kompensiert, indem das Ausgleichskonto per Ende 2006 von 6.3 Mrd. Fr. auf null gesetzt wurde.

Diese faktische Ausserkraftsetzung der Schuldenbremsregel ist allerdings durchaus sinnvoll. Die Schuldenbremsregel geht davon aus, dass die Elastizität der Bundeseinnahmen bezogen auf Veränderungen des BIP eins beträgt, was in der langen Frist auch zutrifft. Die kurzfristigen, konjunkturellen Schwankungen der Einnahmen fallen aber zum Teil deutlich stärker aus. Da der Anstieg der Einnahmen im jüngsten Konjunkturaufschwung wesentlich grösser ausfiel als die Schuldenbremsregel unterstellt, hätte deren ordnungsgemässe Anwendung eine prozyklisch wirkende Ausweitung der Ausgaben zur Folge gehabt. In der Praxis scheint die Eidg. Finanzverwaltung – wie es die KOF auch schon vorgeschlagen hat – die Schuldenbremsregel ad acta gelegt und zu einer Ausgabenregel übergegangen zu sein, die dem Kriterium der Verstetigung der Ausgaben besser genügt; gemäss dem vom Bundesrat beschlossenen Projekt «Aufgabenüberprüfung» für die Jahre 2008–2015 soll ein Zielwachstum der Ausgaben von durchschnittlich 3 % gelten. An einer solchen Regel sollte dann allerdings auch in Zeiten mit defizitären Rechnungen festgehalten werden.

Orientiert sich die Ausgabenregel an den nominellen Ausgaben, wird es immer noch zu Schwankungen der realen Wachstumsraten kommen. Noch stärker werden diese allerdings durch ausserordentliche Ausgaben beeinflusst. Für die Jahre 2009 und 2010 sehen der Voranschlag bzw. der Finanzplan bei den ordentlichen Ausgaben zwar ein stetiges Wachstum von etwas über 3 % vor. Infolge der hohen ausserordentlichen Ausgaben im Jahr 2008 (s. Abschnitt 1.3.2) ergibt sich aber im Jahr 2009 beim Ausgabentotal ein Rückgang von 1.7 %, was zu einem unerwünschten, prozyklischen Effekt des Bundeshaushalts führt. Von zusätzlichen Budgetunterschreitungen sollte also auf jeden Fall abgesehen werden.

Gegenwärtig steht ein Vorschlag zur Diskussion, die Schuldenbremse durch eine Regel zu ergänzen, nach der auch ausserordentliche Ausgaben in den Folgejahren zu kompensieren wären. Mit einer solchen Zusatzregel würde die mittelfristige Ausrichtung der Schuldenbremse restriktiver. Inwiefern sie zu prozyklischen Einschränkungen der Ausgaben führen würde, hängt von der Flexibilität und zeitlichen Dauer der Amortisationspflicht ab. Je nach Ausgestaltung der Regel und wirtschaftlicher Entwicklung kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu einer inkonsistenten Fiskalpolitik kommt, indem in konjunkturell guten Zeiten die Ausgabenregel, in schlechten die (ergänzte) Schuldenbremse zur Anwendung kommt.

1.4 INTERNATIONALE KONJUNKTUR

ÜBERSICHT

Die konjunkturellen Risiken haben zuletzt erheblich zugenommen. Erwies sich die europäische Konjunktur noch zu Jahresbeginn angesichts der Vielzahl belastender Faktoren als erstaunlich robust, so kam es im weiteren Jahresverlauf zu einem kräftigen Stimmungsumschwung. Vor allem der von den unvermindert rasch steigenden Rohstoffpreisen verursachte Inflationsschub sorgte – neben der weiterhin schwelenden Krise an den internationalen Finanzmärkten – für eine erhebliche Verschlechterung des konjunkturellen Ausblicks. Hinzu kamen eine Reihe weiterer Belastungsfaktoren, wie die anhaltende Stärke des Euro, nachlassende Nachfragedynamik aus dem Ausland sowie einige hausgemachte Probleme, wie z.B. die deutliche Abkühlung des in einigen europäischen Ländern merklich überhitzten Immobilienmarkts. In der Summe führten diese Entwicklungen im 2. Quartal in der EU (EU-27) erstmals seit Verfügbarkeit entsprechender Daten (d.h. 1995) zu einer Schrumpfung des realen Bruttoinlandprodukts (um annualisiert –0.2%); der Swing in der Wachstumsdynamik gegenüber dem Vorquartal von (nicht annualisierten) 0.7 Prozentpunkten war der schärfste Wachstumseinbruch seit dem 2. Quartal 2001.

Demgegenüber entwickeln sich andere Regionen der Weltwirtschaft weiterhin relativ robust. Vor allem in den USA gibt es erste Anzeichen dafür, dass die konjunkturelle Schwächephase ihren Tiefpunkt durchschritten haben könnte. Zwar setzt sich die Korrektur am Immobilienmarkt noch immer fort; eine Stabilisierung der Häuserpreise – und damit eine Normalisierung des Geschäfts im Finanzsektor – dürften eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Belebung der US-Wirtschaft sein. In der Industrie hat sich jedoch der Ausblick verbessert. Kapazitätsauslastung und Investitionstätigkeit sind seit Jahresmitte gestiegen.

In den wichtigsten Schwellenländern blieb die konjunkturelle Dynamik hoch. Dabei sorgt der Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Rohstoffe in einigen dieser Länder zunehmend für (soziale) Probleme. Vor diesem Hintergrund hat sich das Wachstumstempo in den meisten Volkswirtschaften etwas verlangsamt. Gleichzeitig profitieren allerdings auch zahlreiche Länder erheblich vom Anstieg ihrer Exporterlöse, so dass die Emerging Markets insgesamt weiterhin einen deutlich überproportionalen Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft leisten.

Mit der allmählichen Stabilisierung der US-Wirtschaft und einer weiterhin kräftigen Wachstumsdynamik in wichtigen Emerging Markets scheinen die Prognoserisiken für die europäische Wirtschaft nach unten abgesichert. Auch die jüngste Korrektur bei Rohstoffpreisen und Wechselkurs sorgen für eine Entspannung; der Trend steigender Preise und Euronotierungen ist – zumindest kurzfristig – gebrochen. Die Wahrscheinlichkeit eines Abgleitens der europäischen Konjunktur in einen scharfen Abschwung bleibt damit gering, selbst wenn zumindest in einigen Ländern auch im 3. Quartal nochmals mit einer rückläufigen Wirtschaftsleistung zu rechnen ist.

Tatsächlich zeichnet sich für die kommenden Monate in den meisten Ländern ein Inflationsrückgang ab. Allein aufgrund positiver Basiseffekte dürfte die Teuerung von ihren im Sommer markierten Höchstständen – im Juli 2008 stieg z.B. die Teuerungsrate im Euro-Raum auf 4.1% – spürbar fallen. Da jedoch auch bereits vereinzelt Zweitrundeneffekte sichtbar sind, wird sich der Inflationsrückgang insgesamt eher schleppend vollziehen. Zudem zeigen psychologische Forschungen, dass Preissteigerungen viel stärker wahrgenommen werden (und den Konsum entsprechend bremsen) als Preisrückgänge im vergleichbaren Umfang, so dass die Konsumentenstimmung zunächst gedrückt bleibt.

Die internationalen Notenbanken haben auf die aktuellen Entwicklungen unterschiedlich reagiert. Während die US-Notenbank (Fed) im April 2008 das Zinsniveau nochmals um 25 Basispunkte auf 2% reduzierte, erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) angesichts gestiegener Inflationsgefahren den Leitzins im Juli um 25 Basispunkte auf 4.25%. Für den Prognosezeitraum zeichnet sich allerdings wieder eine Einengung der Zinsdifferenz ab. Die EZB wird ihr Leitzinsniveau vorerst konstant halten und spätestens im kommenden Jahr – nach einer Entspannung an der Preisfront – die Zinsen (leicht) senken; hingegen wird das Fed ab Mitte nächsten Jahres beginnen, die geldpolitischen Zügel wieder zu straffen.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Keine Rezession, aber auch kein richtiger Aufschwung

Die USA sind knapp an einer Rezession vorbeigeschlittert, wie die Ende Juli revidierten Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen. Im 4. Quartal 2007 ist die reale Wirtschaftsleistung nun doch leicht zurückgegangen (während zuvor ein Wachstum von 0.6% gemeldet worden war). Im 1.Quartal dieses Jahres hat sich diese Schrumpfung aber nicht fortgesetzt. Vielmehr wuchs die US-Wirtschaft um knapp 1%. Im 2. Quartal hat sich das Wachstum gemäss vorläufigen Schätzungen vor allem dank eines äusserst dynamischen Aussenhandels auf über 3% beschleunigt. Die aussenwirtschaftlichen Impulse werden allerdings in den nächsten Quartalen angesichts der globalen Konjunkturabkühlung und eines wieder stärkeren Dollars abnehmen. Dagegen mehren sich die Anzeichen, dass sich das Wirtschaftswachstum in den USA bald wieder zunehmend binnenwirtschaftlich abstützen wird. Verglichen mit früheren konjunkturellen Erholungsphasen wird die Aufwärtsbewegung diesmal aber nur schleppend in Gang kommen.

Für das laufende 3. Quartal ist nach dem rekordverdächtigen Lagerabbau im Vorquartal – lediglich der auf die Anschläge vom 11. September 2001 folgende Dreimonatszeitraum wies noch höhere Lager-Desinvestitionen auf – ein positiver Lagerimpuls fast unausweichlich. Dieser wird das BIP-Wachstum voraussichtlich über die 2%-Schwelle heben. Auch im 4. Quartal wird die Wirtschaftsleistung steigen, wenn auch nach dem Wegfall des Lagerimpulses deutlich schwächer als im dritten. Obwohl realwirtschaftliche Konjunkturindikatoren wie Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung im August nach zwei guten Vormonaten wieder nach unten zeigten, scheint die Investitionskonjunktur doch allmählich wieder Tritt zu fassen. Wenn man von den Investitionen in Fahrzeuge absieht, welche sich auf Talfahrt befinden seit der Ölpreisanstieg Anfang 2007 zu eskalieren begann, war der Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen im 2. Quartal der höchste seit einem Jahr.

Auch wenn die US-Wirtschaft die konjunkturelle Talsohle damit wahrscheinlich durchschritten hat, so ist doch nicht mit einem baldigen Aufschwung im eigentlichen Wortsinn zu rechnen. Die Finanzmarktkrise, welche im September unter anderem durch den Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers wieder aufgeflammt ist, belastet die realwirtschaftliche Nachfrage zwar offenbar weniger als von vielen befürchtet, bringt aber gleichwohl eine erhebliche Verunsicherung mit sich, die einem Aufschwung im Wege steht. Auch die Immobilienkrise ist noch nicht ausgestanden. Der Wohnbau liegt weiterhin am Boden, und ein Ende der Kontraktion ist immer noch nicht wirklich in Sicht. Wenigstens scheint der Preiszerfall am Häusermarkt allmählich abzuebben, so dass die auf dem Konsum lastenden gefühlten oder realisierten Vermögensverluste auf Immobilien demnächst ein Ende haben werden. Andererseits kamen von Seiten des Wirtschaftsbaus zuletzt beunruhigende Signale. Die Investitionen in Wirtschaftsbauten, die in den

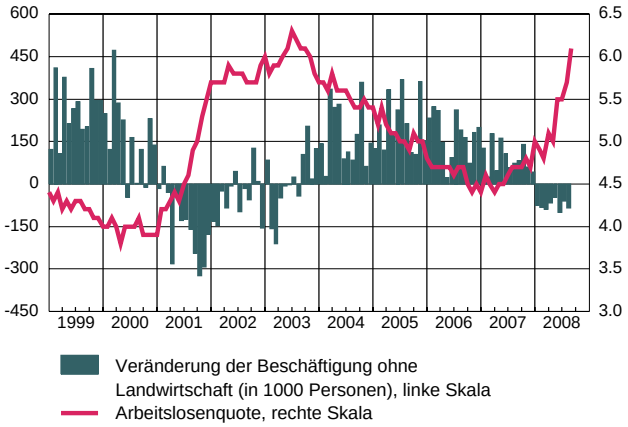
vergangenen drei Jahren stets positive Wachstumsbeiträge geliefert hatten, sind im Juli zurückgegangen. Besonders gebeutelt wurden die industriellen Bauten. Zwar wäre es verfrüht, aus einem einzelnen Monatswert eine Trendwende herauszulesen, aber auch das jüngste «Beige Book» der US-Notenbank (Fed), in dem anekdotische Evidenz aus den zwölf Fed-Bezirken zusammengetragen wird, bescheinigt dem Wirtschaftsbau «Schwäche».

Von entscheidender Bedeutung für den weiteren Konjunkturverlauf wird die Entwicklung des privaten Konsums sein. Manche Beobachter befürchten, dass die Konsumdynamik nach dem Auslaufen der stimulierenden Effekte des Konjunkturpakets zusammenbricht und die US-Wirtschaft doch noch in eine Rezession abgleitet. Dem ist entgegenzuhalten, dass die privaten Haushalte bis Ende Juni erst schätzungsweise 20% ihrer Steuerrückerstattungen für Konsumzwecke ausgegeben haben, so dass der Restbetrag auch noch in den nächsten Monaten als Puffer zur Verfügung steht. Bis anhin hat sich der Konsum jedenfalls als robuste Konjunkturstütze erwiesen. Ob das so bleibt, dürfte in erster Linie von der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sowie vom weiteren Verlauf der Inflation abhängen. Vom Arbeitsmarkt kommen derzeit keine ermutigenden Signale. So ist die Arbeitslosenquote seit Anfang des 2. Quartals rasant angestiegen und hat im August mit 6.1% den letzten zyklischen Höchststand vom Juni 2003 (6.3%) schon beinahe egalisiert. Der Beschäftigungsabbau hat allerdings längst nicht das Ausmass der damaligen Abschwungphase (vgl. Grafik 1.4-1). Ausserdem laufen die Arbeitsmarktvariablen der konjunkturellen Entwicklung nach. Mit anderen Worten: Die Wertschöpfung steigt in Phasen sinkender Beschäftigung in der Regel schon wieder an. In dieses Bild passt der starke Produktivitätsanstieg von 4.3% im 2. gegenüber dem 1. Quartal 2008.

Grafik 1.4-1

USA: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

(saisonbereinigt)



Die Reallöhne, welche in der ersten Jahreshälfte im Zuge der Inflationsbeschleunigung kontinuierlich gesunken sind, werden von der inzwischen erfolgten Trendumkehr beim Ölpreis profitieren. Solange der Ölpreis auf seinem mittlerweile erreichten tieferen Niveau verharrt oder sogar noch weiter sinkt, wird die Inflationsrate im nächsten Jahr spürbar zurückgehen. Die Konsumenten scheinen genau dies zu erwarten, denn das von der Universität Michigan erhobene Konsumklima hat sich gegenüber dem im Juni erreichten Tiefststand wieder deutlich erholt. Ein Risiko in Bezug auf die daher insgesamt recht positiven Aussichten für den privaten Konsum liegt allerdings in einer möglichen weiteren Kürzung der Ölfördermengen durch die OPEC. Sollte dieser Fall eintreten und der Ölpreis

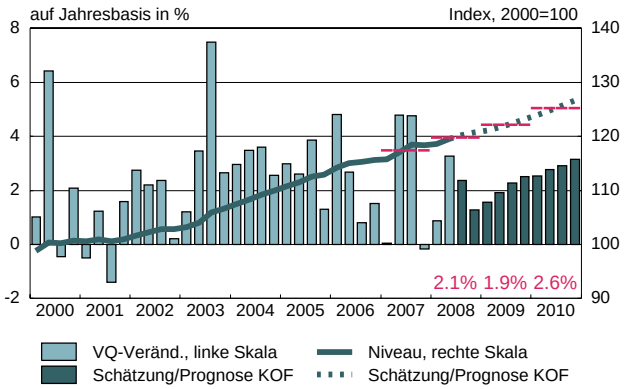
rasch wieder ansteigen, würde der erwartete Inflationsrückgang ausbleiben. Dann wäre auch ein Kollaps der Konsumdynamik nicht mehr auszuschliessen. Derzeit erwarten wir allerdings, dass die Inflationsrate von ihrem im 3. Quartal des laufenden Jahres erreichten Höchststand von 5.8% kontinuierlich zurückgehen und Ende 2009 wieder bei 2.4% stehen wird. Die Zuwachsraten des privaten Konsums werden im Zuge einer graduellen Verbesserung der Beschäftigungs- und Realeinkommenssituation von ihrem zurzeit niedrigen Niveau allmählich wieder ansteigen. Mit Raten von über 3%, wie sie während der letzten zehn bis zwölf Jahre die Regel waren, rechnen wir allerdings erst zum Ende des Prognosehorizonts, also für die zweite Jahreshälfte 2010.

In dem Mass, wie der private Konsum an Fahrt gewinnt, sollten auch die Ausrüstungsinvestitionen wieder zulegen, denn die Kapazitätsauslastung ist (anders als während der letzten Abschwungphase in den Jahren 2000/2001) nicht zusammengebrochen, und eine wieder steigende Binnennachfrage wird zusätzliche Investitionen erforderlich machen. Begünstigt werden Investitionen überdies durch das günstige Zinsumfeld. Zwischen September 2007 und April 2008 senkte das Fed ihren Hauptrefinanzierungszinssatz um 325 Basispunkte auf 2%. Diese drastische Zinssenkung wirkte der gleichzeitigen Verschärfung der Kreditvergabe-Konditionen durch die Banken entgegen, mit der Folge, dass die Unternehmen Mitte 2008 im Durchschnitt niedrigere Zinsen bezahlen mussten als ein Jahr zuvor. Auch für Kreditkartenschulden und Konsumentenkredite sind die Zinsen gesunken. Voraussichtlich wird die US-Notenbank die Zinsen noch bis Mitte nächsten Jahres unverändert lassen und erst danach damit beginnen, die geldpolitischen Zügel wieder vorsichtig zu straffen. Während von monetärer Seite also die Voraussetzungen für ein Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen gegeben sind, ist es derzeit schwer einzuschätzen, wie die Investoren auf den Wegfall der Sonderabschreibungen zum Jahresende reagieren werden, welche als Teil des Konjunkturpakets gewährt wurden. Ebenso unklar ist, ob die im Herbst neu zu wählende Administration auf Bundesebene zusätzliche Entlastungsmassnahmen durchführen wird und ob die von Präsident Bush in den Jahren 2001 und 2003 eingeführten Erleichterungen bei der Besteuerung von Dividenden und Kapitalerträgen sowie die Absenkung der Grenzsteuersätze bei der Einkommenssteuer zurückgenommen oder verlängert werden. Für die Prognose unterstellen wir eine weitgehend neutrale Fiskalpolitik. Erwartet wird allerdings, dass die Bundesstaaten und Gemeinden, deren Einnahmen häufig mit der Entwicklung der Immobilienwerte korrelieren und die zum Teil verfassungsmässig zum Budgetausgleich verpflichtet sind, ihre Verbrauchs- und Investitionsausgaben vorübergehend – d.h. mindestens bis Mitte nächsten Jahres – einschränken müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte sich der Häusermarkt wieder etwas erholt haben und auch die Wohnbauinvestitionen auf einen flachen Wachstumspfad zurückgekehrt sein. Für den Wirtschaftsbau sind die Aussichten aus den oben genannten Gründen zurzeit unsicher. Es sieht allerdings danach aus, dass die Zeiten in denen die Investitionen in diesem Bereich boomten, vorerst vorüber sind. Erwartet wird ein Wechsel vom bis dato steilen auf einen wesentlich flacheren Expansionspfad.

Insgesamt wird im Prognosezeitraum ein Schwenk vom primär exportgeleiteten Wachstum der vergangenen zwei bis drei Jahre hin zu einem wieder eher binnengestützten Wachstum – der für die USA charakteristischen Entwicklungstyp – erfolgen. Denn die Konjunktur in vielen Zielländern der US-Exporte kühlt sich gegenwärtig ab, und der Dollar hat seit Mitte Juli erheblich an Wert gewonnen, wodurch sich US-Exporte auf dem Weltmarkt verteuert haben. Ausserdem wird die erwartete Belebung der Binnenwirtschaft der für die USA ungewöhnlichen Importschwäche – die Importe waren während der vergangenen drei Quartale rückläufig – sehr bald ein Ende bereiten. Tritt demnach eine gewisse Normalisierung der Wirtschaftslage ein, so sollte doch nicht übersehen werden, dass die Verlaufswachstumsraten des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufgrund der genannten

binnen- und aussenwirtschaftlichen Belastungsfaktoren bis in das Jahr 2010 hinein unterdurchschnittlich bleiben werden. Im Vorjahresvergleich erwarten wir für das laufende Jahr ein BIP-Wachstum von 2.1%, gefolgt von 1.9% im nächsten und 2.6% im übernächsten Jahr.

Grafik 1.4-2
USA: Reales BIP mit Prognose
(saisonbereinigt)



EUROPÄISCHE UNION

Massiver Stimmungsumschwung

Die konjunkturelle Dynamik in der EU hat sich im 2. Quartal erheblich verlangsamt. Nach einem robusten Jahresauftakt mit einem annualisierten Quartalswachstum von 2.4% ging die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal – erstmals seit der Bereitstellung der Daten 1995 – zurück; das reale Bruttoinlandprodukt schrumpfte um 0.2%.

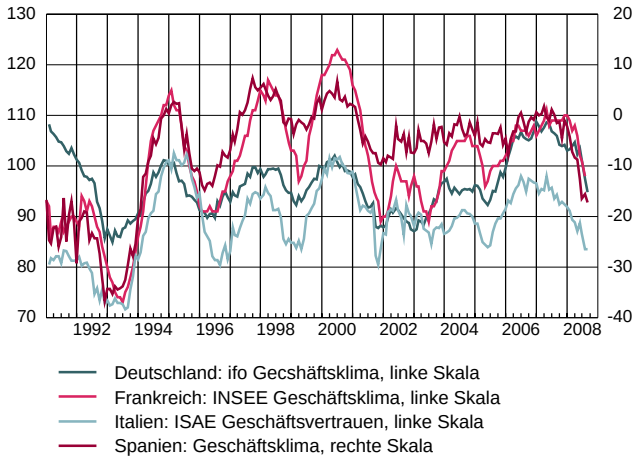
Der scharfe Wachstumseinbruch beruht vor allem auf einer simultanen Wachstumsverlangsamung in allen wichtigen Ländern der EU. Dabei kamen unterschiedliche Faktoren zum Tragen. So wurde die konjunkturelle Dynamik zum einen durch das fortgesetzte Wirken einer Reihe externer Schocks gebremst. Neben der anhaltenden Verunsicherung im Finanzsektor belasteten vor allem der energiepreisinduzierte Teuerungsanstieg und die scharfe Aufwertung des Euro das Wachstum. Zum anderen spielten saisonale Sonderfaktoren eine Rolle. Vor allem in Deutschland kam es aufgrund der ungewöhnlich milden Witterung zu Jahresbeginn und dem Auslaufen steuerlicher Investitionsanreize zu erheblichen Vorzieheffekten, die im 2. Quartal negativ zu Buche schlugen. Schliesslich hat sich aufgrund der Abkühlung des überhitzten Immobilienmarkts auch das Wachstum in Ländern wie Spanien und Grossbritannien erheblich verlangsamt, die bislang relativ kontinuierlich hohe Wachstumsraten aufwiesen.

Begleitet wurde die Wachstumsverlangsamung von einer markanten Stimmungseintrübung, die nahezu alle wichtigen Klimaindikatoren in Europa erfasste. In Deutschland ist z.B. der ifo Geschäftsklimaindex im August zum dritten Mal in Folge gesunken; der Indexrückgang fiel dabei ungewöhnlich stark aus. In Italien bewegen sich die Stimmungsindikatoren derzeit auf dem Rezessionsniveau des Jahres 2001. In Ländern mit zuvor lang anhaltender, robuster Dynamik, wie z.B. Spanien, notieren die Klimaindizes inzwischen sogar auf langjährigen Tiefstständen.

Grafik 1.4-3

Euroraum: Stimmungsindikatoren Industrie

(saisonbereinigt)



Kurzfristig noch gravierender wirkt, dass auch die realwirtschaftlichen Indikatoren für das 3. Quartal eine schwache Entwicklung signalisieren. Demnach ist die Industrieproduktion, die bereits im 2. Quartal (mit einer annualisierten Rate von 3.0%) deutlich nachgegeben hat, im Juli nochmals gefallen. Einen noch stärkeren Einbruch verzeichneten die Auftragseingänge in der Industrie, die zuletzt im Quartalsvergleich um 3.5% zurückgingen, und in Deutschland im Juli den vierten Monatsrückgang in Folge auswiesen. Auch die Detailhandelsumsätze deuten auf keinerlei Impulse hin. Sie stagnieren derzeit in der EU ausschliesslich dank einer robusten Nachfrage in vielen Beitrittsländern; in den Ländern des Euroraums entwickeln sich die Umsätze hingegen bereits seit Mitte letzten Jahres rückläufig.

Vor diesem Hintergrund sind die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf stark gedämpft. Zwar dürfte der Wegfall zahlreicher externer Belastungsfaktoren, insbesondere der jüngste Rückgang der Weltmarktpreise für Rohstoffe, helfen, die Stimmung wieder allmählich zu stabilisieren. Die Verunsicherung von Haushalten und Unternehmen ist allerdings inzwischen so weit vorangeschritten, dass in den kommenden Monaten kaum mit einer deutlichen Stimmungsaufhellung gerechnet werden kann. Entsprechend dürfte die europäische Wirtschaftsleistung im weiteren Jahresverlauf weitgehend stagnieren. Angesichts des ungünstigen Quartalsauftakts ist sogar in einigen Ländern ein nochmaliger Rückgang des BIP im 3. Quartal wahrscheinlich. Damit wäre – in vereinfachter Betrachtungsweise – die technische Definition einer Rezession erfüllt.

Bedenklich stimmt zudem, dass sich für alle grossen Länder der EU – mit Ausnahme Polens – die Wachstumsaussichten spürbar eingetrübt haben. Dabei unterscheiden sich die Ursachen für diese Entwicklung von Land zu Land. Die Konjunktur in Spanien und Grossbritannien wird durch rückläufige Wohnbauinvestitionen belastet; zudem dämpfen sinkende Immobilienpreise den Konsum. Auch in Italien ist eine ausgeprägte Abschwächung des Immobilienmarktes zu verzeichnen. Dominanter für die Wirtschaftsentwicklung sind dort allerdings die Strukturprobleme der Industrie, einschliesslich deren unzureichender Wettbewerbsfähigkeit und der ungünstigen Warenstruktur. Frankreichs Konjunktur wird derzeit von einer abnehmenden Investitionstätigkeit geprägt. Das ungünstige europäische Umfeld hat schliesslich auch erhebliche Rückkopplungseffekte auf die deutsche Wirtschaft, deren Exporte zum überwiegenden Teil (2007: 65%) in die EU geliefert werden.

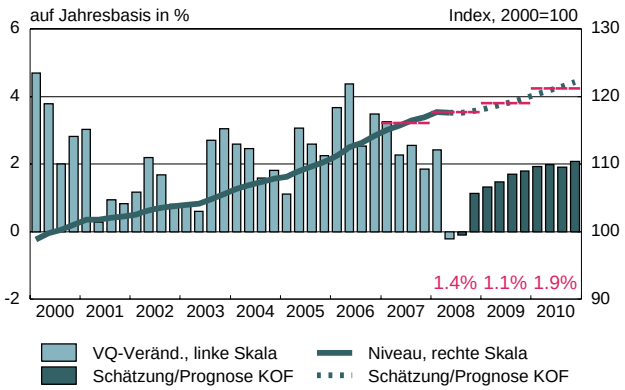
Trotz der absehbaren Wachstumsverlangsamung wird die Wirtschaftspolitik in Europa wohl nur punktuell reagieren. Zwar wurden in einigen Ländern bereits stützende Massnahmen beschlossen. So dürfte z.B. in Frankreich das zu Jahresbeginn verabschiedete «Chatel»-Gesetz den Wettbewerb stimulieren und damit preisdämpfend wirken. Gleichzeitig ist allerdings der finanzpolitische Spielraum eng begrenzt. Insbesondere Italien, vor allem aber Frankreich, weisen bereits jetzt Haushaltsdefizite aus, die sich in der Nähe des im Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarten Grenzwertes von 3% des BIP bewegen. Günstiger gestaltet sich demgegenüber die Situation in Spanien. Allerdings ist auch dort ein umfangreiches Konjunkturprogramm bislang nicht geplant. Alles in allem ist damit die Finanzpolitik in Europa im nächsten Jahr bestenfalls mässig expansiv ausgerichtet.

Dass die Rezessionsgefahren in Europa dennoch begrenzt bleiben, liegt an einer Reihe von Faktoren. Zum einen sind die bislang verbuchten Rückgänge in der gesamtwirtschaftlichen Produktion vergleichsweise moderat. So ist die Schrumpfung des BIP im 2. Quartal zum Teil ein Reflex des ungewöhnlich starken Wachstums zu Jahresbeginn. Zudem bewegen sich Quartalsveränderungen in einer Größenordnung von bis zu einem Viertelprozentpunkt (nicht annualisiert) im statistischen Unschärfebereich; entsprechend sind auch Datenrevisionen in vergleichbarem Umfang nicht unüblich, so dass das endgültige konjunkturelle Verlaufsbild durchaus noch anders aussehen könnte. Zum anderen entwickeln sich andere wichtige Konjunkturindikatoren in Europa nach wie vor annehmbar. Die Kapazitäten sind weiterhin gut ausgelastet; die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist stabil. Damit sind jedoch fundierte Rezessionskriterien, die deutliche Rückgänge der Aktivität in der Gesamtwirtschaft erfordern, in Europa nicht erfüllt. Schliesslich sollte sich perspektivisch vor allem die Stabilisierung des externen Umfelds – rückläufige Rohstoffpreise, robuste Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern – positiv auswirken. Nachdem der Anstieg der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise die Teuerungsrate in der EU im Juli bis auf 4.4% hievte und damit erheblich zur aktuellen Konsumschwäche beitrug, sollte der erwartete Rückgang der Inflation nunmehr helfen, die ausgeprägte konjunkturelle Schwächephase zu überwinden. Aller Voraussicht nach wird auch der Wechselkurs für weitere Entlastung sorgen. So hat der Euro gegenüber dem japanischen Yen und dem US-Dollar in den vergangenen drei Monaten um 10% abgewertet; vor allem gegenüber der US-Währung dürfte diese Entwicklung eine Trendwende darstellen. Die von uns unterstellten Wachstums- und Zinsdifferenzen zwischen Europa und den USA sind mit einer weiteren Euro-Abwertung kompatibel. Alles in allem kann vor diesem Hintergrund im Jahresverlauf 2009 wieder mit einer leichten konjunkturellen Belebung gerechnet werden.

Grafik 1.4-4

Europäische Union (EU-27): Reales BIP mit Prognose

(saisonbereinigt)



Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit einer in der Öffentlichkeit umstrittenen Anhebung der Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 4.25% im Juli deutlich gemacht, dass ihr Mandat die Sicherung der Preisstabilität ist. Zwar kann sie gegen einen extern induzierten Preisauftrieb wenig ausrichten, will sie nicht riskieren, dass die von der Geldpolitik beeinflussbaren Preise in komplementärem Umfang sinken; entsprechend wird die EZB ihr Inflationsziel 2008 erneut verfehlen. Stattdessen haben sie wohl das Auftreten erster Zweitrundeneffekte und der Anstieg der langfristigen Inflationserwartungen zu diesem symbolischen Schritt veranlasst. Weitere Signale in dieser Richtung sind allerdings angesichts der aktuellen Konjunkturschwäche wenig wahrscheinlich. Vielmehr wird sie den Zinsschritt wieder rückgängig machen, sobald sich die Inflation nachhaltig zurückgebildet hat; dies dürfte spätestens in der ersten Jahreshälfte 2009 der Fall sein.

JAPAN

Stagnation unter dem Einfluss hoher Rohstoffpreise

In Japan zeichnet sich zunehmend ein pessimistischeres Szenario ab. Zwar konnte Japan im bisherigen Jahresverlauf zunächst noch mit einem BIP-Zuwachs von 3.2% im 1. Quartal aufwarten, jedoch folgte im 2. Quartal eine Abnahme um 2.4%. Dieser Rückgang ist zum Teil eine Reaktion auf das durch Sonderfaktoren (z.B. dem zusätzlichen Tag infolge des Schaltjahres) überzeichnete Wachstum im 1. Quartal. Betrachtet man jedoch die etwas weniger volatilen Veränderungsraten gegenüber den Vorjahresquartalen, zeigt sich deutlich, dass die Wachstumsraten bereits seit dem vorläufigen Höhepunkt im 1. Quartal 2007 (3.1%) kontinuierlich auf zuletzt noch 1% gesunken sind.

Die Hauptgründe dafür, dass Japan mehr als andere Industrieländer unter den hohen Rohstoffpreisen leidet, sind einerseits in der grossen Importabhängigkeit der japanischen Volkswirtschaft zu suchen. Diese stellt die Verschlechterungen der Terms of Trade als besonders gravierend heraus. Andererseits sind die Konsumenten nach Jahren stagnierenden bis rückläufigen Realeinkommenswachstumsraten äusserst preissensitiv, so dass die binnenorientierten Unternehmen kaum Möglichkeiten haben, ihre höheren Produktionspreise zu überwälzen. Aus diesen Gründen haben die jüngsten Preisrallys in besonderem Masse zu einem Verlust an Kaufkraft bei den Konsumenten sowie einem Schwinden der Profitmargen und der Gewinne von Unternehmen beigetragen. Zwar haben die Reallöhne zu Jahresbeginn zunächst noch leicht zugelegt, danach hat aber ein Rückgang eingesetzt, der sich bis zur Jahresmitte zusehends auf –2.5% (im Vorjahresvergleich) beschleunigt hat. Die Inflationsrate dürfte mit den nachlassenden Spannungen an den internationalen Rohwarenmärkten im 3. Quartal 2008 ihren Höhepunkt erreicht haben und danach allmählich sinken. Aufgrund von Basiseffekten werden die Infaltionsraten zunächst jedoch noch hoch bleiben.

Für den weiteren Verlauf deuten wichtige Indikatoren eine anhaltende Stagnation der japanischen Binnenwirtschaft an. So ist der Vertrauensindex der Konsumenten seit Jahresbeginn rapide gesunken, zuletzt auf den tiefsten Stand seit 26 Jahren. Die Unternehmen erwarten darüber hinaus weiter sinkende Gewinne. Damit werden auch die Lohnzuwächse bestenfalls stagnieren. Vor diesem Hintergrund dürfte die Verunsicherung der Konsumenten dafür sorgen, dass selbst bei einem Rückgang der Inflation der Konsum nur langsam anzieht.

Auch die Exportzuwächse tendieren seit Mitte 2007 stark rückläufig. China stellt zwar mittlerweile die grösste Destination japanischer Ausfuhren dar, die Exportzuwächse nach Asien konnten die schwächeren Ausfuhren nach Europa und in die USA aber nicht gänzlich

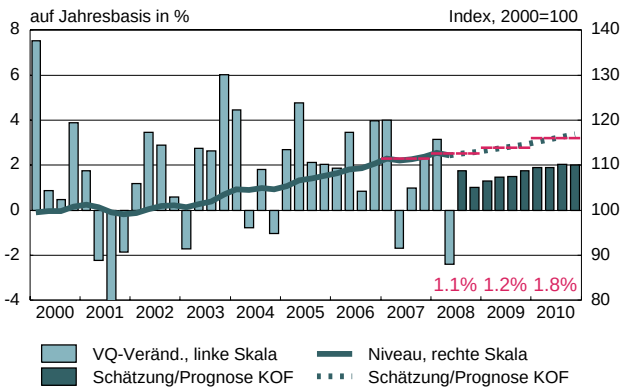
kompensieren, so dass das 2. Quartal zum ersten Mal seit 13 positiven Quartalen in Folge rückläufige Exporte aufwies. Da jedoch die Importe bislang noch nicht in gleichem Ausmass reagiert haben, zeigen sowohl der Handelsüberschuss als auch der Wachstumsbeitrag des Aussenhandels deutliche Abschwächungssignale. Damit verlieren die Exporte ihre Funktion als wesentliche Wachstumsstütze der seit 2002 währenden Expansionsphase.

Auch wenn die Aussichten für Japan sich verschlechtert haben, dürfte die Wachstumsabschwächung nicht das Ausmass einer Rezession annehmen. Dafür spricht erstens, dass typische binnenwirtschaftliche Ursachen früherer Rezessionen und Überhitzungserscheinungen bislang nicht zu Tage traten. Zweitens wird es mit dem Nachlassen des Ölpreisanstiegs kaum zu einer Lohn-Preis-Spirale kommen. Drittens profitieren die Exporte von der weiterhin stark expandierenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Und viertens ist die finanzielle Situation der grösseren Unternehmen trotz sinkender Gewinne nach wie vor gesund. Insbesondere wurden die Jahre des Aufschwungs genutzt, um überschüssige Kapazitäten abzubauen. Damit dürften Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin getätigt werden. Alles in allem erwarten wir für die Jahre 2008 und 2009 BIP-Zuwächse von 1.1% und 1.2%, wobei die Jahreswachstumsraten wesentlich durch das schlechte 2. Quartal 2008, respektive einen tieferen statistischen Überhang für 2009 belastet werden. Auf Basis dieser Aussichten dürfte mit weiteren Zinserhöhungen seitens der Bank of Japan frühestens wieder gegen Ende 2009 zu rechnen sein. Infolge des tiefen Zinsniveaus sollte somit auch die seit März begonnene Abwertungstendenz des Yen weiter anhalten.

Grafik 1.1-5

Japan: Reales BIP mit Prognose

(saisonbereinigt)



EMERGING MARKETS

Leichte Abschwächung mit gestiegenen Risiken

China dürfte Mitte 2007 den Höhepunkt des Aufschwungs erreicht haben. Seitdem zeigt sich eine moderate, aber stetige Abschwächung der Wachstumsraten, die im 2. Quartal 2008 noch bei 10.1% zu liegen kam. Die Abschwächung reflektiert die schwächere Konjunktur in den Hauptabsatzmärkten und die kontinuierliche Aufwertung des Renminbi; das Exportwachstum sank von durchschnittlich 18% 2007 auf rund 12% in den ersten fünf Monaten 2008. Gleichzeitig konnten die hohen Zuwachsraten der Importnachfrage aufrechterhalten werden. Entsprechend fiel der (nach wie vor beachtliche) Handelsbilanzüberschuss in der ersten Jahreshälfte 2008 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um über 12% geringer aus. Der Aussenhandelsbeitrag zum Gesamtwachstum ist damit zuletzt deutlich tiefer ausgefallen als im Durchschnitt der letzten Jahre. In den Binnensektoren äussert sich die Wachstumsverlangsamung bislang primär in zurückhaltenderen Investitionen und schwächeren Produktionszuwächsen exportorientierter Unternehmen, wozu auch die rasant angestiegenen Preise von Investitionsgütern beigetragen haben. Der Anstieg der Konsumentenpreise dürfte demgegenüber den Höhepunkt in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres mit 8.7% erreicht haben; energische fiskalische Interventionen haben hier stärkere Wirkungen gezeigt als in anderen Schwellenländern. Ansteigende Lohnstückkosten deuten aber darauf hin, dass Zweitrundeneffekte nicht auszuschliessen sind. Die Inflation dürfte daher nur allmählich zurückgehen. Die Detailhandelsumsätze zeigten bislang kaum Reaktionen auf die gestiegenen Preise. Der private Konsum trägt somit weiterhin deutlich zur starken Inlandnachfrage bei.

Mit der weltweiten Wachstumsverlangsamung dürfte sich die Exportzunahme im Jahresverlauf weiter verringern. Die anhaltend robuste Binnennachfrage wird jedoch von steigenden Lohnzuwächsen profitieren. Die People's Bank of China steht weiter vor dem Problem, die mit den Devisenzuflüssen verbundene hohe Liquiditätsversorgung unter Kontrolle zu bringen. Dazu dürfte sie ihren Kurs der graduellen Verschärfung der monetären Rahmenbedingungen – allerdings abgeschwächt – weiter fortsetzen. Auch scheint die Regierung gewillt, die Rohstoffsubventionen in den kommenden Monaten weiter abzubauen. Insgesamt bleibt die chinesische Wirtschaft mit Wachstumsraten von rund 10% 2008 und je 9.5% in den beiden folgenden Jahren sehr robust und wird mit seiner wachsenden Nachfrage weiterhin einen positiven Effekt auf die Weltkonjunktur ausüben.

Auch Indiens Wirtschaft dürfte nach mittlerweile vier Jahren Expansion – mit durchschnittlichen Zuwachsraten von 8.5% – in den kommenden Jahren etwas weniger schnell wachsen. Im Frühjahr noch wies Indien unter den grossen Schwellenländern die geringsten Inflationsraten aus. Seitdem hat sich der Anstieg der Konsumentenpreise jedoch bis auf rund 9% annähernd verdoppelt, jene der Grosshandelspreise mit über 12% gar mehr als verdreifacht. Im letzten Jahr konnten administrative Massnahmen und die starke Rupie noch den Einfluss der rasant steigenden Weltmarktpreise mässigen. Dieser Effekt kehrte sich jedoch seit Jahresbeginn um, die indische Währung wertete sich um rund 13% gegenüber dem US-Dollar ab. Davon profitierten die Exporte, die mit 15% gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 rund doppelt so schnell expandierten wie noch ein Halbjahr zuvor. Auf der Nachfrageseite stieg der Konsum dank einem kräftigen Lohnwachstum und gestiegenen Rimessen aus dem Ausland. Die restriktive Geldpolitik sorgte dagegen dafür, dass die Wachstumsrate der Investitionen trotz grossen Kapitalzuflüssen aus dem Ausland und soliden Unternehmensgewinnen zuletzt schwächer ausfiel. Während sowohl der Industrie-, Bau und Dienstleistungssektor tiefere Zuwachsraten seit Jahresbeginn 2007 hinnehmen mussten, konnte der (mit einem BIP-Anteil von 18% bedeutsame) Landwirtschaftssektor von den hohen Agrarpreisen profitieren.

Indiens Wirtschaftsentwicklung dürfte bis zu den anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2009 geprägt werden von Massnahmen zur Eindämmung weiterer Preisanstiege einerseits, massiven Lohnerhöhungen für Staatsangestellte und Schuldenerlassen für Landwirte andererseits. Ein ausgeprägter Basiseffekt dürfte dazu beitragen, dass die Inflation vorerst hoch bleiben wird. Zum eigentlichen Problem gestalten sich zunehmend die hohen Subventionen von Energie und Nahrungsmitteln, welche – auch nach moderater Erhöhung der Treibstoffpreise – den Staatshaushalt stark belasten. Mit den hohen Inflationsrisiken wird die Geldpolitik zunächst eher restriktiv ausgerichtet bleiben, was sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit und die Konsumausgaben auswirkt. Von der Binnennachfrage werden demgemäss schwächere, aber nach wie vor kräftige Impulse zu erwarten sein. Damit dürfte 2008 mit einer Zunahme des BIP von 8% das Wachstum rund einen Prozentpunkt tiefer ausfallen als in den beiden vergangenen Jahren. Notwendige Anpassungen der inländischen Rohstoffpreise an das Weltmarktniveau sowie eine Konsolidierung des Staatshaushaltes dürften dann ab Mitte 2009 zu einer weiteren Abschwächung der Expansionsphase mit Wachstumsraten um 7% führen.

Russland konnte unter den grossen Schwellenländern die Inflation der Konsumentenpreise mit zuletzt rund 15% (Produzentenpreise über 27%) am schlechtesten unter Kontrolle halten. Im Gegensatz zu China hat die Russische Zentralbank ihre Devisenmarktinterventionen kaum sterilisiert, so dass die inländische Geldmenge stark angestiegen ist. Anders als in den übrigen BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China) sind die hohen Preissteigerungsraten aber zum grösseren Teil eine Folge des Arbeitskräftemangels, hohen Lohnwachstums – mit rund 16% jährlich etwa doppelt so hoch wie das Produktivitätswachstum – und stark zunehmender Konsumausgaben. Davon konnte im Gegenzug aber bislang das BIP-Wachstum profitieren, welches sich im 4. Quartal 2007 und im 1. Quartal 2008 deutlich gegenüber dem durchschnittlichen Wachstum 2007 beschleunigte. Unterstützt wurde dieser Aufschwung durch die mit rekordhohen Erdöleinnahmen verbundenen Terms-of-Trade-Gewinne sowie massiven Zuflüssen ausländischen Kapitals. Trotzdem war der Aussenbeitrag erneut negativ, da die Importe einen überproportionalen Anstieg verzeichneten. Die Erträge aus den Erdöl- und Erdgasgeschäften fielen deutlich höher aus als budgetiert, wodurch der staatliche Haushalt – trotz weiterhin stark ansteigender Staatsausgaben – erneut mit einem hohen Budgetüberschuss (von rund 6% des BIP) abschliessen konnte.

Für den weiteren Prognoseverlauf dürfte die Stabilisierung der internationalen Rohstoffnotierungen für eine Verschlechterung der Terms of Trade sorgen und zusammen mit einer anhaltend hohen Importnachfrage einen weiter sinkenden Aussenbeitrag induzieren. Die starke Binnenkonjunktur und die soliden Wachstumsaussichten werden weiterhin für einen erheblichen Zustrom ausländischen Kapitals sorgen – trotz zwischenzeitlichen Rückgängen infolge der Georgien-Krise. Die Aufwertung des Rubels und die anhaltenden Lohnzuwächse dürften dabei die Nicht-Rohstoffexporte unter Druck bringen und somit die geplante Diversifizierung der Exportwirtschaft erschweren. Insgesamt dürfte Russlands BIP 2008 zunächst noch mit rund 7% weiter wachsen und sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf ein Expansionstempo von rund 6% abschwächen. Unter den grossen Schwellenländern weist Russland allerdings gegenwärtig die höchsten Wachstumsrisiken auf, da der Konsum- und Staatsausgabenboom stark vom Rohölsektor abhängig ist. Die Erdölerträge könnten jedoch aufgrund zu geringer Investitionen ihren Höchstwert bereits überschritten haben. Das Investitionsklima dürfte zudem durch die neuerlichen Spannungen im Zusammenhang mit dem Konflikt in Georgien kaum verbessert worden sein.

Für Lateinamerika wurde das BIP-Wachstum für 2007 nachträglich nach oben revidiert, so dass nun mit einem Zuwachs von 5.7% nochmals eine leichte Beschleunigung gegenüber 2006 (+5.6%) erzielt werden konnte. Dieser Aufschwung, der auch im ersten Halbjahr 2008 anhielt, wurde von dem von günstigen Krediten und hohem Beschäftigungswachstum beflügelten Konsum getragen. Auch die Investitionen expandierten vor dem Hintergrund der anhaltenden makroökonomischen Stabilität kräftig. Von den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gingen dagegen ungleiche Impulse aus. Die Rohstoff- und Nahrungsmittel exportierenden Länder Südamerikas konnten von den gestiegenen Weltmarktpreisen dieser Güter profitieren. Die Länder Zentralamerikas, welche vorwiegend Industriegüter exportieren, litten stärker unter der Wachstumsabschwächung in den USA, den gestiegenen Rohstoffpreisen und der Konkurrenz aus Asien. Die Inflationsraten sind in der ganzen Region stark angestiegen, blieben jedoch mit rund 8.4% Mitte 2008 im historischen Vergleich noch immer vorteilhaft. Der Durchschnittswert verhüllt dabei jedoch erhebliche regionale Unterschiede. Die jüngst schwachen Reallohnzuwächse dürften dazu beitragen, dass Zweitrundeneffekte keine akute Gefahr darstellen. Dennoch haben die meisten Zentralbanken mit einer Verschärfung der geldpolitischen Rahmenbedingungen reagiert.

Seit Mitte 2007 zeichnen sich Entwicklungen ab, die den Aufschwung in diesem Jahr verlangsamen werden. Diese sind jedoch mehr eine Folge der zunehmenden Verflechtungen Lateinamerikas mit der Weltwirtschaft, denn Anzeichen binnenwirtschaftlicher Abkühlung. So wiesen die von emigrierten Lateinamerikanern überwiesenen Transferzahlungen, welche in den vergangenen Jahren den Konsum stark stützten, eine deutlich schwächere Tendenz auf. Auch führten die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern und der schwache US-Dollar zu einem starken Importanstieg während die Exportzuwächse sich merklich abkühlten. Vor diesem Hintergrund ist der Aussenhandelsbeitrag zum BIP-Wachstum mit –2.1 Prozentpunkten 2007 nochmals deutlich negativer geworden. Da sich diese Entwicklung bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht wesentlich ändern dürfte, werden die in den vorangegangenen Jahren aufgebauten Leistungsbilanzüberschüsse der Region weiter sinken, ab Mitte 2009 dann gar negativ ausfallen. Dennoch dürfte sich der Aufschwung 2008 mit einem BIP-Zuwachs von 4.5% weiter fortsetzen, da die Expansionsphase primär binnengestützt ist, sich aber nur eine geringe Abschwächung der Binnennachfrage ankündigt. Die soliden Staatshaushalte, die hohen Devisenreserven und der Abbau der Aussenschulden in den vergangenen Jahren sollte ebenso dazu beitragen, dass sich Lateinamerika weniger anfällig gegenüber den gegenwärtigen globalen Schwankungen zeigt als in früheren Konjunkturzyklen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte das Wachstum dann auf 4.3% im Jahr 2009 resp. 4.2% im Jahr 2010 sinken, was zum grössten Teil auf die erwartete Abschwächung in den beiden wichtigen Rohstoffexportländern Argentinien und Venezuela zurückzuführen ist. Dagegen dürften Mexiko – infolge der Belebung der US-Wirtschaft – und Brasiliens robuste Binnennachfrage das regionale Wachstum stützen.

Tabelle 1.4-1

Haupttendenzen Welt 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate) (1)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandprodukt, real						
OECD insgesamt	**2.7**	**3.1**	**2.7**	**2.1**	**1.5**	**1.9**
- USA	3.2	2.8	2.0	2.1	1.9	2.6
- Japan	1.1	2.4	2.1	1.1	1.2	1.8
Europäische Union (EU-27)	**2.3**	**3.1**	**2.9**	**1.4**	**1.1**	**1.9**
- Deutschland	1.3	3.2	2.6	1.5	1.0	1.9
- Frankreich	2.2	2.2	2.2	1.0	1.1	2.0
- Italien	1.4	1.8	1.5	0.1	0.6	1.2
- Grossbritannien	2.8	2.9	3.1	1.0	0.4	1.8
Euro-Raum	**2.1**	**2.8**	**2.6**	**1.2**	**1.0**	**1.8**
Weitere Länder/Regionen						
- Ostasien (2)	3.9	5.5	5.7	5.1	5.3	5.5
- China	9.1	11.1	11.9	9.8	9.5	9.3
- Indien	6.3	9.7	9.2	8.0	7.3	7.0
- Lateinamerika (3)	2.7	5.3	5.5	4.5	4.3	4.2
- Ost- und Mitteleuropa	3.7	6.9	7.2	6.3	5.9	5.7
Konsumentenpreise						
OECD insgesamt (G7-Länder)	**1.9**	**2.4**	**2.2**	**3.6**	**2.3**	**1.9**
- USA	2.5	3.2	2.9	4.9	3.7	2.4
- Japan	-0.1	0.2	0.1	1.7	1.0	0.6
EU-Länder						
- Deutschland	1.4	1.6	2.3	2.9	2.2	1.8
- Frankreich	1.6	1.7	1.5	3.3	2.3	1.8
- Italien	2.4	2.1	1.8	3.6	2.6	2.1
- Grossbritannien	1.5	2.3	2.3	3.7	3.1	2.0
Euro-Raum	**1.9**	**2.2**	**2.1**	**3.6**	**2.5**	**2.0**
Welthandelsvolumen (Industriegüter)	**6.9**	**8.8**	**6.1**	**3.0**	**2.4**	**4.6**
Ölpreis (US-$ je Barrel Nordsee-Brent)	**26.9**	**65.4**	**72.7**	**108.2**	**100.0**	**100.0**

(1) Quellen der historischen Daten: OECD, IMF, Eurostat, UNO, nationale Statistikämter

(2) inkl. Südkorea, exkl. China

(3) inkl. Mexiko

DETAILLIERTE ERGEBNISSE UND PROGNOSEN

Tabelle 1.5-1

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen des realen Bruttoinlandprodukts für die OECD, die Europäische Union und die 6 grossen OECD-Länder 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
	OECD (4)						Europäische Union EU-27					
Bruttoinlandprodukt (BIP)	**2.7**	**3.1**	**2.7**	**2.1**	**1.5**	**1.9**	**2.3**	**3.1**	**2.9**	**1.4**	**1.1**	**1.9**
Privater Konsum	2.9	2.8	2.7	1.7	1.2	1.7	2.4	2.2	2.2	1.1	1.6	2.1
Staatlicher Konsum	2.1	1.9	2.1	2.0	1.5	1.3	1.9	1.9	2.2	1.5	1.1	1.1
Bruttoanlageinvestitionen	3.4	4.4	2.1	0.4	0.1	2.3	3.2	6.4	5.3	1.5	1.5	2.7
Inländische Endnachfrage (1)	2.9	3.0	2.5	1.5	1.0	1.8	2.5	3.0	2.9	1.3	1.5	2.1
Exporte von Waren und Diensten	6.1	8.7	6.4	5.9	4.9	4.0	6.2	8.9	5.1	3.3	2.0	4.4
Importe von Waren und Diensten	6.9	8.0	5.2	2.0	0.7	3.8	6.5	8.9	5.3	2.9	2.8	5.0
	USA						Japan					
Bruttoinlandprodukt (BIP)	**3.2**	**2.8**	**2.0**	**2.1**	**1.9**	**2.6**	**1.1**	**2.4**	**2.1**	**1.1**	**1.2**	**1.8**
Privater Konsum	3.7	3.0	2.8	1.3	1.6	2.7	1.0	2.0	1.5	0.8	0.4	1.3
Staatlicher Konsum	2.0	1.6	1.9	2.3	1.7	1.9	2.5	-0.4	0.7	0.5	0.9	0.8
Bruttoanlageinvestitionen	4.8	2.0	-2.0	-2.0	1.7	3.7	-0.5	1.3	-0.6	-1.2	1.9	2.8
davon: Ausrüstungen (2)	6.6	7.2	1.7	0.6	2.2	4.4	2.0	4.3	2.1	0.6	1.9	3.6
Bauten (3)	3.1	-2.3	-7.1	-6.5	0.2	2.3	-2.6	0.9	-9.5	-8.5	6.6	4.9
Inländische Endnachfrage (1)	3.6	2.6	1.8	0.8	1.7	2.8	0.9	1.4	0.9	0.3	0.9	1.5
Exporte von Waren und Diensten	4.5	9.1	8.4	8.1	2.9	3.9	5.8	9.7	8.6	6.2	3.4	5.3
Importe von Waren und Diensten	7.9	6.0	2.2	-1.6	2.4	5.0	3.8	4.2	1.8	0.2	1.5	4.5
	Deutschland						Grossbritannien					
Bruttoinlandprodukt (BIP)	**1.3**	**3.2**	**2.6**	**1.5**	**1.0**	**1.9**	**2.8**	**2.9**	**3.1**	**1.0**	**0.4**	**1.8**
Privater Konsum	1.0	1.0	-0.4	-0.5	1.0	1.7	3.5	2.0	3.2	2.0	0.6	2.1
Staatlicher Konsum	0.9	0.6	2.2	1.7	0.5	0.5	2.3	1.7	1.9	2.1	1.2	1.0
Bruttoanlageinvestitionen	0.2	7.7	4.3	3.5	0.4	2.2	4.6	7.6	6.0	-5.0	-4.0	1.8
davon: Ausrüstungen	4.1	10.4	6.7	4.9	1.6	2.9	6.1	6.4	7.7	-3.5	-1.3	3.4
Bauten	-2.5	5.0	1.8	1.9	-0.9	1.4	3.3	8.8	4.4	-6.6	-6.7	0.2
Inländische Endnachfrage (1)	0.8	2.3	1.1	0.8	0.8	1.6	3.4	2.9	3.4	0.7	-0.1	1.8
Exporte von Waren und Diensten	7.6	12.7	7.5	4.2	2.5	5.3	5.1	10.7	-5.1	0.4	2.3	5.1
Importe von Waren und Diensten	5.8	11.9	5.0	3.3	2.2	5.3	7.1	9.8	-2.4	-1.4	0.7	4.9
	Frankreich						Italien					
Bruttoinlandprodukt (BIP)	**2.2**	**2.2**	**2.2**	**1.0**	**1.1**	**2.0**	**1.4**	**1.8**	**1.5**	**0.1**	**0.6**	**1.2**
Privater Konsum	2.5	2.3	2.4	1.2	1.6	2.1	1.6	1.1	1.5	0.0	1.0	1.5
Staatlicher Konsum	1.5	1.3	1.4	1.5	1.5	1.4	1.8	0.8	1.2	0.7	0.3	0.4
Bruttoanlageinvestitionen	3.4	4.8	4.9	1.2	1.9	3.0	2.6	2.5	1.2	-0.3	0.6	1.1
davon: Ausrüstungen	5.3	3.7	6.0	0.9	1.8	3.4	2.9	3.4	0.3	-1.5	0.5	1.0
Bauten	2.2	5.6	4.2	1.7	1.9	2.6	2.3	1.6	2.2	0.8	0.7	1.1
Inländische Endnachfrage (1)	2.4	2.5	2.7	1.3	1.6	2.1	1.8	1.3	1.4	0.0	0.8	1.2
Exporte von Waren und Diensten	5.1	5.4	3.1	1.9	1.3	4.4	2.4	6.2	5.0	1.8	1.7	3.0
Importe von Waren und Diensten	6.1	6.1	5.5	2.2	2.2	4.7	4.2	5.9	4.4	0.0	2.2	3.0

(1) Inländ. Endnachfr. (priv. u. staatl. Konsum, Bruttoanl.inv., näherungsweise)
(2) USA: private Ausrüstungen, Japan: Unternehmungsanlagen
(3) USA: private Bauten, Japan: Wohnbau
(4) Aggregation zu konstanten Preisen und Kaufkraftparitäten von 2000

Tabelle 1.5-2a

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 1996–2010
a) Reales Bruttoinlandprodukt (BIP) nach Verwendung

(in Mio. Fr.; Volumen verkettet (Basisjahr 2005); Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006 (1)		2007 (1)		2008 (2)		2009 (3)		2010 (3)	
1.Konsumausgaben	1.6	336'700	1.2	-	1.7	-	1.9	-	1.0	-	1.2
davon: Private Haushalte und POoE (4	1.6	282'963	1.6	288'970	2.1	294'524	1.9	297'665	1.1	301'696	1.4
Staat	1.3	53'736	-0.9	53'502	-0.4	54'504	1.9	55'023	1.0	55'342	0.6
2.Anlageinvestitionen	1.5	102'769	4.7	-	5.0	-	0.4	-	-2.8	-	0.4
davon: Bauten	0.0	45'152	-1.4	44'133	-2.3	44'319	0.4	44'674	0.8	44'968	0.7
Ausrüstungen	2.9	57'616	10.0	63'900	10.9	64'133	0.4	60'719	-5.3	60'842	0.2
Inländische Endnachfrage	**1.5**	**439'469**	**2.0**	**-**	**2.5**	**-**	**1.5**	**-**	**0.1**	**-**	**1.0**
3.Lagerveränderung	-	-3'831	-	-3'113	-	-3'478	-	68	-	1'229	-
Inlandnachfrage (*)	**1.2**	**435'636**	**1.2**	**-**	**1.8**	**-**	**0.7**	**-**	**1.3**	**-**	**1.4**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen (*)	5.6	242'222	10.0	-	9.4	-	4.1	-	0.9	-	5.1
davon: Waren (*)	5.7	175'152	11.2	189'767	8.3	196'609	3.6	199'074	1.3	210'981	6.0
Dienstleistungen	5.4	67'069	6.8	75'186	12.1	79'069	5.2	78'977	-0.1	81'155	2.8
Gesamtnachfrage (*)	**2.5**	**677'857**	**4.2**	**-**	**4.5**	**-**	**1.9**	**-**	**1.1**	**-**	**2.8**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen (*)	5.1	199'048	6.1	-	7.3	-	2.0	-	2.9	-	5.5
davon: Waren (*)	4.9	163'243	7.4	174'151	6.7	177'192	1.7	182'207	2.8	193'666	6.3
Dienstleistungen	6.1	35'805	0.5	39'382	10.0	40'656	3.2	41'977	3.2	42'848	2.1
6.Statistische Differenz	-	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon: aus Verkettung der Verwendungskomponenten	-	0	-	23	-	102	-	185	-	196	-
aus Lagerbewertung	-	0	-	-4'101	-	-7'861	-	-6'669	-	-6'927	-
Bruttoinlandprodukt	**1.7**	**478'809**	**3.4**	**494'734**	**3.3**	**504'073**	**1.9**	**505'532**	**0.3**	**512'968**	**1.5**

(1) Vorläufige Berechnung Bundesamt für Statistik (BfS);
(2) Schätzung KOF vom 29. September 2008
(3) Prognose KOF vom 29. September 2008
(4) vgl. den Zusammenhang zum Inlandkonzept in Abschnitt 2.1.1.1

(*) Diese Komponenten wurden um die nicht konjunkturrelevanten Ausfuhren und Einfuhren von Wertsachen, d.h. Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten bereinigt (vgl. auch Anhang). Diese Bereinigung ist BIP-neutral.
(+) Da das BfS die oben genannten Komponenten unbereinigt ausweist, sind nachfolgend auch die unbereinigten Wert aufgeführt. Dabei wurde für die Jahre 2008–2010 hinsichtlich des Handels von Edelmetall etc. die technische Annahme gleicher Wachstumsraten wie bei den konjunkturrelevanten Importen und Exporten unterstellt. Dies hat Auswirkungen auf den ausgewiesenen Nettozugang an Wertsachen.

3.Nettozugang an Wertsachen (+)	-	3'292	-	898	-	996	-	1'141	-	1'236	-
Inlandnachfrage (+)	**1.3**	**438'928**	**1.4**	**-**	**1.1**	**-**	**0.7**	**-**	**1.3**	**-**	**1.4**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen	5.2	248'653	9.9	-	9.4	-	4.1	-	0.9	-	5.1
davon: Waren (+)	5.2	181'584	11.1	196'862	8.4	204'095	3.7	206'654	1.3	219'014	6.0
Gesamtnachfrage (+)	**2.5**	**687'581**	**4.3**	**-**	**4.1**	**-**	**2.0**	**-**	**1.1**	**-**	**2.8**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen	5.0	208'772	6.5	-	5.9	-	2.2	-	2.9	-	5.6
davon: Waren (+)	4.8	172'967	7.8	181'741	5.1	185'281	1.9	190'525	2.8	202'508	6.3

Tabelle 1.5-2b

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 1996–2010
b) Nominelles Bruttoinlandprodukt (BIP) und Bruttonationaleinkommen (BNE) nach Verwendung

(in Mio. Fr. zu laufenden Preisen; Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006 (1)		2007 (1)		2008 (2)		2009 (3)		2010 (3)	
1.Konsumausgaben	2.2	341'310	2.5	351'531	3.0	365'235	3.9	375'357	2.8	384'443	2.4
davon: private Haushalte und POoE	2.3	286'723	2.9	296'055	3.3	307'726	3.9	316'315	2.8	324'334	2.5
Staat	2.1	54'587	0.7	55'475	1.6	57'510	3.7	59'042	2.7	60'109	1.8
2.Anlageinvestitionen	1.2	104'328	6.2	112'057	7.4	114'311	2.0	111'951	-2.1	112'044	0.1
davon: Bauten	0.4	46'549	1.6	47'313	1.6	47'780	1.0	48'045	0.6	47'692	-0.7
Ausrüstungen	1.9	57'779	10.3	64'743	12.1	66'531	2.8	63'906	-3.9	64'352	0.7
Inländische Endnachfrage	**2.0**	**445'638**	**3.4**	**463'587**	**4.0**	**479'547**	**3.4**	**487'309**	**1.6**	**496'487**	**1.9**
3.Lagerveränderung	-	-1	-	511	-	-5'214	-	-255	-	1'931	-
Inlandnachfrage (*)	**1.9**	**445'637**	**3.5**	**464'099**	**4.1**	**474'333**	**2.2**	**487'054**	**2.7**	**498'418**	**2.3**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen (*)	5.5	247'493	12.4	277'430	12.1	293'580	5.8	298'675	1.7	314'260	5.2
davon: Waren (*)	5.2	177'908	13.0	198'314	11.5	210'649	6.2	213'989	1.6	226'026	5.6
Dienstleistungen	6.2	69'585	10.8	79'116	13.7	82'931	4.8	84'686	2.1	88'234	4.2
Gesamtnachfrage (*)	**3.0**	**693'129**	**6.5**	**741'529**	**7.0**	**767'913**	**3.6**	**785'729**	**2.3**	**812'677**	**3.4**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen (*)	5.4	206'088	9.8	229'387	11.3	240'020	4.6	251'390	4.7	266'478	6.0
davon: Waren (*)	4.8	168'809	11.0	187'981	11.4	197'369	5.0	206'085	4.4	219'271	6.4
Dienstleistungen	8.1	37'279	4.7	41'406	11.1	42'652	3.0	45'304	6.2	47'207	4.2
Bruttoinlandprodukt	**2.2**	**487'041**	**5.2**	**512'142**	**5.2**	**527'893**	**3.1**	**534'339**	**1.2**	**546'199**	**2.2**
6. Saldo Kapitaleinkommensbilanz	-	54'405	-	45'265	-	36'556	-	36'698	-	37'174	-
7. Saldo Arbeitseinkommensbilanz	-	-10'450	-	-11'730	-	-11'882	-	-12'579	-	-12'915	-
8. Saldo Produktionssteuern (mit dem Ausland)	-	401	-	406	-	429	-	436	-	442	-
Bruttonationaleinkommen	**2.8**	**531'397**	**4.8**	**546'084**	**2.8**	**552'996**	**1.3**	**558'893**	**1.1**	**570'901**	**2.1**

(1) Vorläufige Berechnung Bundesamt für Statistik (BfS);
(2) Schätzung KOF vom 29. September 2008
(3) Prognose KOF vom 29. September 2008

(*) Diese Komponenten wurden um die nicht konjunkturrelevanten Ausfuhren und Einfuhren von Wertsachen, d.h. Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten bereinigt (vgl. auch Anhang). Diese Bereinigung ist BIP-neutral.
(+) Da das BfS die oben genannten Komponenten unbereinigt ausweist, sind nachfolgend auch die unbereinigten Werte aufgeführt. Dabei wurde für die Jahre 2008–2010 hinsichtlich des Handels von Edelmetall etc. die technische Annahme gleicher Wachstumsraten wie bei den konjunkturrelevanten Importen und Exporten unterstellt. Dies hat auch Auswirkungen auf den ausgewiesenen Nettozugang an Wertsachen.

3.Nettozugang an Wertsachen	-	3'997	-	920	-	1'267	-	1'590	-	1'765	-
Inlandnachfrage (+)	**2.0**	**449'633**	**3.9**	**465'019**	**3.4**	**475'599**	**2.3**	**488'643**	**2.7**	**500'183**	**2.4**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen	5.4	255'271	12.8	286'191	12.1	303'008	5.9	308'253	1.7	324'376	5.2
davon: Waren (+)	5.1	185'687	13.6	207'075	11.5	220'077	6.3	223'566	1.6	236'142	5.6
Gesamtnachfrage (+)	**3.0**	**704'905**	**6.9**	**751'209**	**6.6**	**778'608**	**3.6**	**796'896**	**2.3**	**824'559**	**3.5**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen	5.5	217'864	11.1	239'067	9.7	250'715	4.9	262'557	4.7	278'360	6.0
davon: Waren (+)	5.0	180'584	12.5	197'662	9.5	208'063	5.3	217'253	4.4	231'153	6.4

Tabelle 1.5-2c

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 1996–2010
c) Implizite Deflatoren des Bruttoinlandprodukts (BIP) nach Verwendung

(Indizes, 2005 = 100; Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006 (1)		2007 (1)		2008 (2)		2009 (3)		2010 (3)	
1.Konsumausgaben	0.7	101.4	1.4	102.6	1.3	104.6	1.9	106.4	1.7	107.7	1.2
davon: private Haushalte und POoE	0.6	101.3	1.3	102.5	1.1	104.5	2.0	106.3	1.7	107.5	1.2
Staat	0.8	101.6	1.6	103.7	2.1	105.5	1.8	107.3	1.7	108.6	1.2
2.Anlageinvestitionen	-0.3	101.5	1.5	103.8	2.3	105.5	1.6	106.3	0.7	105.9	-0.3
davon: Bauten	0.5	103.1	3.1	107.2	4.0	107.8	0.6	107.5	-0.2	106.1	-1.4
Ausrüstungen	-0.9	100.3	0.3	101.3	1.0	103.7	2.4	105.2	1.5	105.8	0.5
Inländische Endnachfrage	**0.4**	**101.4**	**1.4**	**102.9**	**1.5**	**104.8**	**1.9**	**106.4**	**1.5**	**107.3**	**0.8**
3.Lagerveränderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Inlandnachfrage (*)	**0.7**	**-**	**2.3**	**-**	**2.3**	**-**	**1.5**	**-**	**1.4**	**-**	**1.0**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen (*)	-0.1	102.2	2.2	104.7	2.5	106.5	1.7	107.4	0.9	107.5	0.1
davon: Waren (*)	-0.5	101.6	1.6	104.5	2.9	107.1	2.5	107.5	0.3	107.1	-0.3
Dienstleistungen	0.8	103.8	3.8	105.2	1.4	104.9	-0.3	107.2	2.2	108.7	1.4
Gesamtnachfrage (*)	**0.5**	**-**	**2.3**	**-**	**2.4**	**-**	**1.6**	**-**	**1.2**	**-**	**0.6**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen (*)	0.3	103.5	3.5	107.4	3.8	110.2	2.6	112.1	1.8	112.6	0.4
davon: Waren (*)	0.0	103.4	3.4	107.9	4.4	111.4	3.2	113.1	1.5	113.2	0.1
Dienstleistungen	1.9	104.1	4.1	105.1	1.0	104.9	-0.2	107.9	2.9	110.2	2.1
Bruttoinlandprodukt	**0.5**	**101.7**	**1.7**	**103.5**	**1.8**	**104.7**	**1.2**	**105.7**	**0.9**	**106.5**	**0.7**

(1) Vorläufige Berechnung Bundesamt für Statistik (BfS)
(2) Schätzung KOF vom 29. September 2008
(3) Prognose KOF vom 29. September 2008

(*) Diese Komponenten wurden um die nicht konjunkturrelevanten Ausfuhren und Einfuhren von Wertsachen, d.h. Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten bereinigt (vgl. auch Anhang). Diese Bereinigung hat auch Einfluss auf die Deflatoren.

(+) Da das BfS die oben genannten Komponenten unbereinigt ausweist, sind nachfolgend auch die unbereinigten Werte aufgeführt. Dabei wurde für die Jahre 2008–2010 hinsichtlich des Handels von Edelmetall etc. die technische Annahme gleicher Wachstumsraten wie bei den konjunkturrelevanten Importen und Exporten unterstellt.

3.Nettozugang an Wertsachen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Inlandnachfrage (+)	**0.7**	**-**	**2.4**	**-**	**2.3**	**-**	**1.6**	**-**	**1.4**	**-**	**1.0**
4.Exporte von Waren und Dienstleistungen	0.1	102.7	2.7	105.2	2.5	107.0	1.7	107.9	0.8	108.0	0.1
davon: Waren (+)	-0.1	102.3	2.3	105.2	2.9	107.8	2.5	108.2	0.3	107.8	-0.3
Gesamtnachfrage (+)	**0.5**	**-**	**2.5**	**-**	**2.3**	**-**	**1.6**	**-**	**1.2**	**-**	**0.6**
5.Importe von Waren und Dienstleistungen	0.5	104.4	4.4	108.1	3.6	111.0	2.6	112.9	1.8	113.4	0.4
davon: Waren (+)	0.2	104.4	4.4	108.8	4.2	112.3	3.3	114.0	1.5	114.1	0.1

Tabelle 1.5-2d Handels-, Leistungs- und Ertragsbilanz

Tabelle 1.5-2d

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 2006–2010
d) Handels-, Leistungs- und Ertragsbilanz

(in Mio. Fr. zu laufenden Preisen)

	2006 (1)	2007 (1)	2008 (2)	2009 (3)	2010 (3)
Handelsbilanz (*)	**9'099**	**10'333**	**13'281**	**7'903**	**6'755**
Dienstleistungsbilanz	32'305	37'710	40'280	39'382	41'027
Kapitaleinkommen	54'405	45'265	36'556	36'698	37'174
Arbeitseinkommen	-10'450	-11'730	-11'882	-12'579	-12'915
Leistungsbilanz (*)	**85'359**	**81'579**	**78'235**	**71'404**	**72'041**
Einseitige Übertragungen	-11'614	-10'803	-11'135	-11'271	-11'522
Ertragsbilanz (*)	**73'745**	**70'776**	**67'099**	**60'132**	**60'519**
Ertragsbilanz in % des BIP (*)	**15.1**	**13.8**	**12.7**	**11.3**	**11.1**

(1) Vorläufige Berechnung Bundesamt für Statistik (BfS), KOF
(2) Schätzung KOF vom 29. September 2008
(3) Prognose KOF vom 29. September 2008

(*) Diese Komponenten wurden um die nicht konjunkturrelevanten Ausfuhren und Einfuhren von Wertsachen, d.h. Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten bereinigt (vgl. auch Anhang).
(+) Da das BfS die oben genannten Komponenten unbereinigt ausweist, sind nachfolgend auch die unbereinigten Werte aufgeführt. Dabei wurde für die Jahre 2008–2010 hinsichtlich des Handels von Edelmetall etc. die technische Annahme gleicher Wachstumsraten wie bei den konjunkturrelevanten Importen und Exporten unterstellt.

Handelsbilanz (+)	**5'103**	**9'413**	**12'014**	**6'314**	**4'989**
Leistungsbilanz (+)	**81'363**	**80'659**	**76'968**	**69'815**	**70'275**
Ertragsbilanz (+)	**69'749**	**69'856**	**65'832**	**58'543**	**58'754**
Ertragsbilanz in % des BIP (+)	**14.3**	**13.6**	**12.5**	**11.0**	**10.8**

Tabelle 1.5-2e Einkommen und Ersparnis

Tabelle 1.5-2e

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 1996–2010
e) Verfügbares Einkommen, Konsum und Ersparnis der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck

(in Mio. Fr. zu laufenden Preisen; Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006 (1)		2007 (1)		2008 (2)		2009 (3)		2010 (3)	
Verfügbares Haushaltseinkommen	**2.1**	**316'098**	**5.0**	**327'961**	**3.8**	**343'905**	**4.9**	**347'640**	**1.1**	**355'899**	**2.4**
Konsumausgaben	2.3	286'723	2.9	296'055	3.3	307'726	3.9	316'315	2.8	324'334	2.5
Ersparnis (4)	0.3	29'375	31.5	31'906	8.6	36'179	13.4	31'325	-13.4	31'565	0.8
Ersparnis (5)	0.3	59'266	18.1	62'993	6.3	67'889	7.8	63'827	-6.0	64'717	1.4
Sparquote (4,6)	-	-	9.3	-	9.7	-	10.5	-	9.0	-	8.9
Sparquote (5,6)	-	-	17.1	-	17.5	-	18.1	-	16.8	-	16.6

(1) Vorläufige Berechnung Bundesamt für Statistik (BfS), KOF
(2) Schätzung KOF vom 29. September 2008
(3) Prognose KOF vom 29. September 2008
(4) exkl. Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche
(5) inkl. Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche
(6) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens

Tabelle 1.5-2f

Detaillierte Ergebnisse und Prognosen für die Schweiz 1996–2010
f) Gesamtwirtschaftlich wichtige Grössen ausserhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Monetärer Bereich						
Realer Aussenwert des Frankens (24 Länder, exportgewichtet)	-1.0	-2.1	-3.5	3.7	-3.1	-1.6
10-jähriger Kassazinssatz der Bundesobligationen (1)						
- Jahresdurchschnitt	3.1	2.5	2.9	3.0	2.7	2.9
- Jahresende	2.9	2.5	3.1	2.9	2.7	3.0
Zinssatz von Dreimonatsdepots am Eurofrankenmarkt (1)						
- Jahresdurchschnitt	1.5	1.4	2.4	2.6	2.3	2.5
- Jahresende	1.4	1.9	2.7	2.6	2.3	2.7
Konsumentenpreise						
- Jahresdurchschnitt	0.8	1.1	0.7	2.6	1.5	1.3
- Jahresende	0.8	0.6	2.0	1.8	1.3	1.3
Beschäftigung und Arbeitsmarkt						
Beschäftigung	0.5	1.6	2.7	2.2	-0.3	-0.4
Vollzeitäquivalente Beschäftigung	0.2	1.4	2.7	2.3	-0.6	-0.8
Arbeitsvolumen in Std.	0.4	2.0	2.5	2.2	0.0	-0.1
Arbeitsproduktivität pro Vollzeitbeschäftigten	1.5	2.0	0.6	-0.4	0.9	2.3
Arbeitsproduktivität pro Std.	1.3	1.8	0.8	-0.3	0.3	1.6
Löhne (Basis Suva resp. SSUV)	1.2	1.2	1.6	2.0	2.0	1.5
Durchschnittslohn (2)	2.1	3.9	2.6	3.5	2.8	1.7
Arbeitslosenquote (1)	3.4	3.3	2.8	2.5	2.8	3.1
Stellensuchendenquote (1)	4.9	5.0	4.2	3.9	4.2	4.7

(1) Niveau
(2) Arbeitnehmerentgelt pro Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten, vgl. auch Abschnitt 2.4.2)

2 DIE ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ IM EINZELNEN

2.1 NACHFRAGEKOMPONENTEN

2.1.1 PRIVATER UND ÖFFENTLICHER KONSUM

2.1.1.1 PRIVATER KONSUM

Wachstum der Konsumausgaben im Jahr 2007 wieder stärker
Nach einer leichten Verlangsamung im Jahr 2006 gewann der private Konsum im Jahr 2007 wieder zusätzlich an Schwung. Im Jahresergebnis erreichte das Wachstum 2.1%, nach 1.6% im Jahr 2006. Dabei nahmen 2007 im Gegensatz zum Vorjahr insbesondere die Ausgaben für die Gesundheitspflege wieder stärker zu. Hinter dieser leichten Beschleunigung des Wachstums des privaten Konsums stand die nach wie vor günstige Einkommensentwicklung. Die Arbeitnehmereinkommen expandierten 2007 nominell um 5.1%, die Geschäfts- und Vermögenseinkommen um 5.2%. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen legten aufgrund der leicht erhöhten Abschöpfung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zwar weniger stark zu als im Vorjahr. Nach 3.6% im Jahr 2006 lag das Wachstum im Jahr 2007 jedoch mit 2.6% immer noch über dem langfristigen Durchschnitt. Die Sparquote (ohne BVG-Ansprüche) erhöhte sich im Jahr 2007 auf 9.7%, nachdem sie bereits in den Jahren davor kontinuierlich angestiegen war.

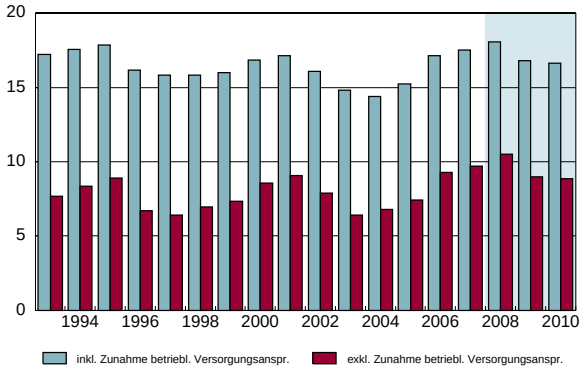
2008: Verlangsamung am aktuellen Rand nach starkem ersten Halbjahr
Auch in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres zeigte sich der private Konsum in starker Verfassung. Dabei verzeichneten mit Ausnahme von «Bekleidung und Schuhe» und «Sonstige Waren und Dienstleistungen» sämtliche Konsumkategorien positive Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr. Am aktuellen Rand kündigt sich allerdings eine Abkühlung an. Im Beherbergungsgewerbe nahmen die Inländerlogiernächte im ersten Halbjahr 2008 im Vorjahresvergleich noch um 3% zu, die Entwicklung verflachte sich aber auf die Sommermonate hin. Auch die Reservationen bewegen sich gemäss KOF-Umfragen zwar weiterhin auf einem hohen Niveau, waren in den letzten Quartalen jedoch rückläufig. Die Umfrageresultate bei den Gaststätten zeigen, dass sich die Entwicklung des Absatzes hier ebenfalls auf einem hohen Niveau verflacht hat. Bei den Neuzulassungen von Personenwagen scheint der Höhepunkt bereits zu Beginn des laufenden Jahres überschritten worden zu sein. Im ersten Halbjahr 2008 nahmen die Neuzulassungen im Vergleich zum Vorjahr um 4.6% zu, die monatlichen Vorjahreswachstumsraten sanken aber und bewegen sich momentan um den Nullpunkt herum. Weiterhin robust behauptet sich hingegen der Detailhandel: Obwohl die Umsatzerwartungen seit einigen Monaten sinken, blieben die realen Detailhandelsumsätze auf ihrem ansteigenden Pfad. Die insgesamt starke Entwicklung des privaten Konsums im ersten Halbjahr 2008 steht auch im Einklang mit der Einkommensentwicklung; die Eingänge von AHV-Lohnbeiträgen lagen in den ersten sechs Monaten des Jahres nominell um 6.6% über dem Vorjahreswert.

Ein deutlich pessimistischeres Bild als die genannten Daten zeichnet die vom SECO erhobene Konsumentenstimmung. Der Hauptindex der Konsumentenstimmung ist im Jahr 2008 eingebrochen und liegt momentan unter seinem langfristigen Durchschnitt. Obwohl die Konsumenten zurzeit ihre Konsumausgaben noch nicht entsprechend zu senken scheinen, deutet die Entwicklung der Konsumentenstimmung darauf hin, dass eine Abkühlung des privaten Konsums zu erwarten ist.

Grafik 2.1.1.1-1

Sparquote mit Prognose

(in % des verfügbaren Einkommens)



Neben der Konsumentenstimmung spricht auch die Einkommensentwicklung dafür, dass sich das Wachstum der Konsumausgaben im zweiten Halbjahr 2008 verlangsamen wird. So nehmen die persönlichen Einkommen im Jahr 2008 zwar immer noch um nominell 5.1% zu, die Verlaufswachstumsraten gehen jedoch deutlich zurück. Obwohl die Abschöpfung durch Steuern und Sozialversicherungen im laufenden Jahr nochmals etwas stärker ausfällt als 2007, nehmen die verfügbaren Haushaltseinkommen 2008 nochmals um solide 4.9% zu. Allerdings führt die Inflation dazu, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur um 2.8% steigen. Da nicht die gesamten zusätzlichen Einkommen für Konsum ausgegeben werden, steigt die Sparquote weiter an und erreicht 10.5%.

Tabelle 2.1.1.1-1

Einkommen, Sparquote und private Konsumausgaben 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	2.2	5.2	5.1	5.7	2.1	0.8
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen (nominell)	0.8	5.3	5.2	3.4	-1.5	2.9
Verfügbares Einkommen (nominell)	2.1	5.0	3.8	4.9	1.1	2.4
Konsumdeflator	0.6	1.3	1.1	2.0	1.7	1.2
Verfügbares Einkommen (real)	1.4	3.6	2.6	2.8	-0.6	1.2
Sparquote (inkl. Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche) (1)	-0.3	1.9	0.4	0.5	-1.3	-0.2
Sparquote (exkl. Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche) (1)	-0.1	1.9	0.4	0.8	-1.5	-0.1
Private Konsumausgaben (real)	1.6	1.6	2.1	1.9	1.1	1.4
Verfügbares Einkommen (real) pro Kopf	0.9	2.9	1.8	1.8	-1.4	0.4
Private Konsumausgaben (real) pro Kopf	1.0	0.8	1.3	0.9	0.3	0.5

(1) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten resp. mittlere Veränderungsrate

Fortgesetzte Abkühlung im Jahr 2009, Erholung im Jahr 2010

In den beiden kommenden Jahren wird die Einkommensentwicklung weniger positive Impulse bewirken können. Im Zuge der deutlich nachlassenden Konjunktur sinkt die Beschäftigung und das Wachstum der Löhne verlangsamt sich. Die persönlichen Einkommen nehmen in der Folge nur noch um 1.2% im Jahr 2009 und um 1.3% im Jahr 2010 zu. Da die Abschöpfung durch Steuern und Sozialversicherungen zunächst konstant bleibt und erst 2010 sinkt, nehmen die verfügbaren Haushaltseinkommen nominell 2009 um geringe 1.1% und 2010 etwas stärker um 2.4% zu. Real nehmen die verfügbaren Haushaltseinkommen 2009 sogar um 0.6% ab, bevor sie 2010 wieder um 1.2% ansteigen. Aufgrund dieser unterdurchschnittlichen Einkommensentwicklung verlangsamt sich das Wachstum der Konsumausgaben im Jahr 2009 auf 1.1% und die Sparquote sinkt auf 9% ab. Als Folge der im Jahr 2010 wieder etwas stärkeren Einkommensentwicklung beschleunigt sich das Konsumwachstum auch im Verlauf. Die Verlaufswachstumsraten steigen bereits im zweiten Halbjahr 2009 wieder an und bewegen sich 2010 in der Grössenordnung von 1.5%. Im Jahresergebnis resultiert 2010 eine Zunahme der privaten Konsumausgaben um 1.4%.

Der Anteil der Dienstleistungen am privaten Konsum ist langfristig steigend. Dieser Trend wird sich auch in den beiden kommenden Jahren fortsetzen. Dabei verzeichnen bei den dienstleistungsintensiven Kategorien insbesondere die Gruppen «Gesundheitspflege» und «Nachrichtenübermittlung» weiterhin ein überdurchschnittliches Wachstum.

Tabelle 2.1.1.1-2

Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE) 1996–2010

	2005		Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres in %, resp. mittlere Veränderungsrate					
	Mio. Fr.	Anteil in %	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Nahrungsmittel und Getränke	38'191	13.7	0.6	1.6	1.1	2.1	-0.3	0.4
Bekleidung und Schuhe	10'696	3.8	0.9	0.9	2.4	-4.5	1.0	0.5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und sonstige Brennstoffe	63'364	22.7	1.3	1.2	0.9	1.6	1.3	1.3
Möbel, Innenausstattung, Haushaltsgeräte	12'223	4.4	0.6	1.9	3.4	3.1	1.4	1.8
Gesundheitspflege	40'046	14.4	3.2	0.7	2.8	3.7	3.0	3.0
Verkehr	21'500	7.7	1.2	1.0	2.2	2.0	0.1	1.4
Nachrichtenübermittlung	7'339	2.6	10.5	11.3	7.4	8.6	8.6	8.5
Freizeit und Kultur	22'638	8.1	1.5	-0.3	2.6	3.6	1.4	1.5
Unterrichtswesen	1'402	0.5	2.5	0.0	10.3	1.8	2.3	2.7
Restaurants und Hotels	21'424	7.7	0.2	2.6	0.2	1.0	-1.0	-0.3
Sonstige Waren und Dienstleistungen	30'539	11.0	1.9	2.0	3.5	-2.5	2.5	2.0
Konsumausgaben der POoE	9'276	3.3	1.6	2.9	2.7	4.1	1.3	1.1
Konsumausgaben der privaten Haushalte und POoE	278'641	100.0	1.6	1.6	2.1	1.9	1.1	1.4
abzüglich: Tourismusimporte	10'975	3.9	0.8	1.6	0.6	-1.0	3.1	2.0
zuzüglich: Tourismusexporte	12'477	4.5	1.1	6.3	6.9	4.2	-1.7	1.8
Konsumausgaben (Inlandkonzept)	280'142	100.5	1.6	1.8	2.4	2.2	0.8	1.4

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und eigene Berechnungen

2.1.1.2 ÖFFENTLICHER KONSUM

Rückgang des öffentlichen Konsums 2006 und 2007

Nach einem bescheidenen Wachstum des öffentlichen Konsums in den Jahren 2002 bis 2005 ging dieser in den Jahren 2006 und 2007 sogar zurück. Das BFS hat zwar in seinen neuesten Schätzungen der VGR vom August 2008 die Jahresveränderung von –1.4% auf –0.9% etwas nach oben revidiert. Da die Ergebnisse der Finanzrechnungen der Gemeinden für das Jahr 2007 noch nicht bekannt sind, dürfte auch dieser Wert eine spätere Revision erfahren. Gemäss den Rechnungen der Kantone hat sich das nominelle Wachstum der Konsumausgaben gegenüber 2006 stärker beschleunigt als die Teuerung, und das Gleiche kann für die Gemeinden vermutet werden. Aus diesem Grund schätzen wir das Jahreswachstum 2007 auf –0.4%, während das BFS aktuell von einem Rückgang von 1.1% ausgeht. Die rückläufige Entwicklung des Staatskonsums ist auf die anhaltende Wirkung des Spardrucks, der nach 2001 im Gefolge eines vorangegangenen Anstiegs der Staatsquote und defizitärer Haushalte entstanden war, zurückzuführen. Sowohl der Bund wie auch die meisten Kantone hatten Massnahmenpakete zur Ausgabenreduktion beschlossen, und die budgetierten Werte wurden zum Teil noch unterschritten.

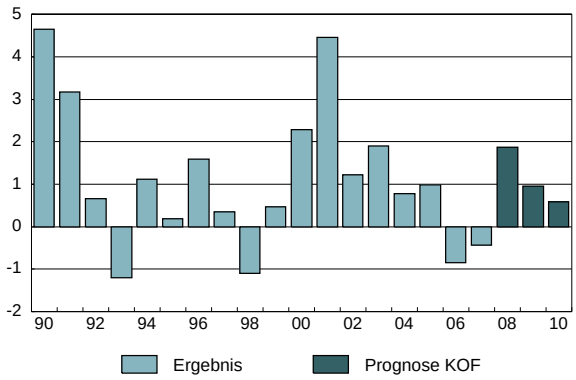
Wachstum des Staatskonsums bleibt im Prognosezeitraum bescheiden

Das Auslaufen der Sparprogramme, die verbesserte Finanzlage der Staatshaushalte sowie die im Zuge des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre gestiegene Nachfrage nach öffentlichen Leistungen dürften dazu führen, dass der Staatskonsum im Prognosezeitraum wieder zunimmt. Für das laufende Jahr deuten die verfügbaren Budgetinformationen sogar auf einen merklichen Anstieg von 1.9% hin. Die politischen Bestrebungen zur Senkung der Steuerbelastung und des Staatsanteils werden dem Wachstum allerdings Grenzen setzen. Zudem zeichnen sich im Zuge der konjunkturellen Abkühlung wieder weniger günstige Rechnungsergebnisse ab. Die Wachstumsraten des öffentlichen Konsums dürften deshalb in den Jahren 2009 und 2010 mit 1.0% bzw. 0.6% bescheiden bleiben. Damit bleibt die Zunahme des öffentlichen Konsums im Durchschnitt leicht hinter der Entwicklung des BIP zurück, so dass der Anteil des Staatskonsums am BIP, der seit 2003 deutlich rückläufig ist, wenn auch verlangsamt weiter abnimmt.

Grafik 2.1.1.2-1

Konsumausgaben Staat mit Prognose

(Veränderungen gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



2.1.2 BAU- UND AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN

2.1.2.1 BAUINVESTITIONEN

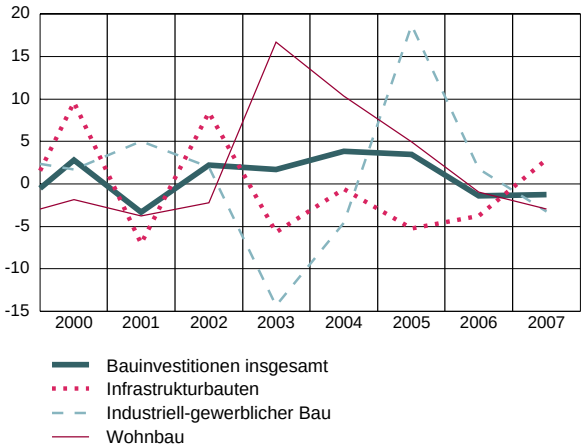
Hohe Baupreise verhageln der Branche das Geschäft

Die vorliegende Prognose bezieht erstmals die offiziellen Daten für den Bausektor aus dem Jahr 2007 mit ein. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass in diesem Zeitraum die gesamten Bauinvestitionen real 2.3% unter dem Vorjahreswert lagen. Noch im Sommer hatte die KOF einen leichten Zuwachs von 1.1% gesehen. Hauptgrund für die insgesamt rückläufigen Investitionen und die Diskrepanz zur letzten KOF-Prognose dürften die anhaltend hohen Baupreise gewesen sein. Während die KOF erwartet hatte, dass diese spätestens zum Jahresende wieder hätten gesunken sein sollen, blieben sie mit Steigerungsraten von annähernd 4% bis ins laufende Jahr hinein hoch. Ausserdem wirkte sich die Teuerung auf die Dynamik der Branche offenbar stärker aus als zunächst gedacht. Ihre – statistische – Wirkung entfaltete sie auf folgende Art und Weise: Wenn ein Bauträger ein Projekt mit festem Budget plant und er keine Möglichkeit hat, dieses nachträglich nach oben anzupassen, zwingt ihn die Teuerung, an Qualität oder Ausstattung zu sparen oder das Projekt sogar zu redimensionieren beziehungsweise zu verschieben. Dies hat dann, bei konstanten nominellen Ausgaben, einen negativen Effekt auf die preisbereinigten Werte. So ist es auch nicht überraschend, dass die Baufirmen zwar immer noch eine gute Kapazitätsauslastung melden, ihre Ertragslage allerdings als sehr unbefriedigend empfinden. Denn die hohen Preise werden von ihnen an die Abnehmer nur weitergegeben, ursächlich sind dagegen die Kosten für Rohstoffe, Energie und beispielsweise auch Baustahl (Anstieg seit Jahresbeginn um 75%).

Grafik 2.1.2.1-1

Reale Bauinvestitionen nach Sparten

(gemäss BFS-Bauerhebung, Vorjahresveränderung in %)



Wirtschaftsbau enttäuschte besonders

Betrachtet man rückblickend die einzelnen Bereiche, dann schält sich im Jahr 2007 der Wirtschaftsbau als besonders enttäuschend heraus. Trotz hohen BIP-Wachstumsraten und trotz einer weit überdurchschnittlichen Auslastung der Kapazitäten investierten die Unternehmen offenbar nur noch zögerlich in neue Gebäude. Die realen Beträge gingen um 3.6% zurück, womit der Aufschwung der Jahre 2005/06 endgültig zum Erliegen gekommen ist. Gleichzeitig verlor dieser Sektor damit seine stützende Funktion für die gesamte

Bauwirtschaft. Die Investitionen scheinen demnach wesentlich zielgerichteter in Rationalisierung und effizientere Produktion – also in Maschinen – geflossen zu sein als in Erweiterungsbauten. Studien der grossen Immobilienfirmen wie Colliers und Wüest & Partner legen zudem nahe, dass sich der Büromarkt von seiner bis 2006 hinein dauernden Schwächephase zwar erholt hat und die Mietrückgänge gebremst werden konnten. Gleichwohl ging dies eher mit einem geringeren Neuangebot einher als mit stark expandierender Nachfrage. So sind bei den Bürobauten derzeit nur vereinzelte Projekte im Bau. Es befinden sich jedoch einige grössere Überbauungen in der Pipeline, etwa in Zürich West oder auf dem Basler Novartis-Campus. Ein weiterer Grund für den Rückgang im Wirtschaftsbau dürfte auch sein, dass die herausragenden Detailhandelsobjekte der letzten Zeit, so zum Beispiel Sihlcity in Zürich und Westside in Bern, bereits weitgehend fertiggestellt waren bzw. ihrer Fertigstellung entgegen gingen und somit nur noch Restarbeiten zu erledigen waren. Potenzielle Anschlussprojekte wie etwa das Ebisquare-Zentrum bei Luzern warteten noch auf Baugenehmigungen bzw. den Baubeginn, so dass die entstandene Auftragslücke nicht gefüllt werden konnte.

Mehr Wohnungen, aber niedrigere Investitionen

Aber auch der Wohnbau entwickelte sich noch schwächer, als ursprünglich vorhergesagt. Zwar ist die Wohnbautätigkeit insgesamt nach wie vor äusserst rege, wenn man die Zahl der begonnenen, im Bau befindlichen und fertig gestellten Wohnungen als Bewertungsgrundlage nimmt. Demnach wurden im Jahr 2007 etwa 43 000 Einheiten fertig (+5% gegenüber 2006). Im ersten Halbjahr 2008 waren es mit 19 500 nochmals 2% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damit wurde ein so hohes Niveau wie noch nie zuvor erreicht. Dabei profitierten für einmal besonders Gemeinden ausserhalb der klassischen Agglomerationen mit einer Grösse von bis zu 2000 Einwohnern. Gleichzeitig stieg auch die Anzahl der Baubewilligungen im ersten Halbjahr 2008 um 8%, und es befanden sich mit 60 500 Wohnungen nur 2% weniger im Bau als Mitte 2007. Diese Zahlen legen also nahe, dass der Boom der Wohnungsbranche so schnell nicht nachlassen wird. Gleichwohl scheint es aber so, dass bei der Ausstattung gespart wird, so dass die Höhe der realen Investitionen 2007 um 3.0% unter der des Vorjahres lag.

NEAT-Ausgaben blieben weit hinter Planungen zurück

Ebenfalls negativ, aber im Rahmen der KOF-Sommerprognose, bewegte sich der Infrastruktur-Sektor. Im Bereich «Verkehr und Kommunikation» waren ursprünglich etwa für die NEAT-Projekte 2 Mrd. Fr. eingeplant. Allerdings wurden tatsächlich nur 1.4 Mrd. Fr. abgerufen. Dies war vor allem Planungsverzögerungen geschuldet, aber auch geologische Schwierigkeiten auf der Gotthard-Achse trugen ihren Teil dazu bei. Da diese Grossprojekte dennoch vermutlich priorisiert und anderen Infrastruktur-Bauten vorgezogen wurden, gingen die Investitionen bei den übrigen Bahnprojekten um weitere 5.8% zurück. Im Strassenbau konnten nach dem Rückgang im Vorjahr die Investitionen stabilisiert werden. Die Bauinvestitionen für Bildung, Gesundheit und Kultur stiegen leicht an, und zwar um 2.8%, blieben damit aber ebenfalls unterhalb der Erwartungen.

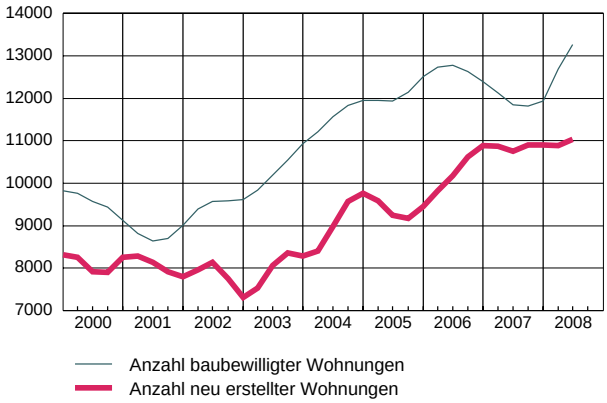
Prognose: Bauinvestitionen stagnieren auch in den kommenden Jahren

Auch im laufenden Jahr ist keine nachhaltige Erholung bei den Bauinvestitionen zu erwarten. Dafür sprechen die vorläufigen Quartalsdaten des SECO, das für den Bausektor im 1. Quartal einen Rückgang von –3.7% im Vorjahresvergleich sieht und auch das 2. Quartal mit einem Minus angibt (–1.7%). Gleichzeitig schlussfolgert etwa der Schweizerische Baumeisterverband aus seinen Quartalsumfragen unter den Mitgliedsunternehmen, dass die Umsätze in den ersten zwei Quartalen gesunken seien. Nur die leicht gestiegenen Auftragseingänge im 2. Quartal und die insgesamt positiven Aussichten für den Verkehrssektor dürften diese für das Gesamtjahr noch auf eine schwarze Null heben. Vor diesem Hintergrund

Grafik 2.1.2.1-2

Baubewilligte und neu erstellte Wohnungen

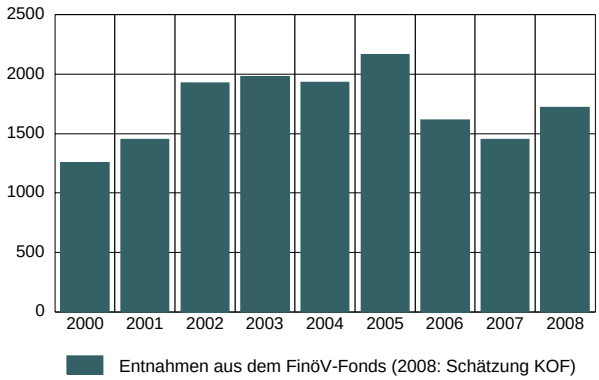
(Anzahl pro Quartal, glatte Komponente)



Grafik 2.1.2.1-3

Entnahmen aus dem FinöV-Fonds

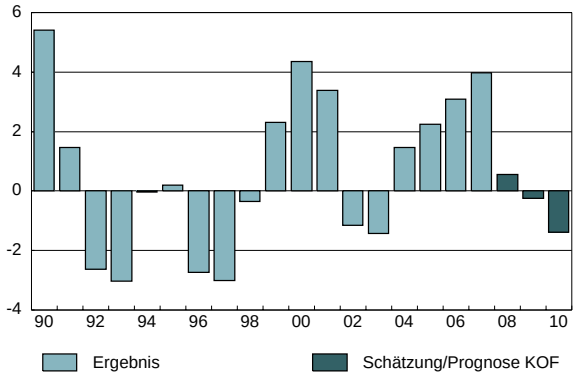
(in Mio Fr., zu Preisen von 2004)



geht die KOF daher in diesem Jahr von einem leichten Anstieg um 0.4 % aus. Damit wären die Negativmeldungen aus den letzten beiden Jahren erstmals wieder von einem Pluszeichen abgelöst. Bis zum Ende des Prognosezeitraums können die Wachstumsraten aber nicht massgeblich zulegen und schwanken nach wie vor um den Nullwert, wobei sich allerdings im Zeitablauf die einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich entwickeln werden.

Gleichwohl sollten die hohen Preissteigerungen der vergangenen Jahre ein Ende finden. So sind an den internationalen Rohstoffmärkten die Notierungen zuletzt gefallen; vor allem der Ölpreis bewegt sich momentan 30 % unter seinem Höchstwert. Inwieweit die derzeit geforderten Lohnerhöhungen, die nicht nur einen Inflationsausgleich sondern auch reale Steigerungen beinhalten sollen, die Baupreise weiter nach oben treiben, ist noch unsicher. Allerdings dürften bei einem insgesamt eher schwachen Umfeld für die Bauwirtschaft die Möglichkeiten, die höheren Lohnausgaben auf die Kunden überwälzen zu können, beschränkt sein. Die KOF sieht deshalb für 2008 einen Anstieg der Baupreise um nur noch 0.6 %. In den beiden Folgejahren werden sie sogar leicht rückläufig sein.

Grafik 2.1.2.1-4
Baudeflator mit Prognose
(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



Wohnbau profitiert von tiefen Leerständen

Der Grossteil der Bauinvestitionen fliesst nach wie vor in den Wohnbau. Dessen Entwicklung ist von mehreren Faktoren abhängig. Der KOF-Wohnbauindikator zeigt hier für das 4. Quartal 2008 und das 1. Quartal 2009 einen leichten Anstieg der Bauinvestitionen an. Ermittelt wird dieser Indikator aus der Auswertung sämtlicher Baugenehmigungen in der Schweiz. Damit dürfte der Wohnbau seine Schwächephase allmählich hinter sich haben. Getrieben wird diese Entwicklung vor allem von der nochmals gesunkenen Leerwohnungsquote. Diese liegt mittlerweile schweizweit wieder unter einem Prozent und damit so tief wie seit 2004 nicht mehr. Trotz der regen Bautätigkeit sorgt ein unvermindert starker Zuzug gut ausgebildeter und somit gut verdienender Arbeitskräfte für eine anhaltende Nachfrage. Dies dürfte dafür sprechen, dass auch künftig der Wohnungssektor nicht einbrechen sollte. Gleichzeitig nimmt dies auch eventuellen Befürchtungen die Grundlage, die Immobilienkrise, die mittlerweile mit Grossbritannien, Irland und Spanien auch schon Europa erreicht hat, könnte auf die Schweiz übergreifen. Der Trend beim Wohnbau zu Mehrfamilienhäusern setzt sich dabei fort. Mittlerweile sind in der Schweiz nur noch etwa 20 % der neu errichteten Wohnungen in Einfamilienhäusern zu finden. Im Jahr 2000 waren es noch 40 %. Möglicherweise ist dies auch ein Grund dafür, warum die Investitionen in diesem Sektor trotz steigender Fertigstellungszahlen zunächst noch sinken: Grössere Objekte vereinen Skalenvorteile in sich, etwa kommen die Grundstückskosten auf die einzelne Wohnung umgerechnet nicht mehr so teuer. Gleichzeitig ist dies auch eine aus raumplanerischen Gesichtspunkten beförderte Entwicklung, soll so doch die voranschreitende Zersiedlung der Schweiz wenn schon nicht aufgehalten, so doch zumindest abgebremst werden. Die KOF sieht für das laufende Jahr demnach noch einen Rückgang um 1.8 %, bevor die Wachstumsraten im kommenden Jahr 1.5 % und 2010 immer noch 1.0 % erreichen dürften.

Der Bereich Wirtschaftsbau, zu dem Büros, Geschäftsflächen, Industriegebäude und Lager zählen, dürfte von der sich deutlich abkühlenden Konjunktur in der Schweiz belastet werden. Zwar produzieren die Firmen immer noch mit sehr gut ausgelasteten Kapazitäten, und auch etwa im Detailhandel sind die Umfragedaten nach wie vor noch positiv. Allerdings dürften sich potenzielle Investoren angesichts der wirtschaftlichen Aussichten erst einmal zurückhalten. Dies schlägt sich in der KOF-Prognose nieder, die für das laufende Jahr im Wirtschaftsbau von einem erheblichen Rückgang um 4.1 % ausgeht, der 2009 immer noch 2.5 % betragen dürfte, bevor 2010 dann wieder ein Wachstum von 1.9 % erreicht wird. Für den Bürosektor sahen Marktbeobachter noch im Frühjahr ein günstiges

Marktumfeld. So konstatierte der Immobiliendienstleister Colliers Schweiz AG ein sich verknappendes Angebot mit steigenden Mieten, zumindest in Spitzenlagen. Insgesamt wird vor allem in den Agglomerationszentren gebaut. In Zürich sollen sich derzeit 350 000 m² in Planung befinden oder bereits bewilligt sein. In Basel sind es über 200 000 m², in Bern 100 000 m² und im Grossraum Genf noch einmal 160 000 m². Im Vergleich dazu betrug die Leerstandsquote 2007 etwa 1.6 Mio. m². Auch vom Detailhandel kommen vermutlich erst 2009 wieder Impulse, wenn grössere Investitionen in Einkaufszentren angegangen werden.

Infrastrukturprojekte verzögern sich

Bei den Infrastrukturinvestitionen leistet der Bund den grössten Beitrag. Dies gilt vor allem mit Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) in diesem Jahr, mit dem der Bund die Ausgaben für den Nationalstrassenbau komplett übernimmt. Im Voranschlag des Bundes für das Haushaltjahr 2008 sind für den Verkehrssektor 7.6 Mrd. Fr. eingeplant, das sind 1.6% mehr als im Vorjahr. Ein Grossteil der für den Verkehr bestimmten Ausgaben fliesst direkt in die Investitionen, etwa den Strassenbau oder Bahnprojekte. Ausserdem wirkt ab diesem Jahr erstmals der neu geschaffene Infrastrukturfonds, der in den nächsten 20 Jahren über Mittel in Höhe von 20 Mrd. Fr. verfügt. Daraus resultieren mindestens gleich hohe Investitionen seitens der Kantone und Gemeinden, da der Bund diese Projekte mit maximal 50% fördert. Auch die Finanzpläne für 2009 und 2010 gehen von leicht steigenden Verkehrsinvestitionen aus. Da 2010 die Anschubwirkung des Infrastrukturfonds auslaufen dürfte, rechnen wir für 2010 mit rückläufigen Investitionen in diesem Bereich.

Für das laufende Jahr wird ein merklicher, aber nicht mehr ganz so markanter Anstieg wie in der Sommerprognose erwartet. Dabei sticht vor allem der NEAT-Bereich hervor, wo die KOF als Folge des hohen Nachholbedarfes um 18% höhere Ausgaben prognostiziert, gegenüber einem ursprünglich vom Bund veranschlagten markanten Rückgang. Der Infrastrukturfonds hätte zwar auch die übrigen Bahn-Investitionen deutlich erhöhen sollen. Wir gehen aber davon aus, dass die Priorisierung der NEAT – wie schon im vergangenen Jahr – hier zu einem gewissen Verdrängungseffekt führen wird, und passen unsere Prognose etwas nach unten an. Ab 2009 gehen die NEAT-Ausgaben im Rahmen

Tabelle 2.1.2.1-1

Bauinvestitionen nach Baukategorien 1996–2010

	2005		Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres in %, resp. mittlere Veränderungsrate					
	in Mio. Fr. nominell	Anteil in %	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Infrastruktur	9'691	21.2	-1.0	-3.7	-1.0	7.5	0.7	-1.5
- Verkehr und Kommunikation	7'343	16.0	1.4	-6.5	-1.7	10.7	0.7	-2.7
- Übrige Infrastruktur	2'349	5.1	-5.8	5.1	0.8	-1.0	0.5	2.5
Wissensch., Kultur, Gesundheit	4'137	9.0	-0.7	-3.9	2.8	5.0	3.8	2.0
Wohnen	23'059	50.3	0.6	-1.0	-3.0	-1.8	1.5	1.0
- EFH	8'542	18.6	1.2	-1.2	-7.4	-3.6	0.3	0.3
- MFH	14'517	31.7	0.3	-0.9	-0.4	-0.8	2.1	1.4
Landwirtschaft	707	1.5	-2.9	-4.5	-3.6	-2.5	-1.5	-2.0
Industrie, Gewerbe, Dienstl.	8'210	17.9	-0.1	1.5	-3.6	-4.1	-2.5	1.9
Total	45'804	100.0	0.0	-1.4	-2.3	0.4	0.8	0.7

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und eigene Berechnungen

der Budgetplanung erst langsam, dann deutlicher zurück (–11.4% im Jahr 2011), die übrigen Bahnausgaben legen bis 2009 mit +6.3% jedoch noch zu, bevor auch hier ein Rückgang zu verzeichnen sein wird. Grund dafür ist, dass derzeit alle Bauvorhaben im Bahnbereich auf dem Prüfstand und vor allem unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen. Erst wenn die finanziellen Umfänge der laufenden Bauarbeiten endgültig abgeschätzt werden können, ist möglicherweise Spielraum für neue grössere Projekte.

Vergleicht man im Bereich des Nationalstrassenbaus in den letzten Jahren die jeweils geplanten mit den tatsächlichen Ausgaben, ist eine hohe Übereinstimmung festzustellen. Insofern dürften die Planungen, die Ausgaben für Nationalstrassenbau 2008 um 300 Mio. Fr. zu erhöhen, wohl umgesetzt werden und zum Anstieg der gesamten Strassenbauinvestitionen um 12% auf etwa 3.6 Mrd. Fr. beitragen. Für 2009 ist dann nur noch mit einem leichten Anstieg zu rechnen, unter anderem als Folge des Agglomerationsprogramms des Bundes. 2010 dürfte dieser Effekt ausklingen. Insgesamt bleibt für den Sektor «Verkehr und Kommunikation» für dieses Jahr ein beachtlicher Aufschwung von 10.7%, der jedoch nicht von langer Dauer ist und nach einer Stagnation 2009 (+0.7%) sogar in einen Abschwung umschlägt (2010: –2.7%).

Bauinvestitionen im Bereich Bildung, Gesundheit und Kultur wachsen nachhaltig

Im Bereich Bildung, Gesundheit und Kultur bleibt die Aufwärtsbewegung der Bauinvestitionen aus dem Jahr 2007 auch in diesem und dem kommenden Jahr intakt. Der moderate Anstieg bewegt sich dabei zwischen 5% (2008) und 2% (2010). Grund hierfür sind nicht nur politische Prioritäten (die Qualitätsstandards in der Bildung sowie die Angebote sollen in einem breiten Konsens weiter ausgebaut werden), sondern auch demographische Entwicklungen, wonach die Zahl der Schüler in der Sekundarstufe II im vergangenen Jahr bereits um 2.6% zunahm. Dieser Trend wird sich gemäss Prognosen des Bundesamts für Statistik (BFS) bis etwa 2010 fortsetzen und ist vor allem einem höheren Anteil der Maturanden zuzuschreiben. Steigen wird auch weiterhin die Zahl der eingeschriebenen Studierenden (im laufenden Jahr um 3% auf 176 000, bis 2010 sogar um 13%). Mindestens im Gleichschritt dazu müssten sich auch die Ausgaben für Schulen und Hochschulen erhöhen. Im Gesundheitssektor wurden bereits einige Grossprojekte realisiert bzw. angegangen. Doch existiert hier weiterhin grosser Nachholbedarf bei den Spitalbauten aus den sechziger und siebziger Jahren, was Modernisierung und Ausstattung mit energieeffizienter Technik betrifft. So begannen etwa am Zürcher Triemlispital unlängst die Arbeiten zum Neubau eines Bettenhauses mit einer Investitionssumme von fast 300 Mio. Fr.

Zur «Übrigen Infrastruktur» zählen vor allem Ver- und Entsorgungskapazitäten (Elektrizität, Wasser, Kehricht etc.). Die dort erwarteten, nur noch leicht steigenden oder sogar sinkenden Investitionen sind mehreren Faktoren geschuldet. Zum einen scheint die dezentrale Energieversorgung durch Windräder, Geothermie und andere erneuerbare Energiequellen in Fahrt zu kommen, was einem weitergehenden Ausbau der überregionalen Netze etwas den Druck nimmt. Zum anderen gestaltet sich die Ausführung neuer Energiemassnahmen als schwierig. So ist der Ersatz bestehender Kernkraftwerke zwar geplant, aber aufgrund vorhandener breiter Ablehnung innerhalb des Prognosezeitraums nicht zu erwarten. Ebenfalls lassen sich vorgesehene Hochspannungsleitungen nicht wie geplant umsetzen und stossen bei den unmittelbar Betroffenen auf Widerstände. Die drohende Energielücke soll gemäss Politik vorrangig durch Einsparungen geschlossen werden. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im Bereich «Übrige Infrastruktur» in diesem Jahr um 1% zurückgehen, 2009 und 2010 um 0.5% resp. 2.5% zunehmen. Die Mittel dürften vorrangig dem Substanzerhalt dienen, was vor allem auf den Bereich der Wasserver- und -entsorgung zutrifft.

2.1.2.2 AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN

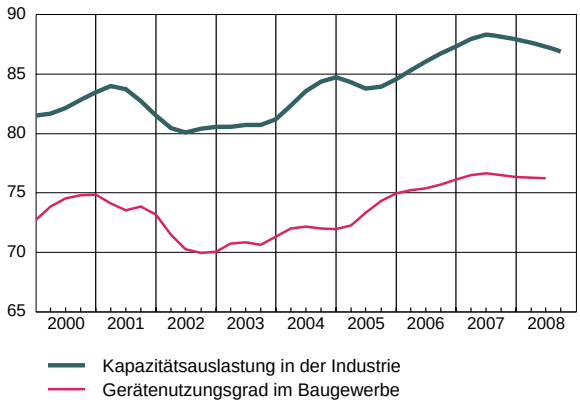
Die Ausrüstungsinvestitionen haben in den Jahren 2006 und 2007 Wachstumsraten von über 10% ausgewiesen. Die Verlaufswachstumsraten stiegen bis zum 1. Quartal 2007 kräftig an und betrugen dann satte 15%. Im weiteren Verlauf des Jahres 2007 schwächte sich das Expansionstempo deutlich ab. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 2008 betrugen die Verlaufswachstumsraten rund 2%.

Die Schweiz erlebte in den Jahren 2005 bis 2007 ein Wirtschaftswachstum, welches deutlich kräftiger war als das Potenzialwachstum. So betrugen die Jahreswachstumsraten 2005 2.5%, 2006 3.4% und 2007 3.3%. In den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres hat sich die Dynamik deutlich abgeschwächt. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie stieg bis zum 2. Quartal 2007 auf gut 88%, seither ist sie wieder leicht gesunken. Gemäss der KOF-Industrieumfrage betrug sie im 2. Quartal 2008 rund 87%. Im historischen Vergleich ist dieser Wert aber immer noch sehr hoch. Auftragsbestand und Bestellungseingang stiegen im Vormonatsvergleich bis Anfang 2008 an, seither hat sich ein leichter Rückgang eingestellt. Im Vorjahresvergleich ist der Bestellungseingang seit Mitte des Jahres ebenfalls leicht rückläufig, der Auftragsbestand nimmt dagegen weiterhin zu. Im Gleichschritt mit diesen Entwicklungen hat sich die Geschäftslage bis Ende des Jahres 2007 verbessert. In den letzten sechs Monaten beklagten wieder mehr Firmen eine schlechte Geschäftslage. Die Aussichten für die kommenden drei Monate haben sich deutlich eingetrübt: Erwarteten zu Beginn des Jahres noch 23% der Firmen einen wachsenden Bestellungseingang und 13% einen schrumpfenden, so haben sich diese Anteile bis September auf 22% bzw. 17% verschoben. Damit bleibt der Saldo – die Differenz zwischen den gewichteten positiven und negativen Antworten – zwar im positiven Bereich, notiert aber deutlich schwächer als in den vergangenen Jahren. Die Firmen haben ihre Produktionskapazitäten in den vergangenen Quartalen deutlich ausgeweitet.

Grafik 2.1.2.2-1

Indikatoren der Kapazitätsauslastung

(in %, gemäss KOF-Konjunkturumfragen, glatte Komponente)

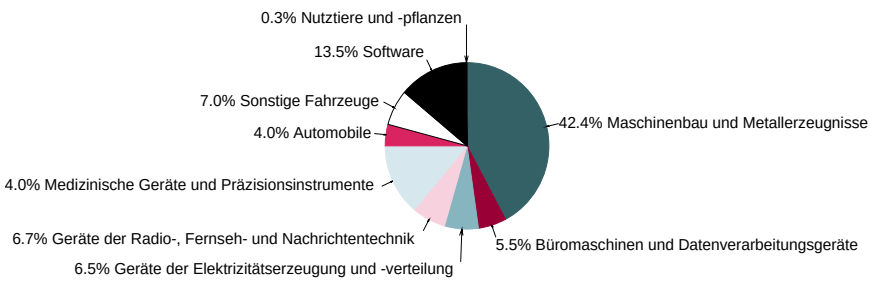


Die Baukonjunktur hat sich im Laufe des Jahres 2007 etwas eingetrübt. Die Firmen meldeten wieder vermehrt eine schlechte Geschäftslage. Verglichen mit den Werten der vergangenen Jahre liegt der aktuelle Saldowert mit 32 aber immer noch hoch: Der Maximalwert des letzten Baubooms im Jahre 2000 betrug 30. Der Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten liegt momentan bei rund 76%, er hat sich seit Ende des Jahres 2006 praktisch nicht verändert. Die Firmen sehen ihre Produktion aber immer seltener durch

Kapazitätsengpässe beeinträchtigt. Personalengpässe werden zwar deutlich häufiger als Produktionshemmnis genannt, seit Ende des letzten Jahres hat sich die Situation aber auch dort entspannt.

Im Dienstleistungssektor liegen nur wenige Indikatoren zur Kapazitätsauslastung vor. Die Geschäftslage der Banken hat sich im Rahmen der Finanzmarktkrise seit Ende des Jahres 2007 deutlich verschlechtert, der Saldowert stürzte von 85 auf 8 ab. Die IT-Kapazitäten werden wieder vermehrt als zu gross beurteilt. Auch im Gastgewerbe und den «übrigen Dienstleistungsbranchen» haben sich Geschäfts- und Ertragslage deutlich verschlechtert.

Grafik 2.1.2.2-2
Güterstruktur der Ausrüstungsinvestitionen gemäss ESVG95
(Anteile 2006, zu laufenden Preisen)



Die grösste Gütergruppe der Ausrüstungsinvestitionen sind die Industriemaschinen (vgl. Grafik 2.1.2.2-2). Sie haben einen Anteil von rund 40% an den gesamten Ausrüstungen, und beeinflussen das Gesamtergebnis damit massgeblich. Die Einfuhren von Industriemaschinen nahmen im Jahr 2007 und in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres deutlich zu. Die Ausfuhren nahmen zuerst noch zu, seit Beginn des Jahres haben sie sich aber wieder abgeschwächt und liegen praktisch auf dem Niveau von Anfang 2007. Die Produktion wurde im Jahr 2007 noch kräftig ausgebaut, seit einigen Monaten zeigt sich aber ein Rückgang. Gemäss der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendeten Güterstrommethode resultierte bis zum aktuellen Rand eine kräftige Zunahme der Investitionen in Produkte dieser Gütergruppe.

Die übrigen Gütergruppen zeigten in den vergangenen sechs Quartalen weniger positive Entwicklungen: Die Importe von medizinischen Geräten und Präzisionsinstrumenten liegen nach einigen Schwankungen wieder etwa auf dem gleichen Stand wie Anfang 2007. Die Exporte hatten bis Mitte des vergangenen Jahres deutlich zugelegt, seither haben sie sich aber wieder klar abgeschwächt. Die inländische Produktion wurde über die ganze Periode relativ gleichmässig ausgebaut. Damit dürften die Investitionen in Produkte dieser Gütergruppe nur leicht zugenommen haben.

Die Investitionen in Übermittlungs- und Kommunikationsgeräte nahmen Anfang des Jahres 2007 noch zu, schrumpften im Frühjahr stark und kehrten im Spätsommer wieder auf den Wachstumspfad zurück. In den letzten Monaten haben sie sich wiederum deutlich abgeschwächt. Insgesamt dürften sie im Jahr 2007 ungefähr stabil geblieben sein. Dies deckt sich weitgehend mit der Entwicklung in den Bereichen EDV-Geräte und Software. Dort scheint das Jahr 2007 aber noch etwas schlechter gelaufen zu sein.

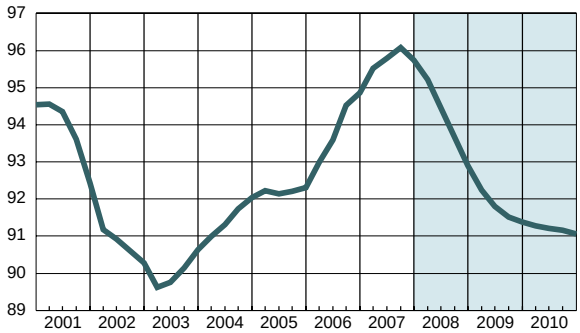
Nutzfahrzeuge wie Lastwagen und Traktoren stammen zum grössten Teil aus dem Ausland. Daher spielt die inländische Produktion in dieser Gütergruppe nur eine untergeordnete Rolle. In der ersten Hälfte des Jahres 2007 gaben die Importe etwas nach, währenddem die Exporte kräftig anstiegen. Gegen Ende des Jahres gingen auch die Ausfuhren deutlich zurück. Per saldo dürften die Investitionen im Jahr 2007 etwa konstant geblieben sein. In den ersten Monaten des laufenden Jahres nahmen die Einfuhren wieder zu, die Ausfuhren sanken dagegen weiter ab. Entsprechend haben die Investitionen zugelegt.

Die Preise für Ausrüstungsgüter werden durch die Preise für Metalle und den Dollar-Franken-Kurs geprägt. Die Preise für die im Inland hergestellten Investitionsgüter steigen seit mehreren Jahren kontinuierlich an. Diese Entwicklung hat sich am aktuellen Rand noch etwas akzentuiert. Die Preise für importierte Investitionsgüter erhöhten sich zwischen 2001 und 2005 stetig. Nach einer horizontalen Entwicklung im Jahr 2006 nehmen sie nun leicht zu. Auch dank einer stetigen Abschwächung des US-Dollars gegenüber dem Schweizerfranken sind diese Steigerungsraten aber deutlich schwächer als bei den in der Schweiz hergestellten Gütern. Im Jahr 2007 dürften sich die Investitionsgüter insgesamt um 1%, im laufenden Jahr um 2.4% verteuern.

Grafik 2.1.2.2-3

Kapazitätsauslastung mit Prognose

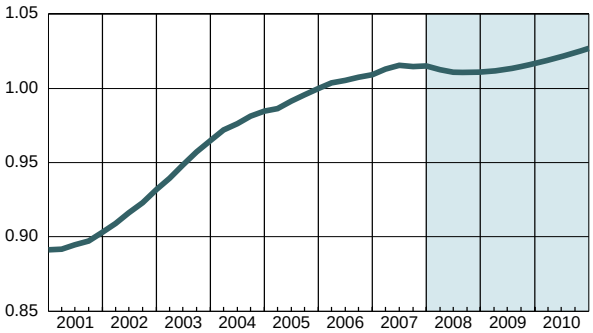
(gemäss KOF-Makromodell, in %)



Im laufenden Jahr nehmen die Ausrüstungsinvestitionen nur noch wenig zu. Die annualisierten Verlaufswachstumsraten betrugen in den ersten beiden Quartalen 2% bzw. 1%. In den letzten beiden Quartalen des laufenden Jahres dürften sie auf rund –7% fallen. Anfang des nächsten Jahres wird sich dieser Rückgang noch leicht akzentuieren, um sich anschliessend deutlich abzuschwächen. Es ist aber in allen Quartalen mit negativen Verläufen zu rechnen. Erst Anfang des Jahres 2010 werden die Verlauswachstumsraten wieder positive Vorzeichen aufweisen und bis Ende 2010 wieder rund 4% betragen. Im Vorjahresvergleich dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr noch um 0.4% zunehmen, und im Jahr 2009 dann um 5.3% sinken. Im Jahr 2010 dürfte aufgrund des negativen Überhangs nur ein Wachstum von 0.2% resultieren.

Die Ursachen für die abgeschwächte Investitionstätigkeit der Schweizer Unternehmen liegen in der Entwicklung des internationalen Umfeldes und der daraus resultierenden Abschwächung der Schweizer Wirtschaft. Die Warenexporte verzeichneten in den beiden letzten Jahren kräftige Zunahmen. Im laufenden und im nächsten Jahr ist zwar mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, jedoch in deutlich schwächerem Ausmass als in den letzten Jahren. Die Preise für Ausrüstungsgüter steigen in diesem Jahr um 2.4%. In weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Zunahme deutlich abschwächen.

Grafik 2.1.2.2-4
Faktorpreisverhältnis mit Prognose
(gemäss KOF-Makromodell)



Die eingetretene konjunkturelle Abkühlung in der EU und in der Schweiz führt dazu, dass die Unternehmen ihre Produktionskapazitäten nicht mehr im gleichen Masse ausweiten wie dies in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Die bestehenden technischen Kapazitäten sind zurzeit sehr gut ausgelastet. Daher dürfte der Auslastungsgrad bis Ende des nächsten Jahres zurückgehen. Die Firmen verfügen aber über genügend finanzielle Mittel, um Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu tätigen. Diese dienen auch in konjunkturell schwächeren Phasen dazu, konkurrenzfähig zu bleiben. Dadurch brechen die Ausrüstungsinvestitionen auch in konjunkturellen Abschwungphasen, in denen genügend Produktionskapazitäten zur Verfügung stehen, nicht gänzlich ein.

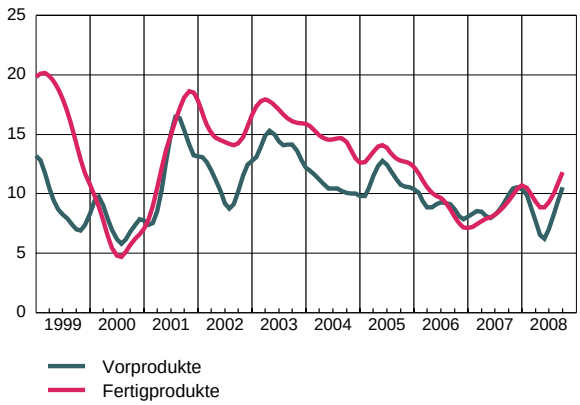
Im laufenden Jahr steigen die Durchschnittslöhne um 3.5%. In den kommenden beiden Jahren betragen die Wachstumsraten noch 2.8% bzw. 1.7%. Die Investitionsgüter verteuern sich dieses Jahr um 2.4%. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sich der Anstieg abschwächen und noch 1.5% bzw. 0.5% betragen. Über die gesamte Periode gesehen verteuert sich der Produktionsfaktor Arbeit gegenüber dem Sachkapital (Faktorpreisverhältnis), was zu einem Rationalisierungsdruck führt. In den letzten Jahren wurde die Produktion stark ausgeweitet, so dass sowohl mehr Investitionsgüter als auch mehr Personal benötigt wurde. Im laufenden Jahr dürfte der Personalbestand noch einmal leicht aufgestockt werden (2.3%). In den Jahren 2009 und 2010 ist allerdings mit einem leichten Rückgang um 0.6% bzw. 0.8% zu rechnen.

2.1.2.3 LAGERINVESTITIONEN

Konjunkturabschwächung bewirkt in der Industrie vorübergehenden Lagerabbau
Die Industriekonjunktur begann, sich im zweiten Halbjahr 2007 abzuschwächen und verlor im laufenden Jahr deutlich an Dynamik. Die Industrieunternehmen reagierten darauf bei den Vorproduktelagern, so dass im 2. Quartal 2008 gemäss der Konjunkturumfrage der KOF der Lageraufbau zu Ende ging. Die eingetrübten Aussichten und die hohen Rohstoffpreise führten anschliessend zu einer merklichen Reduktion der Lagerbestände an Vorprodukten. Bei den Fertigproduktelagern hielt die Aufbauphase etwas länger an, doch setzte auch hier im zweiten Halbjahr 2008 ein Abbau der Bestände ein.

Mit der Erholung der Industriekonjunktur im Laufe von 2009 dürfte Mitte des kommenden Jahres bei den Vorprodukten ein bescheidener Lageraufbau einhergehen und sich im darauf folgenden Jahr fortsetzen. Die Lager an Fertigprodukten reagieren jeweils verzögert auf eine Belebung der Nachfrage, so dass erst ab Anfang 2010 mit einer Aufstockung der Bestände gerechnet werden kann. Da sich die Kurzfristzinsen nur unwesentlich verändern, dürfte die Lager/Produktion-Relation im kommenden Jahr nochmals leicht auf ein normales Niveau ansteigen.

Grafik 2.1.2.3-1
Beurteilung der Industrielager
(Saldo gemäss KOF-Konjunkturumfrage, glatte Komponente)



Anhaltend niedrige Bestände bei den Erdölprodukten
Der Grosshandel (ohne Erdölprodukte) verzeichnete im ersten Halbjahr 2008 eine sehr erfreuliche Geschäftsentwicklung. Bei den Industrie- und Konsumgütern förderte die Aufwertung des Schweizerfrankens den Import. Zudem blieb die Binnennachfrage und somit der Absatz von Konsumgütern allgemein gut. Nachfragebedingt mussten daher die Lagerbestände beim Grosshandel merklich aufgestockt werden. Unterstützt wurde diese Entwicklung noch durch die stabilen, niedrigen Zinskosten. Aufgrund der erwarteten Konjunkturabkühlung gelten die Lagerbestände nun allerdings als überhöht, so dass im 4. Quartal 2008 mit einem deutlichen Abbau zu rechnen ist. Der Grosshandel (ohne Erdölprodukte) wird im Jahr 2009 sowohl die Konjunkturabschwächung als auch die leichte Abwertung des Schweizerfrankens zu spüren bekommen. Aufgrund sinkender Umsätze ist daher mit einem merklichen Abbau der Lagerbestände zu rechnen, welcher hin zu einer Normalisierung der Lagerquote führen dürfte. Erst 2010 werden sich die Lager stabilisieren.

Bei den Erdölprodukten spielen der Wechselkurs und die Zinsen gegenwärtig eine untergeordnete Rolle. Hingegen bewirkten die starken Preissteigerungen sowohl aus Finanzierungs- als auch aus spekulativen Gründen einen neuerlichen Abbau der bereits sehr tiefen Lagerbestände, obwohl durchaus wieder Lieferengpässe auftreten könnten. Im Jahr 2009 wird eine gewisse Beruhigung an der Preisfront erwartet. Die gegenwärtig extrem tiefe Lagerquote wird sich daher im Jahr 2009 zwar etwas erhöhen, jedoch niedrig bleiben. Diese Tendenz wird noch durch den schwächeren Absatz unterstützt.

Im Jahr 2009 Abbau der Lager im Detailhandel

Das Wachstum der realen Detailhandelsumsätze hat sich seit Beginn dieses Jahres leicht verlangsamt. Gleichzeitig erhöhte sich umsatzbedingt der Lagerbestand weniger ausgeprägt. Aufgrund der gestiegenen Einkaufspreise wurden zudem die Lager weniger stark aufgebaut als die Umsätze stiegen, so dass im Jahr 2008 eine sinkende Lager/Umsatz-Relation resultiert. Der bis Mitte 2009 schwächelnde private Konsum veranlasst die Detailhändler, ihre Bestände im kommenden Jahr abzubauen. Erst 2010 ist nachfragebedingt wieder mit einem bescheidenen Lageraufbau zu rechnen. Dabei werden normale Witterungsbedingungen unterstellt.

Grafik 2.1.2.3-2

Beurteilung der Handelslager

(Saldo gemäss KOF-Konjunkturumfrage, glatte Komponente)

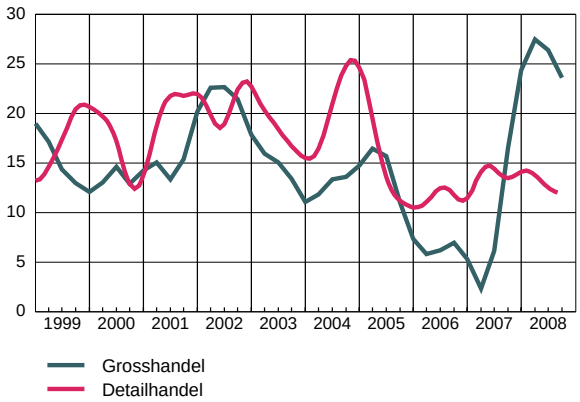


Tabelle 2.1.2.3-1 Lagerinvestitionen

Tabelle 2.1.2.3-1

Lagerinvestitionen 2006–2010

(in Mio. Fr.; Basisjahr 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010
Konjunkturrelevante Lagerveränderungen (1)	-3'831	-3'113	-3'478	68	1'229
daraus entstehender Nachfrageimpuls	-	718	-365	3'546	1'161
Korrektur: Nettozugang an Wertsachen (2)	3'292	898	996	1'141	1'236
Lagerveränderungen inkl. Nettozugang an Wertsachen (=1+2)	-539	-2'215	-2'482	1'209	2'465

(1) zu Preisen des Vorjahres, auf das Basisjahr umgerechnet mit dem BIP-Deflator
(2) Differenz aus verketteten Zugängen und Abgängen von Wertsachen

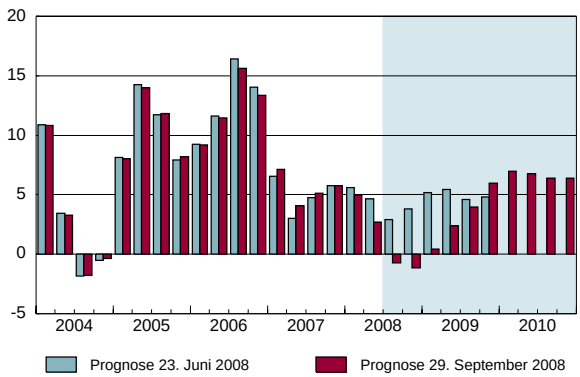
2.1.3 EXPORTE

Warenexporte verlieren nach einem starken 1. Quartal 2008 an Schwung

Das Wachstum der Warenexporte verlangsamte sich nach einem überraschend starken 1. Quartal zuletzt deutlich, was im Wesentlichen auf den leichten Rückgang der Exporte in die Industrieländer im 2. Quartal zurückzuführen ist. Die Abkühlung der Weltwirtschaft machte sich damit auch in den Schweizer Exportdaten bemerkbar. Die Exporte in die Nichtindustrieländer, die im ersten Halbjahr noch von der andauernden Rohwarenpreishausse und dem stabilen makroökonomischen Umfeld in den Emerging Markets profitieren konnten, verzeichneten demgegenüber eine kräftige Zunahme. Starke Impulse gingen im ersten Halbjahr insbesondere von der Nachfrage aus Lateinamerika aus, aber auch die Lieferungen in die übrigen Regionen zeigten sich insgesamt robust. Gleichzeitig hatte der Schweizerfranken gemessen am exportgewichteten nominellen Wechselkursindex (gegenüber 24 Ländern) im ersten Halbjahr merklich fester notiert.

Die KOF war im Sommer angesichts des starken 1. Quartals von einer Zunahme der Exporte von 4.7% im laufenden Jahr ausgegangen. Obwohl die Verlangsamung im 2. Quartal nur leicht stärker ausfiel als im Sommer erwartet, sieht die KOF aufgrund der prognostizierten Wachstumsabschwächung innerhalb der Europäischen Union eine leicht rückläufige Exporttätigkeit für das zweite Halbjahr. Daher wird die Prognose für 2008 auf 3.6% und damit um 1.1 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Das flaue konjunkturelle Umfeld lässt auch für das folgende Jahr keine kräftige Erholung erwarten. Für 2009 ist daher von einer Zunahme der Warenexporte um 1.3% auszugehen. Im Jahr 2010 wird vor dem Hintergrund eines verbesserten internationalen Umfeldes mit einer Wiederbelebung der Exportdynamik und einer Zunahme von 6.0% gerechnet.

Grafik 2.1.3-1
Warenexporte (Total 1)
(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Schwache Warenexporte bei flauer Konjunktur

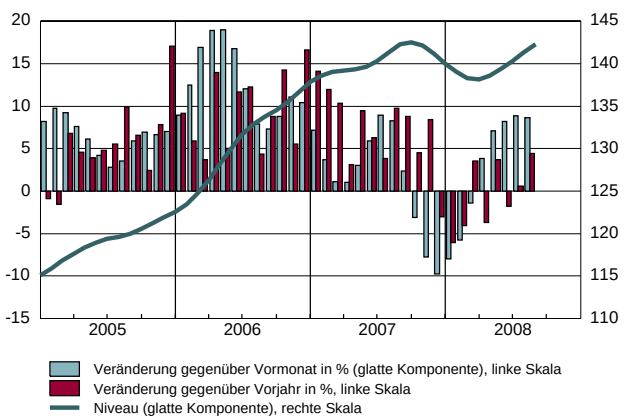
Gemäss Angaben der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) waren die Warenexporte auf Basis der glatten Komponente (Total 1) Ende des letzten Jahres stark zurückgegangen und erholten sich mit Beginn dieses Jahres sukzessive. Ab dem 2. Quartal erreichten die Wachstumsraten im Vormonatsvergleich wieder positive Werte. Die Daten der EZV unterscheiden sich von den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch eine leicht andere Abgrenzung und durch ein anderes Preisbereinigungsverfahren. Da die EZV–Daten im Gegensatz zur VGR in disaggregierter Form vorliegen, stellen sie die

Grundlage der weiteren Kommentierung dar. Die schwache Entwicklung ist vor allem auf den Verlauf bei den Konsumgüterexporten zurückzuführen, während das Wachstum der Exporte von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Beginn des Jahres noch stark zulegte und erst gegen Ende des 1. Quartals ins Minus abglitt. Insbesondere waren die Exporte der Konsumgütergruppe Pflegeprodukte, Kosmetika und Arzneiwaren während des gesamten Zeitraums rückläufig. Diese stellen mit einem Anteil von knapp 30% die wichtigste Komponente der Warenexporte dar. Die Exporte von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Uhren (mit einem Anteil von rund 10% eine der bedeutendsten Produktgruppen für den Aussenhandel) wuchsen insgesamt hingegen wieder kräftig an. Die Talfahrt bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten traf alle Subkomponenten. Die Investitionsgüterexporte stiegen vorerst nur schwach, um zuletzt wieder an Schwung zu gewinnen. Unterdurchschnittlich verlief die Entwicklung hierbei für die Fabrikations- sowie Arbeitsmaschinen, während die Maschinen des Dienstleistungsgewerbes sowie die Spital- und Praxiseinrichtungen Zuwächse verzeichnen konnten. Im ersten Halbjahr betrug das Wachstum bei den Exporten von Rohstoffen und Halbfabrikaten insgesamt 2.8%, bei den Lieferungen von Investitionsgütern 0.8% und bei den Konsumgütern –5.5%. Die Wachstumsrate der Warenexporte betrug auf Basis der arbeitstagsbereinigten Komponente für das erste Halbjahr im Vorjahresvergleich –1.4%. Im Verlauf zeigte sich diese Komponente durchwachsen. Die Ergebnisse des Vorjahres konnten nicht mehr erreicht werden.

Grafik 2.1.3-2

Warenexporte gemäss Eidg. Zollverwaltung (EZV)

(Total 1, Volumenindex 2000=100, arbeitstagsbereinigt)



Chemie und Maschinen auf Talfahrt

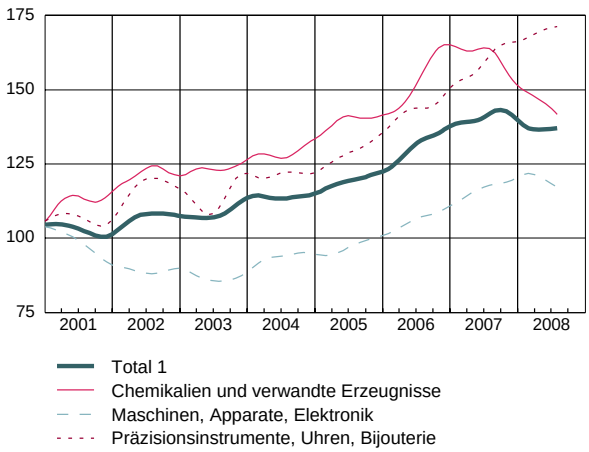
Gegliedert nach Warenarten entwickelten sich die Lieferungen der Warengruppen Chemie und Maschinen sowie Metalle besonders schwach. Angetrieben wurde hier die Nachfrage vor allem durch die Emerging Markets. Die Exporte von Chemikalien verzeichneten im Verlauf durchwegs negative Vormonatswachstumsraten und damit einen Rückgang im ersten Halbjahr von insgesamt –9.1%. Ebenso war das Vorjahreswachstum auf Basis der arbeitstagsbereinigten Komponente (–11.3%) im ersten Halbjahr negativ, während die Exportpreise für die Warengruppen Chemie auf Basis des Mittelwertindexes stark anstiegen (21.2%). Bei den Warengruppen Metalle und Maschinen verlangsamte sich die Zunahme der Exportpreise. Die Wachstumsraten bei den Exporten dieser beiden Warengruppen betrugen im ersten Halbjahr 2.2% bzw. 1.5% im Vorperiodenvergleich und 3.0% bzw. 5.0% im Vorjahresvergleich. Stark nachgefragt wurden hingegen die Warengruppen Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie sowie Textilien. Abnehmer von Uhren

als insgesamt drittbedeutendste Komponente der Schweizer Exporte waren nicht nur die boomenden rohstoffreichen Länder, sondern auch die Industrieländer. Trotz einer Verlaufswachstumsrate von 8.0% im ersten Halbjahr und einer Vorjahreswachstumsrate von 7.9% erreichten die Exporte dieser Produktgruppe ihren Höhepunkt bereits Anfang dieses Jahres und drehten im August ins Minus. Dementsprechend liess auch bei den Exportpreisen für Uhren die Dynamik gegenüber dem Vorjahr nach. Die Exportpreise erreichten im Vorjahresvergleich noch einen Zuwachs von 7.0%.

Grafik 2.1.3-3

Exportvolumen nach Warenart

(real, 2000=100, arbeitstagsbereinigt, glatte Komponente)



Bezüglich der Preisentwicklung gilt es, den Deflator der Warenexporte nach VGR und den Mittelwertindex der EZV zu unterscheiden. Zur Berechnung des Deflators werden die Preisreihen der EZV für Chemikalien und verwandte Erzeugnisse (Warenart 6), Maschinen, Apparate, Elektronik (Warenart 9) sowie Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie (Warenart 11) durch Produzentenpreisindizes ersetzt. Die Ergebnisse beider Preismassen unterscheiden sich weiterhin beträchtlich. Die Exportpreise stiegen im ersten Halbjahr im Vorjahresvergleich um 9.8% auf Basis des arbeitstagsbereinigten Mittelwertindexes und erhöhten sich damit deutlich. Gleichzeitig wies die VGR eine Exportteuerung von 3.0% aus. Die beiden Indizes entwickelten sich auseinander, wobei der Mittelwertindex der EZV eine Aufwärtstendenz aufweist, während die Exportpreise gemäss VGR leicht nach unten zeigten. Dies ist in erster Linie weiterhin auf die Preisentwicklung bei den chemischen Produkten zurückzuführen, die laut EZV im ersten Halbjahr um 21.2% stiegen, während die Produzentenpreisstatistik einen Zuwachs von knapp 2.4% ausweist. Allerdings wurde die Wirkung dieser Differenz auf den Gesamtindex im letzten Jahr durch die Entwicklungen in den übrigen beiden «Austausch»-Reihen abgeschwächt. Im Bereich Maschinen, Apparate, Elektronik zogen die Produzentenpreise mit rund 1.8% weniger stark an als im Index der EZV mit 2.1%. Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie zeigten gemäss EZV eine Exportteuerung von 2.6%, während diese laut Produzentenpreisstatistik 1.5% betrug. Die Aufwärtsbewegung der Exportpreise dürfte aufgrund ihres prozyklischen Verhaltens vor allem konjunkturell bedingt sein.

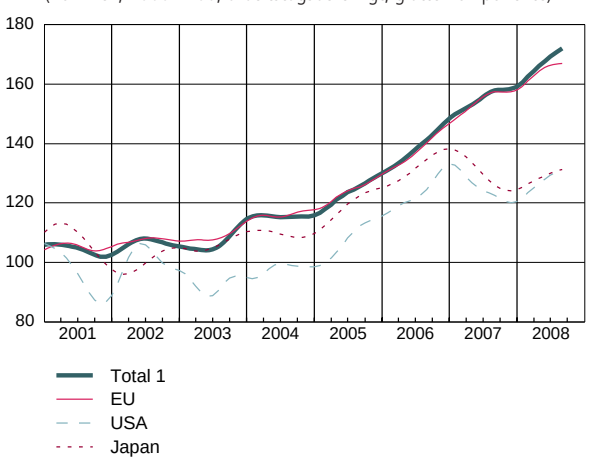
Verlangsamung der Dynamik bei den Exporten in die EU

Gegliedert nach Ländern verlangsamte sich gemäss nominellen Zahlen der EZV die Zunahme der Lieferungen ab dem 2. Quartal vor allem in den Ländern der EU. Demgegenüber entwickelten sich die Ausfuhren in die USA und nach Japan vergleichsweise robust, jedoch nach einem schlechten Jahr 2007. Im Vorperiodenvergleich betrugen die Wachstumsraten für diese drei Regionen im ersten Halbjahr 7.6%, 7.1% und 4.1%. Innerhalb des Euro-Raumes schwächte sich die Nachfrage aus Deutschland (5.3%), Italien (8.1%) und Österreich (–5.0%) ab, während die Exporte nach Frankreich (12.6%) und Grossbritannien (10.2%) an Fahrt gewinnen konnten. Insbesondere schlug sich somit das schwache Wachstum des 2. Quartals in Deutschland als bedeutendstem Handelspartner rasch in den Schweizer Exportdaten nieder. Als sehr robust erwiesen sich im ersten Halbjahr auch die Lieferungen in die Nichtindustrieländer, die weiterhin ein stabiles makroökonomisches Umfeld aufwiesen. Insbesondere erreichte die Nachfrage der Transformationsländer (22.3%) sowie der Schwellenländer (17.0%) nach Schweizer Gütern hohe Wachstumsraten. Wachstumstreiber waren insbesondere Russland und Lateinamerika, während China und die asiatischen Schwellenländer zuletzt sogar negative Wachstumsraten verzeichneten. Auch die Exporte in die Entwicklungsländer verloren etwas an Dynamik, erreichten aber insgesamt eine Zunahme von 19.2% im ersten Halbjahr. Die jüngste Abnahme der Rohwarenpreise machte sich zuletzt bereits in den Exporten in die erdölexportierenden Länder bemerkbar.

Grafik 2.1.3-4

Warenexporte nach Absatzregionen

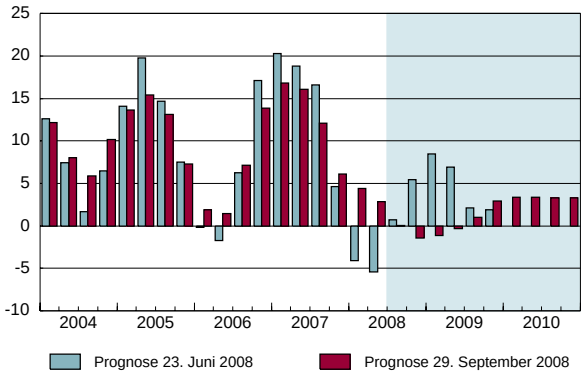
(nominell, 2000=100, arbeitstagsbereinigt, glatte Komponente)



Deutliche Verlangsamung der Exporte im Prognosezeitraum

Die KOF erwartet vor dem Hintergrund eines weniger stabilen internationalen Umfelds und der geschwächten europäischen Konjunktur leicht rückläufige Exporte für die zweite Hälfte des laufenden Jahres. Die Jahreswachstumsrate sinkt somit auf 3.6% gegenüber 8.3% im Vorjahr. Diese gemächlichere Entwicklung setzt sich im Folgejahr fort. Für 2009 wird eine Zunahme der Warenexporte von 1.3% prognostiziert. Im weiteren Verlauf kommt es aufgrund eines nunmehr stärkeren konjunkturellen Umfeldes zu einer Wiederbelebung der Exporte, die im Jahr 2010 um 6.0% zunehmen. Die Teuerung der Warenexporte gemessen am Exportdeflator erreicht im laufenden Jahr einen Anstieg von 2.5%, der sich im kommenden Jahr auf 0.3% verringert und damit einen stimulierenden Effekt auf die Warenexporte ausüben sollte. Im Jahr 2010 dreht der Exportdeflator ins Minus und erreicht einen Wert von –0.3%.

Grafik 2.1.3-5
Dienstleistungsexporte
(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Tourismusexporte trotzen der mässig erfolgreichen Fussball-Europameisterschaft
Die KOF hatte für die Tourismusexporte ein starkes erstes Halbjahr mit einer hohen Zunahme im 1. Quartal, gefolgt von einem Höhepunkt aufgrund der Fussball-Europameisterschaft im 2. Quartal und einer deutlichen Verlangsamung im zweiten Halbjahr erwartet. Tatsächlich betrug das Wachstum 2.6 % im 1. Quartal und 5.4 % im 2. Quartal. Die erwarteten Rekordergebnisse der EM stellten sich allerdings nicht ein – dennoch konnte das 2. Quartal eine starke Zunahme der Zahl ausländischer Tourismusgäste verzeichnen. Zu den Wachstumsdeterminanten der Tourismusexporte zählen die Entwicklung des privaten Konsums in den Herkunftsländern, die nominellen Wechselkurse sowie die Preisentwicklung im Inland. Nicht zuletzt wirkten sich der nach wie vor robuste Konsum in den Nichtindustrieländern und in Europa sowie die leichte Abwertung des Schweizerfrankens im 2. Quartal positiv auf die Logiernachtzahlen aus.

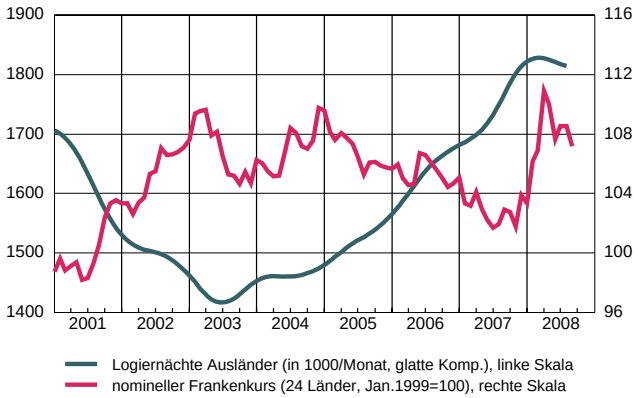
Die Logiernachtzahlen ausländischer Gäste auf Basis der glatten Komponente gemäss BFS zeigen ein leicht unterschiedliches Bild. Dementsprechend verlangsamte sich die Zunahme der Zahl der Logiernächte im Vorjahresvergleich bereits Ende des letzten Jahres und erreichte im ersten Halbjahr einen Zuwachs von insgesamt 7.0 %. Die Ergebnisse des BFS erlauben eine detaillierte Betrachtung der Herkunftsregionen der ausländischen Besucher. Danach stieg die absolute Zahl der Übernachtungen deutscher und britischer Gäste am stärksten. Prozentual fielen die höchsten Zuwächse unter den zehn wichtigsten Herkunftsländern auf die Besucher aus den Niederlanden (19.1 %), Russland (13.7 %) und Österreich (12.0 %). Sehr stark nahmen auch die Logiernachtzahlen der Gäste aus Rumänien, der Türkei und Singapur zu. Der grösste Teil der ausländischen Gäste stammt aus Deutschland, Grossbritannien und den USA. Die Zahl der Gäste aus den USA ging jedoch im ersten Halbjahr um 5.7 % zurück. Dies dürfte sowohl eine Folge der Wechselkursentwicklung des Franken gegenüber dem US-Dollar wie auch der geringere Konsum der Amerikaner sein. Auch die Nächtigungen der Japaner nahmen um 12.1 % ab. Eine bedeutende Rolle dürfte auch hier der im Vergleich zum Yen teurere Franken gespielt haben.

Die KOF prognostiziert für den gesamten europäischen Raum eine spürbar schwächere wirtschaftliche Entwicklung. Dies führt dazu, dass im zweiten Halbjahr 2008 von einer deutlich schlechteren Entwicklung bei den Tourismusexporten auszugehen ist, die sich auch 2009 fortsetzten wird. Das Wachstum für 2008 beträgt 4.2 %. Vor dem Hintergrund des schwächeren wirtschaftlichen Umfelds, das die Kaufkraft der ausländischen Gäste in Mitleidenschaft ziehen wird, ist im Jahr 2009 ein Rückgang von 1.7 % zu erwarten. Für 2010

wird eine leichte Belebung bei einem Anstieg von insgesamt 1.8% prognostiziert. Die am Tourismusdeflator gemessene Teuerung erreicht im laufenden Jahr 2.5%, wird sich jedoch parallel zur gedämpften Entwicklung bei den Tourismusexporten auf 1.5% im Jahr 2009 bzw. 1.3% im Jahr 2010 verlangsamen.

Grafik 2.1.3-6

Logiernächte von Ausländern und Frankenkurs



Übrige Dienstleistungsexporte profitieren von den hohen Rohwarenpreisen

Wichtige Teilkomponenten der übrigen Dienstleistungsexporte sind gemäss Ertragsbilanz die Kommissionsgeschäfte der Banken mit ausländischen Kunden, Lizenz- und Patenterträge, Versicherungs- und Transportdienstleistungen sowie der Transithandel. Für die übrigen Dienstleistungsexporte war im Sommer 2008 ein Rückgang im 2. Quartal erwartet worden. Dabei wurde jedoch von einem Rückgang im 1. Quartal von 17.2% ausgegangen. Tatsächlich wurden die Zahlen für das 1. Quartal durch das SECO und aufgrund der Saisonbereinigung nach oben revidiert, so dass das Wachstum der übrigen Dienstleistungsexporte im 1. Quartal 2.1% betrug. Im 2. Quartal belief sich dieses auf 5.2%. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis war in erster Linie der erfolgreiche Transithandel, der weiter von der Rohwarenpreishausse profitieren konnte. Dieser umfasst u.a. die internationalen Geschäfte mit Rohwaren ausserhalb der Schweizer Grenzen und ist entsprechend abhängig von der Entwicklung auf diesen Märkten. Hingegen machte sich die Finanzmarktkrise in einigen Komponenten der Dienstleistungsexporte bemerkbar: So mussten die Kommissionserträge der Banken Rückgänge verzeichnen. Das Wachstum der Dienstleistungsexporte der Privatversicherer konnte sich im 1. Quartal gegenüber dem Vorquartal klar beschleunigen. Leicht legten auch die Exporte von Transportdienstleistungen zu. Angesichts der Auswirkungen der Finanzmarktkrise und einer Abnahme der Rohwarenpreise rechnen wir mit einem Rückgang der Exporte der übrigen Dienstleistungen im weiteren Verlauf. Dadurch erreicht das Wachstum im laufenden Jahr 5.0%. Eine leichte Erholung wird wieder ab dem 2. Quartal 2009 erwartet. Dennoch prognostizieren wir für das Folgejahr nur eine Zunahme von 0.3%, die sich in einem stabileren Umfeld im Jahr 2010 auf 3.0% beschleunigt. Gemessen am Deflator der übrigen Dienstleistungen wird für das laufende Jahr ein Preisrückgang von 1.0% erwartet. Im Jahr 2009 folgt dann eine Zunahme von 2.4%, 2010 verläuft der Anstieg wieder in ruhigeren Bahnen.

2.2 PRODUKTION UND IMPORTE

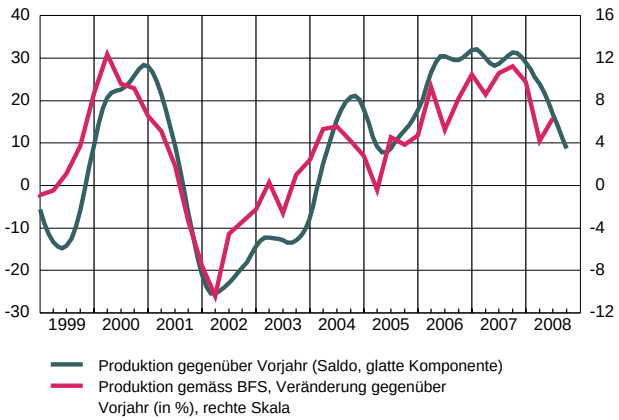
2.2.1 PRODUKTION

Ende des kräftigen und breit abgestützten Wirtschaftswachstums
Über die Entwicklung der Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen geben verschiedene Quellen Auskunft. Insgesamt ergibt sich für die Jahre 2005 bis 2007 das Bild einer sehr dynamischen Wirtschaftsentwicklung, von der die meisten Branchen profitierten. Im Verlauf des vergangenen Jahres gewann der Dienstleistungssektor mehr und mehr an Gewicht, die Dynamik im Baugewerbe verlor dagegen deutlich an Schwung. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate in den vergangenen beiden Jahren war mit 3.4% bzw. 3.3% praktisch gleich hoch. Seit Beginn des laufenden Jahres haben sich die Verlaufswachstumsraten des realen Bruttoinlandprodukts allerdings deutlich zurückgebildet.

Abnahme der Wertschöpfung in der Landwirtschaft für einmal unterbrochen
Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft geht seit vielen Jahren mehr oder weniger stetig zurück. Diese langfristige Abnahme wurde in den Jahren 2004 und 2007 vorübergehend unterbrochen.

Nachlassen des hohen Expansionstempos in der Industrie
In der Industrie verliefen die Jahre 2005 und 2006 äusserst erfolgreich. Wie den Ergebnissen der entsprechenden Umfrage der KOF entnommen werden kann, fiel die Produktionszunahme bereits Ende 2005 ähnlich kräftig aus wie im Boomjahr 2000. Im vergangenen Jahr konnte das hohe Expansionstempo im Industriesektor insgesamt vorerst noch gehalten werden. Allerdings verlief die Entwicklung in den binnen- und den exportorientierten Bereichen zunehmend unterschiedlich. Im Gefolge der konjunkturellen Abkühlung in den wichtigsten Abnehmerländern war bei den vorwiegend im Exportbereich tätigen Unternehmen bereits seit Mitte 2006 eine deutliche Verflachung der Dynamik festzustellen. Seit Anfang 2007 hat sich das Wertschöpfungswachstum auch bei den überwiegend für den heimischen Markt produzierenden Betrieben verlangsamt, doch blieben die Zuwachsraten positiv. Diese Sparten profitierten vor allem vom Warenkonsum der privaten Haushalte, dessen Zuwachs im vergangenen Jahr noch kräftig ausgefallen war.

Grafik 2.2.1-1
Industrieproduktion
(Saldo gemäss KOF-Konjunkturmfrage resp. in % gemäss BFS-Index)



Markanter Rückgang der Dynamik im Bausektor

Gemäss den Umfrageergebnissen der KOF war der Produktionsanstieg in den Jahren 2005 und 2006 auch im Baugewerbe kräftig. Seit Anfang 2007 haben sich die Wachstumsraten deutlich zurückgebildet, und im laufenden Jahr hat die Produktion, wenn überhaupt, höchstens noch geringfügig zugenommen. Dieser Rückgang des Expansionstempos war in erster Line durch die Entwicklung im Hochbau bedingt. In dieser Sparte dürfte die Wertschöpfung seit Anfang des laufenden Jahres spürbar abgenommen haben. Deutlich günstiger präsentiert sich die Lage im Ausbaugewerbe.

Auch der Dienstleistungssektor verzeichnet ein schwächeres Wachstum

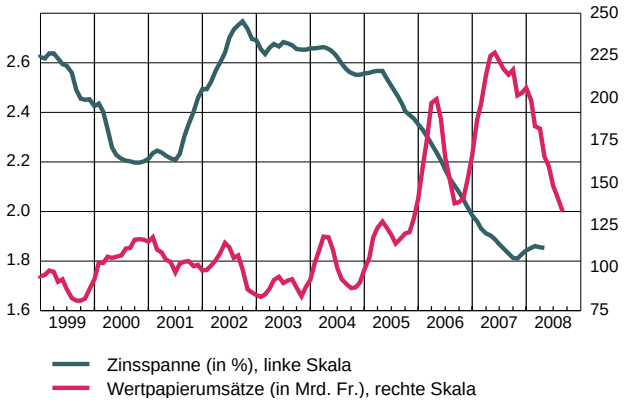
Im Dienstleistungssektor insgesamt steigt die Wertschöpfung seit 2003 an. Im letzten Jahr hat sich der Schwerpunkt des Wirtschaftswachstums mehr und mehr auf den dritten Sektor verlagert. Im laufenden Jahr haben sich aber auch hier die Wachstumsraten deutlich zurückgebildet.

In der Wirtschaftsabteilung Handel, Reparatur von Autos und Gebrauchsgütern, deren Wertschöpfung rund ein Achtel des BIP ausmacht, hat sich die Lage im Jahr 2006 deutlich verbessert. Auch das vergangene Jahr verlief – speziell in der zweiten Hälfte – sehr erfolgreich. Seither haben sich die Wachstumsraten, allerdings von einem sehr hohen Niveau ausgehend, abgeschwächt. Im Gastgewerbe hat sich die bereits im Jahr 2006 günstige Entwicklung im letzten Jahr weiter verbessert. Seither hat sich die Dynamik spürbar verlangsamt. Dies zeigen die Ergebnisse der entsprechenden Umfragen in diesem Wirtschaftsabschnitt. Der seit Anfang 2004 dauernde Anstieg der Zahl der Logiernächte hat sich 2008 nicht fortgesetzt. Der seither zu beobachtende Rückgang ist im Wesentlichen durch eine massive Abnahme der Übernachtungszahlen inländischer Gäste bedingt. Die Zahl der Logiernächte von Ausländern hat sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres kaum verändert. Im Finanzsektor hat sich das Wachstum seit Mitte 2007 deutlich abgeschwächt. Im laufenden Jahr ging die Wertschöpfung zurück. Diese Entwicklung zeigt sich bei allen verfügbaren Indikatoren für diesen Bereich. Im Jahresdurchschnitt 2007 ergibt sich gleichwohl noch einmal ein sehr kräftiger Wertschöpfungszuwachs, der – wie bereits 2005 und 2006 – massgeblich zur hohen gesamtwirtschaftlichen Expansionsrate beigetragen hat. Auch im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der von 2005 bis 2007 ausserordentlich stark expandierte, haben sich die Wachstumsraten im laufenden Jahr deutlich zurückgebildet. Kräftig zugelegt hat dagegen in den vergangenen drei Quartalen die Wertschöpfung im Gesundheitssektor.

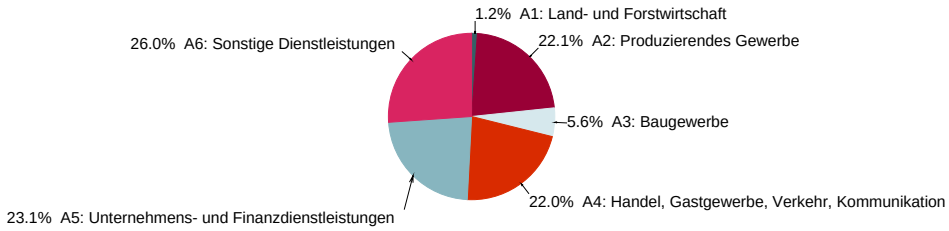
Grafik 2.2.1-2

Wertschöpfungsindikatoren im Finanzsektor

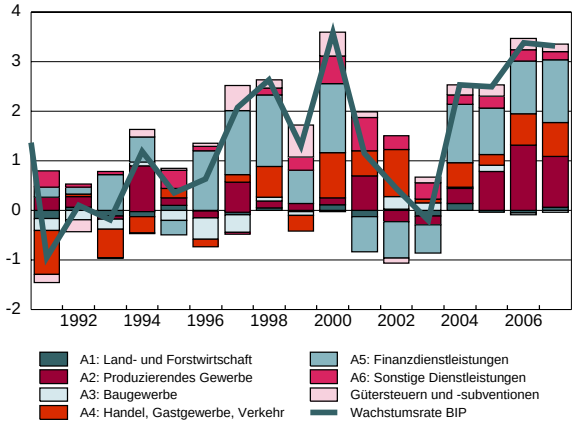
(glatte Komponente)



Grafik 2.2.1.-3
Wertschöpfungsanteile gemäss ESVG95
(Anteile am BIP vor Korrekturen 2006)



Grafik 2.2.1-4
Wachstumsbeiträge BIP: Produktionsseitig
(in PP von BIP)



Ungünstige Aussichten bis zum Ende des Prognosezeitraums
Die Aussichten für das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum sind ungünstig. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts im letzten Quartal des laufenden Jahres und in den ersten drei Monaten 2009 gewinnt die wirtschaftliche Dynamik bis zum Ende des Prognosezeitraums zwar wieder etwas an Fahrt, die Wachstumsraten bleiben aber deutlich unter dem Expansionstempo der vergangenen drei Jahre.

Nur mässiger Wertschöpfungsanstieg in der Industrie
Die Wertschöpfung in der Industrie wird hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte und von den Warenexporten bestimmt. Die Wachstumsraten des Konsums der privaten Haushalte schwächen sich vorübergehend ab, mit der Mitte 2009 einsetzenden Erholung wird die kräftige Expansion der vergangenen beiden Jahre aber bei weitem nicht erreicht. Die Aussichten für die Warenexporte blieben aufgrund der ungünstigen Konjunkturlage in den wichtigsten Absatzländern ungünstig. Zwar ist auch hier im übernächsten Jahr eine gewisse Erholung zu erwarten, doch die Expansionsraten blieben in langfristiger Perspektive bis zum Ende der Prognoseperiode deutlich unterdurchschnittlich. Insgesamt dürfte die Industrieproduktion bis Ende 2010 nur wenig expandieren.

Die Entwicklung im Bausektor bleibt unbefriedigend

Für die Entwicklung der Wertschöpfung im Bausektor sind in erster Linie die Bauinvestitionen ausschlaggebend, wobei dem Wohnbau ein besonders grosses Gewicht zukommt. Zwar kann im Wohnbau im kommenden Jahr mit einer vorübergehenden Belebung gerechnet werden, die allerdings bescheiden bleibt. Auch vom industriell-gewerblichen Bau sind keine spürbaren Impulse zu erwarten. Insgesamt ist damit im Baugewerbe im Vergleich zu den Vorjahren mit einer deutlich weniger günstigen Entwicklung zu rechnen; die Wertschöpfung wird, wenn überhaupt, lediglich schwach expandieren.

Auch im Dienstleistungssektor insgesamt nur schwache Expansion

Die Aussichten für den Dienstleistungssektor präsentieren sich ebenfalls ungünstig. Auch hier spielt die bestenfalls verhaltene Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte eine Rolle. Diese belastet nicht nur den Detailhandel, sondern auch das Gastgewerbe. Letzteres leidet zudem unter der schwachen Entwicklung der Logiernächte ausländischer Gäste, die aufgrund der ungünstigen Konjunkturentwicklung in den wichtigsten Herkunftsländern, allen voran in Deutschland, zu erwarten ist. Vorteilhafter präsentieren sich die Aussichten in den Wirtschaftszweigen, deren Entwicklung von der aktuellen Wirtschaftslage mehr oder weniger unabhängig ist. Im Gesundheits- und Sozialwesen kann mit einer Fortsetzung des Wachstums gerechnet werden. Der Beitrag des Staatssektors bleibt über die gesamte Prognoseperiode hinweg unterdurchschnittlich. Im Finanzsektor kann im kommenden Jahr eine Verbesserung erwartet werden.

2.2.2 IMPORTE

Rückgang der Warenimporte im 2. Quartal 2008

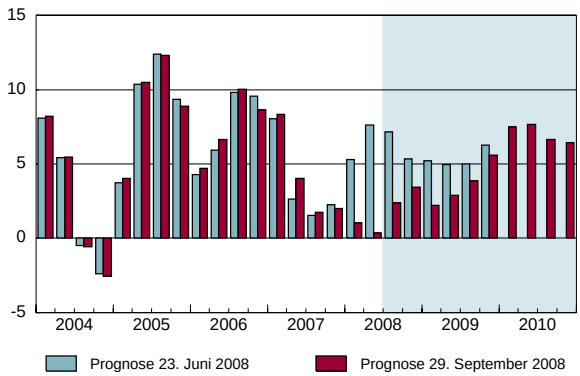
Die Schweizer Warenimporte sind gemäss den Angaben der EZV nach einer schwachen Zunahme von 1.1% im 1. Quartal 2008, im 2. Quartal bereits um 2.5% zurückgegangen. Die schwächere Schweizer Konjunktur machte sich damit auch in den Importdaten bemerkbar. Die KOF war im Sommer 2008 für das 2. Quartal von einer deutlichen Erhöhung der Lieferungen des Auslands in die Schweiz um 12.7% ausgegangen.

Das Wachstum der Wareneinfuhren beträgt daher 2008 gegenüber dem Vorjahr 1.7% und nicht wie im Sommer geschätzt 4.6%. Im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wird eine Zunahme der Wachstumsraten erwartet. Im Jahr 2009 beträgt das Wachstum bei einer deutlich schwächeren Entwicklung der Binnenwirtschaft 2.8%. In einem stabileren konjunkturellen Umfeld belebt sich das Wachstum der Importe im Jahr 2010 wieder und erreicht im Jahresdurchschnitt 6.3%.

Grafik 2.2.2-1

Warenimporte (Total 1)

(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



Die Daten der EZV unterscheiden sich von den Angaben der VGR durch eine leicht andere Abgrenzung und durch ein anderes Preisbereinigungsverfahren. Die Warenimporte stiegen gemäss EZV (Total 1) auf Basis der glatten Komponente im ersten Halbjahr 2008 um 4.0%. Im Verlauf kam es zu einer leichten Verlangsamung seit Beginn des laufenden Jahres, auf die eine ebenso gemächliche Belebung ab dem 2. Quartal folgte. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Importe 2008 auf Basis der arbeitstagsbereinigten Komponente um 3.8%, während deren Preise im Vorjahresvergleich um 1.6% anzogen.

Importe von Investitionsgütern und Konsumgütern auf Talfahrt

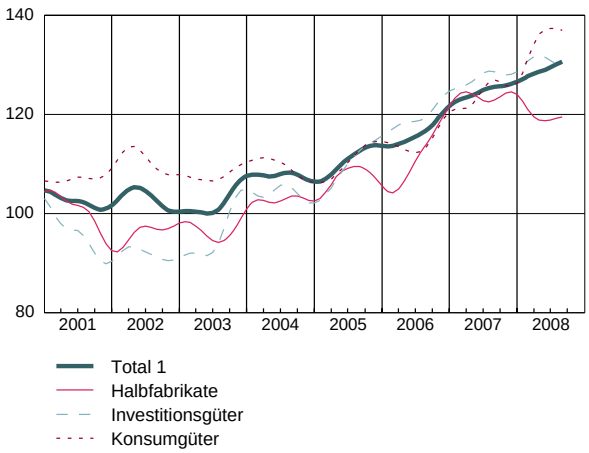
Die Daten der EZV erlauben eine detailliertere Gliederung der Schweizer Warenimporte. Die Importe von Konsumgütern erreichten zu Beginn dieses Jahres sehr hohe Wachstumsraten, die sich aber Mitte des 2. Quartals deutlich abschwächten und zuletzt sogar negativ wurden. Ebenso brachen die Importe von Investitionsgütern angesichts der Stimmungsverschlechterung bei den hiesigen Unternehmen ein und drehten bereits im Mai ins Minus. Die Wachstumsraten für das erste Halbjahr betrugen aber noch 12.7% für die Konsumgüter- bzw. 4.2% für die Investitionsgüterimporte. Im Vorjahresvergleich stiegen diese auf Basis der arbeitstagsbereinigten Komponente um 2.0% bzw. 10.0%. Die Importteuerung auf Basis des Mittelwertindexes der EZV betrug 2.4% bei den Investitionsgüterimporten, die Preise der eingeführten Konsumgüter bildeten sich um 3.5% zurück.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich für die Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Diese belebten sich im Verlauf des ersten Halbjahres, erreichten aber erst Ende des 2. Quartals 2008 positive Wachstumsraten und nahmen im ersten Halbjahr im Vorperiodenvergleich um 5.9% ab, während die Teuerung hier 1.4% betrug.

Grafik 2.2.2-2

Importvolumen nach Verwendungszweck

(real, 2000=100, arbeitstagsbereinigt, glatte Komponente)



Positive Entwicklung bei den chemischen Erzeugnissen

Die Gliederung der Warenimporte nach Warenart zeigt, dass die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen kräftige Wachstumsraten erreichten, die sich aber im Verlauf des ersten Halbjahrs 2008 abschwächten, woraus insgesamt eine Zunahme um 6.0% resultierte. Für diese Entwicklung waren die Importe chemischer Endprodukte ausschlaggebend (27.7 %). Im Vorjahresvergleich betrug die Wachstumsrate bei den chemischen Erzeugnissen auf Basis der arbeitstagsbereinigten Daten 5.0%. Weniger gut entwickelten sich die Warengruppen Metalle sowie Maschinen, Apparate und Elektronik. Die Lieferungen von Metallen erzielten zu Beginn des Jahres eine starke Zunahme, verlangsamten sich aber rasch und gingen zuletzt zurück. Parallel dazu stieg der Produzentenpreisindex für Metalle und Mineralölprodukte deutlich an. Ebenso verlangsamte sich die Nachfrage für Maschinen aus dem Ausland im ersten Halbjahr. Die Zunahme bei den Warenarten Metalle sowie Maschinen betrug im Vorjahresvergleich dementsprechend nur 0.2% resp. 2.5%. Prächtig wuchsen hingegen die Einfuhren von Präzisionsinstrumenten, Uhren und Bijouterie. Im ersten Halbjahr legten diese um 14.0% zu. Die Importpreise auf Basis des Mittelwertindexes der EZV sanken um 8.3% bei den Lieferungen von chemischen Erzeugnissen, um 0.1% bei den Metallen und erhöhten sich um 1.8% bei den Maschinen und um 3.8% bei der Warengruppe Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie. Auch im Vorjahresvergleich stieg diese Komponente mit 10.2% kräftig an.

Rückgang der Importe aus den USA und Japan

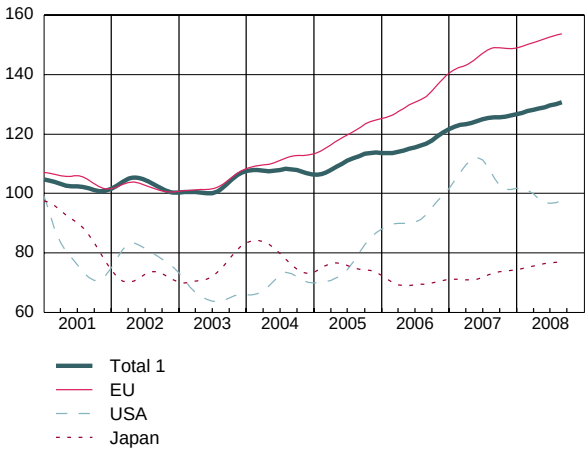
Für die Gliederung nach Herkunftsländern liegen ausschliesslich nominelle Angaben über die Warenflüsse vor. Demnach entwickelten sich die Importe aus der EU in gemächlichem Tempo und legten im ersten Halbjahr um insgesamt 3.0% zu. Das Wachstum der Einfuhren aus den zwei bedeutendsten Lieferländern Deutschland (6.8%) und Italien (10.0%) verlangsamte sich im Verlauf deutlich, während sich die Lieferungen aus Frankreich – dem drittwichtigsten Herkunftsland – zuletzt leicht beschleunigten (3.2%). Die Wachstumsraten der Lieferungen aus dem Euro-Raum sowie aus den zwölf neuen Bei-

trittsländern verliefen durchwegs ähnlich hoch, beliefen sich aber aufgrund des unterschiedlichen Ausgangsniveaus auf 3.3% resp. 9.8%. Demgegenüber entwickelten sich die Einfuhren aus den aussereuropäischen Ländern deutlich schlechter. Die Lieferungen aus den USA gingen im ersten Halbjahr um 8.3% zurück, jene aus Japan hingegen stiegen um 5.8%. Die Importe aus beiden Ländern wiesen einen schwachen Verlauf auf. Die Nachfrage der Schweiz nach Waren aus den Transformationsländern ging um 16.4% zurück, während die Importe aus den Schwellen- und den Entwicklungsländern kräftige Zuwächse von 7.3% resp. 49.4% erzielen konnten. Die Nachfrage nach Gütern aus Russland war vorerst noch stark rückläufig, sorgte aber im Verlauf des ersten Halbjahres für kräftige Impulse. Ebenso stiegen die Lieferungen aus den asiatischen Schwellenländern sowie den erdölexportierenden Entwicklungsländern deutlich an.

Grafik 2.2.2-3

Warenimporte nach Herkunftsregionen

(nominell, 2000=100, arbeitstagsbereinigt, glatte Komponente)



Gemächliches Wachstumstempo der Warenimporte im Prognosezeitraum

Die Abwertung des Schweizerfrankens im Prognosezeitraum wird die Nachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen dämpfen und die Teuerung anregen. Zusätzlich schwächt sich der private Konsum vorübergehend ab. Auch die KOF-Konjunkturumfragen ergeben ein eingetrübtes Bild der Stimmungslage. Zusätzlich wird sich die Schweizer Wirtschaft parallel zum schwächeren europäischen Umfeld in den nächsten Quartalen deutlich schlechter als zuletzt entwickeln. Das Wachstum der Warenimporte beträgt daher nach einer Zunahme von 6.7% im Jahr 2007 im laufenden Jahr aufgrund der mässigen Entwicklung im ersten Halbjahr lediglich 1.7% und beschleunigt sich im folgenden Jahr vor dem Hintergrund einer fortgesetzt flauen Schweizer Binnennachfrage nur leicht auf 2.8%. Im Jahr 2010 wird mit einer konjunkturellen Erholung gerechnet, welche die Zunahme der Einfuhren auf 6.3% steigen lässt. Die Importteuerung gemessen am Importdeflator lässt im Prognosezeitraum nach. Sie beträgt im Jahr 2008 3.2%, geht im Jahr 2009 auf 1.5% zurück und schwächt sich im Jahr 2010 auf 0.1% ab.

Leichter Zuwachs der Dienstleistungsimporte im 2. Quartal

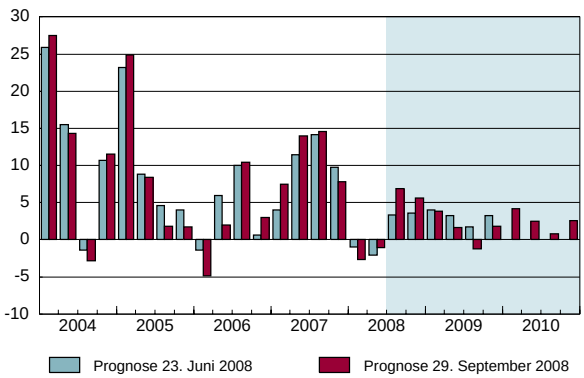
Die Tourismusimporte legten im 1. Quartal 2008 leicht um 2.1% zu, sanken aber im 2. Quartal um 10.9%, da die Schweizer weniger Geld im Ausland ausgaben. Im weiteren Jahresverlauf wird das Wachstum vor dem Hintergrund einer schwächeren Konsumkraft und eines insgesamt schwächeren Aussenwerts des Franken moderat ausfallen. Deshalb ist für das gesamte laufende Jahr von einem Rückgang um 1.0% auszugehen. Im folgenden Jahr

2009 erholen sich die Tourismusimporte, was sich in einer Wachstumsrate von 3.1% niederschlägt, die sich im Jahr 2010 auf 2.0% abschwächt. Der Tourismusdeflator sinkt im Jahr 2008 um 1.4%, steigt im Folgejahr um 4.6% und verlangsamt sich im Jahr 2010 auf 2.8%. Die übrigen Dienstleistungsimporte, deren Hauptkomponenten Transporte, Patent- und Lizenzausgaben u.ä. sind, gingen im 1. Quartal um 28.5% zurück, stiegen aber im 2. Quartal um 8.1%. Für das 3. Quartal wird trotz der Finanzmarktkrise ein weiterer Auftrieb erwartet, der in der Folge zu einem moderaten Wachstumspfad führen wird. Angesichts des schwachen 1. Quartals wird für das Gesamtjahr mit einer Zunahme von 5.0% gerechnet, die sich im Jahr 2009 auf 3.3% und im Jahr 2010 auf 2.1% verlangsamt. Die am Deflator der übrigen Dienstleistungsimporte gemessene Teuerung beträgt entsprechend der mässigen Entwicklung im laufenden Jahr nur 0.2%, steigt aber danach auf rund 2.0%. Insgesamt erreicht das Wachstum der Dienstleistungsimporte vor diesem Hintergrund in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 3.2% und verlangsamt sich im Jahr 2010 auf 2.1%.

Grafik 2.2.2-4

Dienstleistungsimporte

(Annualisierte Veränderung gegenüber Vorquartal, in %)



2.3 BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSMARKT

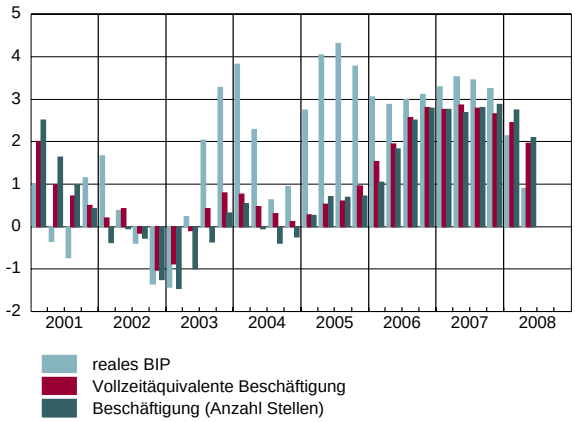
Erste Spuren des verlangsamten Wirtschaftswachstums auf dem Arbeitsmarkt

In der Schweiz ist das Wirtschaftswachstum bis zum 4. Quartal des vergangenen Jahres stark geblieben. Dementsprechend ist sowohl die Zahl der nach dem Kopfprinzip ermittelte als auch die auf Vollzeitäquivalente umgerechnete Beschäftigung bis Ende 2007 angestiegen. Seither hat die gesamtwirtschaftliche Dynamik allerdings spürbar an Schwung verloren. Der Arbeitsmarkt hat diesmal ungewöhnlich schnell auf den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagiert. Zwar blieb der Zuwachs der Beschäftigung im langfristigen Vergleich auch in der ersten Hälfte 2008 noch vergleichsweise kräftig, die ausserordentlich hohen Werte des letzten Jahres wurden aber, speziell im 2. Quartal, doch spürbar unterschritten. Wie üblich in Zeiten mit stark steigender Stellenzahl, profitierte vom Beschäftigungsanstieg im Jahr 2007 in erster Linie die Zahl der Vollzeitstellen. Deshalb fiel der Zuwachs der auf Vollzeitäquivalente umgerechneten Beschäftigung nicht schwächer aus als der Zuwachs der nach dem Kopfprinzip berechneten Beschäftigtenzahl.

Grafik 2.3-1

Bruttoinlandprodukt und Beschäftigung

(Vorquartalsveränderung auf Jahresbasis in %, glatte Komponente)



Im Einzelnen sind wie üblich gewisse Unterschiede in der Entwicklung auszumachen. Vom Beschäftigungszuwachs profitierten sowohl der zweite als auch der dritte Sektor. Der Anstieg im zweiten Sektor war durch einen überaus kräftigen Zuwachs in der Industrie bedingt. In einer nach wie vor glänzenden Verfassung befinden sich die chemische Industrie sowie die Metall- und Uhrenindustrie. Im Bausektor ist der seit Mitte 2004 andauernde Beschäftigungsanstieg zu Ende gegangen. Hier blieb die Zahl der Stellen im 1. Quartal des laufenden Jahres unverändert, im 2. Quartal ging sie zurück. Im Dienstleistungssektor verlief die Beschäftigungsentwicklung durchwegs positiv, wobei die Bereiche öffentliche Verwaltung und Sozialversicherungen, Forschung und Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen im Gefolge der verbesserten Finanzlage der öffentlichen Hand einen deutlich überdurchschnittlichen Stellenzuwachs verzeichneten.

Die Unterschiede hinsichtlich der regionalen Beschäftigungsentwicklung sind in der jüngsten Vergangenheit nicht sehr ausgeprägt. Besonders kräftig war der Stellenanstieg in den vergangenen Quartalen in der Région Lémanique, weit unter dem Durchschnitt lag er im Tessin. In allen anderen Regionen lag die Beschäftigungszunahme nahe beim gesamtwirtschaftlichen Mittel.

Für die Lage am Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist sowohl das von Seiten der Haushalte kommende Arbeitsangebot als auch die von den Unternehmen nachgefragte Zahl an Arbeitskräften von Bedeutung. Die Differenz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage wird als Arbeitsmarktungleichgewicht bezeichnet. Dank dem Stellenanstieg hat sich das Arbeitsmarktungleichgewicht seit Anfang 2006 ständig zurückgebildet, und die Zahl der Stellensuchenden bzw. der eingeschriebenen Arbeitslosen ist in den vergangenen beiden Jahren deutlich zurückgegangen. Die Zahl der Stellensuchenden nahm auch 2008 ab, doch hat sich der Rückgang deutlich verflacht. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen blieb bei schwächerer Zunahme der Stellenzahl seit Jahresbeginn praktisch unverändert. Zu dieser Entwicklung dürfte auch der Umstand beigetragen haben, dass die neu geschaffenen Stellen nur in beschränktem Umfang mit den bereits arbeitslosen Personen besetzt werden können. Dies dürfte vor allem auf fehlende und/oder ungeeignete Qualifikationen der Arbeitslosen zurückzuführen sein. Die lang andauernde Phase der günstigen Arbeitsmarktentwicklung zeigt sich auch in weiteren Indikatoren. Die Zahl der monatlichen Aussteuerungen, die 2004 noch bei gut 3000 Personen lag, hat sich bis Anfang 2008 praktisch halbiert. Ebenso ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Stellensuchenden insgesamt deutlich zurückgegangen.

Grafik 2.3-2

Aussteuerungen und Langzeitarbeitslose

(glatte Komponente)

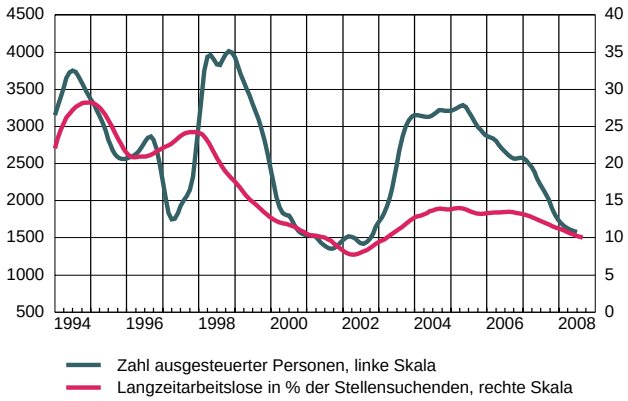


Tabelle 2.3-1

Tabelle 2.3-1

Arbeitsmarkt im Überblick 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

		96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Beschäftigung		0.5	1.6	2.7	2.2	-0.3	-0.4
Vollzeitäquivalente Beschäftigung		0.2	1.4	2.7	2.3	-0.6	-0.8
Arbeitslose (in 1000 Personen)	(1)	128.2	131.5	109.1	100.1	109.6	122.5
Arbeitslosenquote (in %)	(1)	3.4	3.3	2.8	2.5	2.8	3.1
Stellensuchende (in 1000 Personen)	(1)	186.7	197.4	167.6	152.6	166.1	185.5
Stellensuchendenquote (in %)	(1)	4.9	5.0	4.2	3.9	4.2	4.7

(1) Niveau

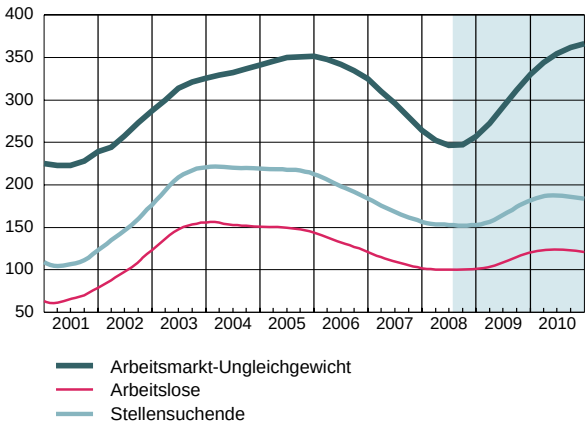
Anstieg des Arbeitsmarktungleichgewichts führt zu erhöhter Arbeitslosigkeit

Die Schweiz ist eine kleine offene Volkswirtschaft und daher bleibt die deutliche Konjunkturverlangsamung im Ausland, namentlich in der EU, nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Inland. Das BIP-Wachstum bildet sich bis zum 1. Quartal des kommenden Jahres weiter zurück, im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 muss sogar mit einem Rückgang des BIP gerechnet werden. Die Zuwachsraten bis zum Ende des Prognosezeitraums bleiben vergleichsweise verhalten. Durch diese Entwicklung wird auch der Arbeitsmarkt in Mitleidenschaft gezogen. Bis Ende 2008 nimmt das Beschäftigungswachstum – dies betrifft sowohl die vollzeitäquivalente Beschäftigung als auch die nach dem Kopfprinzip berechnete Zahl der Beschäftigten – weiter ab, bleibt aber vorerst noch positiv. Im kommenden Jahr ist die Beschäftigung rückläufig, wobei der Rückgang spürbar ausfällt. Da im Gefolge dieser ungünstigen Arbeitsmarktperspektiven die Teilzeitarbeit wieder an Bedeutung gewinnen wird, präsentieren sich die Aussichten bei der Zahl der Stellen etwas günstiger als bei der auf Vollzeitäquivalente umgerechneten Beschäftigung. Während die Zahl der Stellen ab Mitte 2010 wieder geringfügig ansteigt, muss bei der vollzeitäquivalenten Beschäftigung bis Ende 2010 mit einer Stagnation gerechnet werden.

Grafik 2.3-3

Arbeitsmarktungleichgewicht mit Prognose

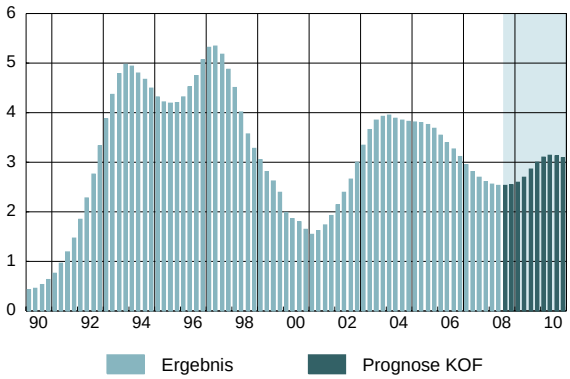
(in 1000 Pers., glatte Komponente)



Grafik 2.3-4

Arbeitslosenquote mit Prognose

(glatte Komponente, in %)



Spiegelbildlich zur Beschäftigung verläuft die Entwicklung beim Arbeitsmarktungleichgewicht. Nach einer nur zögernden Zunahme bis Ende des laufenden Jahres ist bis Mitte 2009 mit einem spürbaren Anstieg zu rechnen. Diese Entwicklung setzt sich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, bis Ende 2010 fort. Parallel zur Entwicklung des Arbeitsmarktungleichgewichts werden sich die Zahl der Stellensuchenden und die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen bis zum Ende der Prognoseperiode weiter erhöhen. Ende 2008 ist mit einer Arbeitslosenquote von 2.5% zu rechnen, im Durchschnitt der beiden kommenden Jahre ergeben sich Werte von 2.8% und 3.1%.

Tabelle 2.3-2

Arbeitsmarktbilanz 1999–2010 (1)

(Veränderung gegenüber Vorjahr in 1000 Personen)

Jahr	Potenzielles Arbeitsangebot (2) 1	Beschäftigung (3) 2	Arbeitsmarkt-Ungleichgewicht 3 = 1–2	Stellensuchende insgesamt 4	Erwerbsverzicht (inkl. stat. Diff.) 5 = 3–4
1999	13	55	-42	-47	4
2000	18	72	-54	-46	-8
2001	31	41	-10	-15	5
2002	40	-2	42	40	2
2003	35	-20	55	57	-2
2004	30	16	14	14	0
2005	28	10	18	-3	21
2006	25	37	-12	-20	7
2007	35	86	-51	-30	-22
2008	44	89	-45	-15	-31
2009	41	-19	60	13	47
2010	37	-20	57	19	38

(1) Schweizer, Niedergelassene und Aufenthalter
(2) Erwerbsfähige Bevölkerung multipliziert mit der «Vollbeschäftigungs-Erwerbsquote»
(3) Beschäftigte Personen gemäss Schätzungen KOF

2.4 PREISE, LÖHNE UND ERTRAGSLAGE

2.4.1 PREISE

Teuerung hat Hochpunkt diesen Sommer überschritten

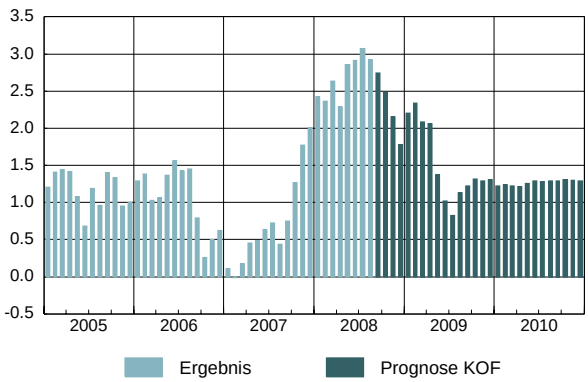
Nachdem sowohl die Rohwaren- als auch Produzentenpreise seit längerem kräftig angestiegen waren, setzte im Verlauf von 2007 auch bei den Schweizer Endverbraucherpreisen eine beschleunigte Aufwärtsbewegung ein. Bereits zu Beginn dieses Jahres hatte die am Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) gemessene Vorjahresteuerung die Marke von 2% überschritten, sechs Monate später erreichte sie sogar einen Wert von 3.1%. Getrieben wurde diese Entwicklung von den empor schnellenden Erdölnotierungen. Bis im Sommer kletterten die Preise für ein Fass der Sorte Nordsee-Brent auf gegen 150 US-Dollar, fast doppelt so hoch wie zwölf Monate zuvor. Dies zog trotz gleichzeitiger Abschwächung des US-Dollars eine massive Erhöhung der hiesigen Brenn- und Treibstoffpreise nach sich. Heizöl war im Juli knapp 67% teuerer als vor Jahresfrist, bei Benzin und Diesel waren es immerhin noch 14%. Zusammen resultierte daraus ein Teuerungsbeitrag von 1.6 Prozentpunkten. Damit war rund die Hälfte des gesamten LIK-Anstiegs den Erdölprodukten geschuldet. Als im zweiten Halbjahr die Befürchtungen zunahmen, die drei grössten Wirtschaftsblöcke könnten am Rande einer Rezession stehen – zumal die schwelende Finanzmarktkrise unverändert belastend wirkte –, kam es an den internationalen Rohwarenmärkten zu einer heftigen Preiskorrektur; die Erdölnotierungen gaben insgesamt um rund ein Drittel nach. Dies führte bei den beiden LIK-Subkomponenten «Verkehr» sowie «Wohnen und Energie» zu einer deutlichen Entspannung. Wenngleich sich deren Niveaus nach wie vor deutlich über den jeweiligen Vorjahresständen bewegen, dürfte die Gesamtteuerung den Hochpunkt damit überschritten haben.

Im Unterschied zu den Jahren 2004 und 2005 war die jüngste Teuerungsbeschleunigung vergleichsweise breit abgestützt. Nicht nur die Erdölprodukte, sondern auch die übrigen importierten Güter verteuerten sich tendenziell, und auch die inländischen Waren bzw. Dienstleistungen zeigten jeweils einen insgesamt aufwärtsgerichteten Preistrend. Zehn der zwölf Hauptgruppen des LIK verzeichneten denn auch zum Teil deutlich positive Zuwachsraten, nur die Preise für «Gesundheitspflege» und «Nachrichtenübermittlung» entwickelten sich rückläufig. Auch die von der KOF berechnete Kernteuerung, welche im Wesentlichen die Erdölprodukte, Mieten und öffentlichen Dienstleistungspreise aus dem LIK ausklammert, ist in den vergangenen drei Semestern angestiegen.

Grafik 2.4.1-1

Landesindex der Konsumentenpreise mit Prognose

(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



Nicht zuletzt aufgrund ihres hohen Ausgabengewichts im LIK-Warenkorb schlugen sich die steigenden Wohnungsmieten erneut besonders stark in der Gesamtteuerung nieder. In einem Umfeld von steigenden Hypothekarzinsen und einem gleichzeitig rückläufigen Leerwohnungsbestand kam es zu weiteren deutlichen Mietzinsaufschlägen. Besonders kräftig fielen diese abermals in den Städten Genf und Zürich aus. Aber auch bei den übrigen privaten Dienstleistungen verlief die Preisentwicklung bis zuletzt beschleunigt nach oben, während bei den öffentlichen Dienstleistungen, die sich in den letzten fünf Jahren stets überdurchschnittlich verteuert hatten, eine merkliche Verlangsamung feststellbar war. Bei den Waren musste insbesondere für Nahrungsmittel und Getränke, aber auch Bekleidungsartikel tiefer in die Tasche gegriffen werden. Alles in allem kann für das Jahr 2008 weiterhin mit einer durchschnittlichen Teuerung von 2.6 % gerechnet werden.

Teuerungsrate fällt schon bald wieder unter die Marke von 2%

Angesichts einer sich weiter abschwächenden Konjunkturentwicklung dürfte auch der Teuerungsdruck im Prognosezeitraum nachlassen, zumal unter der hier getroffenen Annahme einer Stabilisierung des Rohölpreises bei 100 US-Dollar pro Barrel auch die Gefahr von Zweitrundeneffekten schwindet. Während sich die gesamtwirtschaftliche Outputlücke weiter öffnen wird, werden die Lohnzuwächse zunehmend schwächer ausfallen. Dank der allmählich wieder steigenden Arbeitsproduktivität ist im übernächsten Jahr sogar mit sinkenden Lohnstückkosten zu rechnen. Im Unterschied zu den fossilen Energieträgern werden von den Stromtarifen im kommenden Jahr kräftige Teuerungsimpulse ausgehen. Auch auf dem Wohnungsmarkt ist zumindest kurzfristig nochmals mit einem leicht beschleunigten Mietzinsanstieg zu rechnen. Einerseits ist die Wohnungssituation gerade in den städtischen Zentren noch sehr angespannt. Andererseits dürfte die im September erfolgte Ablösung der kantonalen Richtsätze für variable Hypotheken durch den neuen, schweizweit geltenden Referenzzinssatz in den Kantonen Genf, Bern und Freiburg für einen zusätzlichen Kostenschub sorgen. Mittelfristig ist aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung allerdings mit einem leichten Rückgang des Referenzzinses zu rechnen, so dass die Mietteuerung ab dem 2. Quartal 2009 merklich nachlassen sollte. Damit dürfte auch die Gesamtteuerung wieder unter die Marke von 2 % fallen.

Tabelle 2.4.1-1

Konsumentenpreise 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	Jahresdurchschnitte (1)						Jahresendwerte (2)				
	96-05	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Total	**0.8**	**1.1**	**0.7**	**2.6**	**1.5**	**1.3**	**0.6**	**2.0**	**1.8**	**1.3**	**1.3**
Inländische Waren und Dienstleistungen	**0.9**	**0.8**	**1.0**	**1.6**	**1.8**	**1.4**	**1.0**	**1.2**	**1.8**	**1.5**	**1.4**
- Waren	0.6	-0.2	0.0	1.4	1.9	0.8	-0.1	1.2	0.7	1.9	0.9
- Dienstleistungen	1.0	1.1	1.2	1.7	1.8	1.5	1.3	1.2	2.1	1.4	1.5
- Mieten	1.1	2.0	2.3	2.4	2.4	1.9	2.2	2.1	2.9	1.7	1.9
- öffentliche Dienstl.	0.7	1.2	1.3	0.9	1.1	1.4	1.4	1.3	0.6	1.1	1.2
- übrige Dienstl.	1.0	0.4	0.5	1.5	1.6	1.3	0.8	0.5	2.0	1.3	1.2
Ausländische Waren und Dienstleistungen	**0.6**	**1.9**	**0.1**	**4.9**	**0.7**	**1.0**	**-0.4**	**4.1**	**1.7**	**0.8**	**1.1**
- ohne Erdöl	-0.3	0.3	-0.4	1.2	0.7	1.0	0.2	0.5	0.0	0.7	1.0

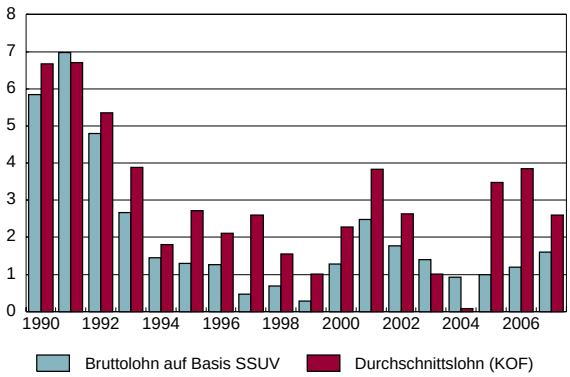
(1) 96–05: Durchschnitt über die Periode 1996–2005 (2) Vorjahresteuerung im Dezember

2.4.2 LÖHNE

Gemäss der ökonomischen Theorie wird die Veränderung der realen Löhne durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bestimmt. Für die Veränderung der nominellen Löhne ist zusätzlich die Inflationsrate ausschlaggebend. Für die Schweiz lässt sich allerdings feststellen, dass seit 1990 die kurzfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität für die Lohnhöhe von untergeordneter Bedeutung ist. Der Teuerungsausgleich spielt in der Praxis jedoch nach wie vor eine erhebliche Rolle. Kurzfristig ist für die Lohnentwicklung vor allem die Veränderung des Arbeitsmarktungleichgewichts, d.h. die Differenz zwischen Arbeitsangebot und Beschäftigung, entscheidend. Ein Rückgang des Arbeitsmarktungleichgewichts führt zu einem Lohndruck nach oben, eine Erhöhung dämpft den Lohnanstieg.

Wie in anderen Gebieten der Wirtschaftsstatistik existieren auch für die Lohnentwicklung unterschiedliche statistische Quellen. Die Daten des Bundesamts für Statistik (BFS), welche auf den Angaben der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung (SSUV) basieren, beschreiben die Lohnentwicklung für bestehende Arbeitsverhältnisse. Für die meisten makroökonomischen Zusammenhänge, welche für die Konjunkturanalyse relevant sind, sind die von der KOF berechneten Durchschnittslöhne von Bedeutung, welches – im Unterschied zum offiziellen Lohnindex des BFS – auch die Änderungen in der Beschäftigungsstruktur in Richtung höherer Qualifikation sowie in Wirtschaftszweige mit höherem Lohnniveau berücksichtigt und damit für die Konsumentscheidungen der privaten Haushalte entscheidend ist. Da die Durchschnittslöhne die Dynamik am Arbeitsmarkt berücksichtigen, steigen sie in der Regel stärker als die Löhne gemäss SSUV bzw. BFS. Im Zeitraum von 1990 bis 2007 betrug der durchschnittliche jährliche Unterschied 0.9 Prozentpunkte.

Grafik 2.4.2-1
Nominallohnentwicklung
(Veränderung gegenüber Vorjahr, in %)



Die Jahre 2005 bis 2006 waren durch einen sich akzentuierenden Beschäftigungsanstieg und durch einen spürbaren Abbau des Arbeitsmarktungleichgewichts sowie der Zahl der Stellensuchenden bzw. der eingeschriebenen Arbeitslosen gekennzeichnet. Dementsprechend war auch der Anstieg der Nominallöhne gemäss SSUV bzw. BFS in den Jahren 2006 und speziell 2007 ausgeprägter als in den beiden Jahren zuvor. Der Anstieg der Durchschnittslöhne im Jahr 2006 übertraf sogar die Lohnerhöhungen von 2000 bis 2002. 2007 fiel er etwas geringer aus als 2006. Dies dürfte in erster Linie durch den Umstand bedingt sein, dass die Bonuszahlungen – speziell im Finanzsektor – im vergangenen Jahr deutlich weniger zulegten als in den beiden Vorjahren.

Tabelle 2.4.2-1

Kaufkraft der Löhne 1996–2010

(Veränderung gegenüber Vorjahr in % resp. mittlere Veränderungsrate)

	96-05	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttostundenlöhne [L1] auf Basis SSUV	1.2	1.2	1.6	2.0	2.0	1.5
Durchschnittslöhne [L2]	**2.1**	**3.9**	**2.6**	**3.5**	**2.8**	**1.7**
Konsumentenpreise [P]	0.8	1.1	0.7	2.6	1.5	1.3
Kaufkraft der Löhne [=L1-P] auf Basis SSUV	0.4	0.1	0.9	-0.5	0.5	0.2
Kaufkraft der Durchschnittslöhne [=L2-P]	**1.2**	**2.8**	**1.9**	**0.9**	**1.3**	**0.4**

Der Herbst 2007, der für die Lohnentwicklung für das laufende Jahr ausschlaggebenden Periode, war durch eine weitere markante Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Mit dem kräftigen Beschäftigungsanstieg während des ganzen Jahres 2007 haben sich das Arbeitsmarktungleichgewicht und damit auch die Zahl der Stellensuchenden bzw. der eingeschriebenen Arbeitslosen weiter zurückgebildet. Damit liegen auch die Lohnerhöhungen deutlich über denen von 2007. Im Herbst des laufenden und des kommenden Jahres, der für die Lohnentwicklung 2009 und 2010 ausschlaggebenden Zeit, präsentiert sich die Entwicklung allerdings sehr viel ungünstiger. Das Arbeitsmarktungleichgewicht nimmt seit ab 3. Quartal 2008 zu, und der Anstieg hält bis zum Ende der Prognoseperiode an. Dabei fällt er vor allem 2009 in langfristiger Perspektive recht kräftig aus. Diese in den kommenden beiden Jahren ungünstige Arbeitsmarktsituation bleibt nicht ohne Folgen für die Lohnentwicklung, wobei dies vor allem die Erhöhungen der Durchschnittslöhne betrifft. In realer Betrachtung ergibt sich aus diesen Perspektiven aufgrund des vorübergehenden Anstiegs der Teuerung im laufenden Jahr bei den Löhnen gemäss BFS ein Rückgang, im nächsten Jahr, bei geringerer Inflationsrate, steigen die Reallöhne nach beiden Konzepten in laufender Betrachtung wieder an.

2.4.3 ERTRAGSLAGE

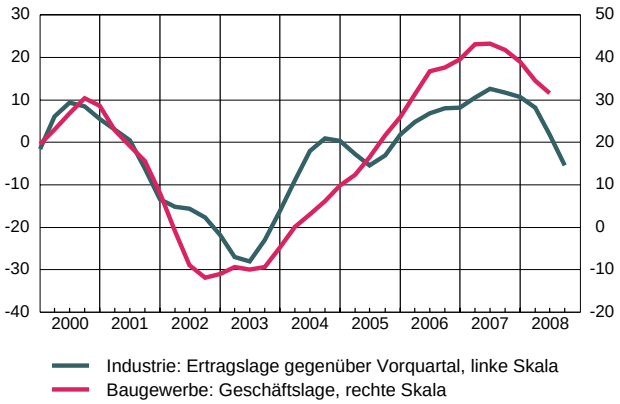
Seit Mitte des Jahres 2004 hat sich der Anteil der Lohneinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung – abgesehen von einer Stagnationsphase im Jahr 2005 – fast stetig erhöht. Die anhaltend gute konjunkturelle Lage in den vergangenen Jahren führte zu einem zum Teil kräftigen Aufbau der Personalbestände. Die vollzeitäquivalente Beschäftigung blieb in den Jahren 2003 bis 2005 praktisch konstant. In den Jahren 2006 und 2007 nahm sie um 1.4% bzw. 2.7% zu. Vor dem Hintergrund dieser Beschäftigungsentwicklung stiegen die nominellen Durchschnittslöhne seit dem Jahr 2005 kräftig an. In den Jahren 2005 bis 2007 zeigten sie Wachstumsraten von 3.0%, 2.5% bzw. 1.5%. Am Anfang konjunktureller Erholungsphasen erhöhen die Firmen ihre Produktion, warten aber noch mit der Einstellung von zusätzlichem Personal. Dadurch steigt die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Dies geschah beispielsweise in den Jahren 2004 bis 2006. Die Produktivität nahm um 2.5%, 2.3% bzw. 2.0% zu. Aufgrund des relativ starken Beschäftigungsanstiegs im Jahr 2007 erhöhte sich die Produktivität nur noch leicht (0.6%).

Die Schweizer Industrieunternehmen beurteilten ihre Ertragslage Mitte des Jahres 2007 extrem positiv. Die Saldowerte – die Differenz zwischen gewichteten positiven und negativen Meldungen – der KOF-Industrieumfrage erreichten neue Höchststände. Seither hat sich die Einschätzung der Unternehmen etwas eingetrübt. Insbesondere die stark exportorientierten Industriefirmen schätzen ihre Ertragslage nicht mehr so positiv ein. Bei den stark binnenorientierten Firmen hat sich die Ertragslage nur leicht eingetrübt. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass die Einschätzung immer noch leicht überdurchschnittlich ist.

Grafik 2.4.3-1

Ertragslage und Geschäftslage im zweiten Sektor

(glatte Komponente, Saldo gemäss KOF-Konjunkturumfrage)



34% der Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage als gut und nur 10% als schlecht. Die Produktion in der Industrie wurde seit 2004 stetig erhöht. Die Umsätze der Industriefirmen zeigen gemäss Angaben des BFS seit 2003 eine beeindruckende Steigerung: Von Anfang 2003 bis zum 1. Quartal 2008 (den letzten verfügbaren Daten) stieg der Umsatz-Index um über 40%. Die kräftigste Zunahme erfolgte im Jahr 2006. Seit Mitte 2007 ist der Index in eine Seitwärtsbewegung übergegangen. Die Beschäftigtenzahl in der Industrie wurde nach einer Stagnation in den Jahren 2004 und 2005 in den letzten Jahren deutlich aufgestockt. In den Jahren 2006 und 2007 betrug die Zunahme jeweils rund 3%. Da der Umsatz deutlich kräftiger als die Beschäftigtenzahl zunahm, wuchs der Umsatz pro Beschäftigten in den letzten Jahren an. Im Jahr 2006 stieg er um satte 10%. Im letzten Jahr

konnte er aufgrund der abgeschwächten Entwicklung bei den Umsätzen «nur noch» um 5 % zulegen. Verglichen mit diesen Werten stiegen die Nominallöhne in der Industrie nur schwach: In den Jahren 2006 und 2007 legten sie um 1.1 % bzw. 1.5 % zu. Die Preise für Industriegüter konnten in den letzten Jahren von einer Mehrheit der Firmen angehoben werden.

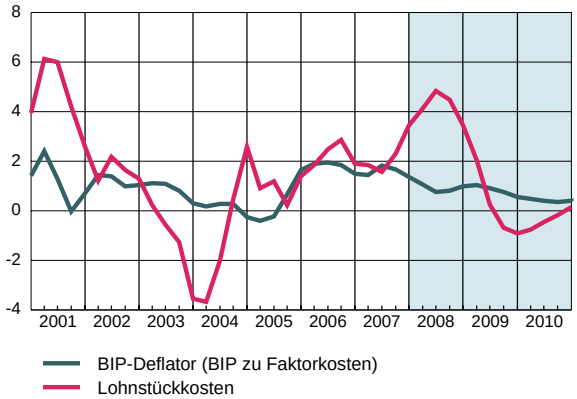
Im letzten Jahr hat sich die Geschäftslage im Bausektor etwas eingetrübt. Aufgrund der sehr positiven Umfrageresultate in den vorangegangenen Jahren bewegt sich der Indikator Geschäftslage aber immer noch auf einem hohen Niveau. Die Einschätzungen der Firmen liegen in der jüngsten Umfrage (2. Quartal 2008) ungefähr auf dem gleichen Stand wie beim konjunkturellen Höhepunkt im Jahr 2000. Die vom Schweizer Baumeisterverband erhobene Bautätigkeit legte in den Jahren 2006 und 2007 kräftig zu. Die nominellen Bauinvestitionen gemäss VGR stiegen im Jahr 2006 und 2007 um jeweils 1.6 %. Der Baupreisindex bewegte sich allerdings auch deutlich aufwärts. In den letzten beiden Jahren resultierten Steigerungsraten von 3.1 % bzw. 4.0 % und übertrafen die nominelle Zunahme der Bauinvestitionen, so dass real eine Abnahme resultierte. Der nominelle Umsatz pro Beschäftigten nahm im Jahr 2006 um rund 4 % zu. Im Jahr 2007 rutschte er zuerst deutlich ab, um in der zweiten Jahreshälfte umso kräftiger zuzunehmen. Über das ganze Jahr resultierte eine Zunahme um fast 5 %.

Die Geschäftslage bei den Banken hat sich seit Ende des Jahres 2007 deutlich eingetrübt. Zuvor beurteilten 80 % bis 90 % der Institute ihre Geschäftslage als gut, in der aktuellen Erhebung von August vertraten noch 13 % diese Ansicht. Eine schlechte Geschäftslage wurde von lediglich 4 % beklagt. Die Mehrheit der Firmen wechselte demnach zu einer neutralen Einschätzung. Damit bewegen sich die Einschätzungen wieder ungefähr auf dem Stand von Mitte des Jahres 2003. Seit dem 3. Quartal 2007 sind Bruttoertrag und Bruttogewinn der Banken rückläufig. In der ersten Jahreshälfte 2007 waren die Banken sowohl im Zinsen- wie im Kommissionsgeschäft erfolgreich, im zweiten Halbjahr drehte der Wind allerdings in beiden Geschäftsfeldern. Das Handelsgeschäft läuft seit Anfang des laufenden Jahres ebenfalls nicht mehr so erfreulich. Die Firmen haben ihre Beschäftigung rasch der Geschäftssituation angepasst und sie im 1. Quartal 2008 reduziert.

Bei den Versicherungen präsentiert sich die Geschäftslage deutlich positiver. Zwar gingen die Nettoerträge aus Kapitalanlagen seit Ende des Jahres 2007 deutlich zurück, die Bruttoprämien nahmen aber weiter zu. Trotz ebenfalls steigender Zahlungen für Versicherungsfälle beurteilt fast die Hälfte der Firmen ihre Geschäftslage als gut und praktisch alle übrigen als befriedigend. Wie bereits seit einigen Jahren gibt keine Versicherung an, mit einer schlechten Geschäftssituation konfrontiert zu sein.

Im Dienstleistungssektor ist die Geschäftslage allgemein gut. Die KOF verfügt über Daten für das Gastgewerbe, den Detailhandel sowie die «übrigen Dienstleistungsbranchen». Im Gastgewerbe ist der Absatz im Jahr 2007 und den ersten beiden Quartalen 2008 deutlich gestiegen, entsprechend ist die Ertragslage für die meisten Firmen gut oder befriedigend. Seit Ende des Jahres 2007 haben sich die Indikatoren allerdings leicht abgeschwächt. Im Detailhandel sind die Absätze in den letzten sechs Quartalen deutlich gestiegen. Gleichzeitig hat die Beschäftigtenzahl nur leicht zugenommen, woraus sich ein deutlich gestiegener Umsatz pro Beschäftigten ergibt. Bei den übrigen Dienstleistungsbranchen haben sich Geschäfts- und Ertragslage seit Ende des Jahres 2007 ebenfalls eingetrübt, der Saldowert befindet sich aber nach wie vor im positiven Bereich.

Grafik 2.4.3-2
Preise und Lohnstückkosten mit Prognose
(glatte Komponente, Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresbasis, in %)



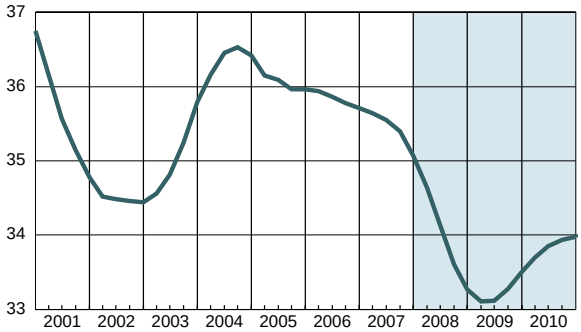
Im laufenden Jahr dürfte die vollzeitäquivalente Beschäftigung in der Schweiz noch um 2.3% zunehmen. Für das Wachstum sind aber vor allem die ersten beiden Quartale verantwortlich, im zweiten Halbjahr fallen die Verlaufswachstumsraten wieder unter die 1%-Marke. Für 2009 ist mit durchgängig leicht rückläufigen Beschäftigtenzahlen im Verlauf zu rechnen; im Vergleich mit dem Vorjahr erwarten wir einen Rückgang um 0.6%. Im Jahr 2010 werden die Verlaufswachstumsraten dann wieder positiv, infolge des negativen Überhangs ergibt sich aber noch eine Abnahme um 0.8%. Aufgrund der in diesem Jahr weiter kräftig zunehmenden Beschäftigtenzahl, dürfte die Arbeitsproduktivität kurzfristig leicht zurückgehen, für 2008 um 0.4%. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Beschäftigtenzahl reduziert, die Produktivität wächst wieder um 0.9% (2009) bzw. 2.3% (2010). Die Durchschnittslöhne steigen im laufenden Jahr um 3.5%, in den folgenden beiden Jahren um 2.8% bzw. 1.7%. Aufgrund dieser Entwicklungen werden die Lohnstückkosten im laufenden Jahr um rund 4% ansteigen. Im Jahr 2009 dürften sie mit 1.9% noch moderat steigen. Gegen Ende des Prognosehorizontes nimmt die Arbeitsproduktivität wieder kräftiger zu, somit dürften die Lohnstückkosten im Jahr 2010 leicht zurückgehen (–0.6%). Der BIP-Deflator zu Faktorkosten – ein Mass für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau – geht im Prognosezeitraum zurück: Während er im laufenden Jahr noch 1.2% betragen dürfte, sind für 2009 und 2010 Werte von 0.9% bzw. 0.5% zu erwarten. Der durch die steigenden Lohnstückkosten verursachte Kostenschub kann somit nur zum Teil auf die Güterpreise überwälzt werden. Die Auswirkungen davon zeigen sich auch beim Bruttobetriebsüberschuss. Im laufenden Jahr dürfte er um rund 2%, und im Jahr 2009 um 1% zurückgehen. Erst im Jahr 2010 dürfte er auf den Wachstumspfad zurückkehren und um gut 4% zunehmen.

Die Gewinnquote berechnet sich als Anteil der Kapitaleinkommen am Bruttoinlandprodukt. Im Lauf des Jahres 2008 ergibt sich aufgrund der stark zunehmenden Nominallöhne eine deutliche Verschiebung zugunsten der Lohneinkommen. Entsprechend geht der Anteil der Kapitaleinkommen in diesem Jahr zurück. Die Gewinnquote dürfte im Jahr 2008 von 35% auf rund 33% sinken. Mit der eintretenden Stabilisierung der Löhne und den steigenden Bruttobetriebsüberschüssen der Unternehmen wird die Gewinnquote in den Jahren 2009 und 2010 wieder auf 34% zunehmen.

Grafik 2.4.3-3

Gewinnquote mit Prognose

(Bruttobetriebsüberschuss in % des nominellen BIP, glatte Komp.)



Die Ertragslage der einzelnen Branchen wird nicht separat prognostiziert. Die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen lassen aber gewisse Rückschlüsse auf die Gewinnentwicklungen zu. Aufgrund des vergleichsweise ungünstigen Verlaufs der Warenexporte im Jahr 2009 ist für die exportorientierten Industriefirmen keine rasche Erholung der Ertragslage in Sicht. Mit der konjunkturellen Abkühlung in der Schweiz dürfte sich die Ertragslage auch bei den stark binnenorientierten Firmen eintrüben. Die Bauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum nur noch schwach zunehmen. Für 2008 rechnen wir mit einem Wachstum von 0.4%, für 2009 und 2010 mit 0.8% bzw. 0.7%. Der daraus resultierende Preisdruck im Baugewerbe dürfte die Margen drücken und die Ertragslage der Firmen negativ beeinflussen. Die Entwicklungen im Finanzsektor sind derzeit sehr schwierig einzuschätzen. Aufgrund der grossen Turbulenzen sind die Aussichten für die Ertragslage eher negativ. Die Bereiche Detailhandel und Gastgewerbe hängen zu einem grossen Teil mit dem privaten Konsum zusammen. Dieser wird im Prognosezeitraum um gut 1% wachsen und die Ertragslage in diesen Branchen etwas stützen.

Tabelle 2.4.3-1

Bruttobetriebsüberschuss, Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten 2005–2010

	2005 nominell in Mio. Fr.	2005 Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in % 2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen	463'139	100.0	5.2	5.2	3.1	1.2	2.2
Arbeitnehmerentgelt (Inlandkonzept)	287'393	62.1	5.3	5.3	5.9	2.2	0.8
Produktionssteuern und Einfuhrabgaben abzügl. Subventionen	14'430	3.1	10.2	10.2	3.3	2.4	7.7
Bruttobetriebsüberschuss der Volkswirtschaft	161'315	34.8	4.5	4.3	-2.0	-0.8	4.4
Arbeitsproduktivität pro Vollzeitbeschäftigten	-	-	2.0	0.6	-0.4	0.9	2.3
Lohnstückkosten (1)	-	-	1.8	1.9	3.9	1.9	-0.6

(1) Arbeitnehmerentgelt dividiert durch BIP real

Quelle: BFS, eigene Berechnungen

2.5 ERTRAGSBILANZ

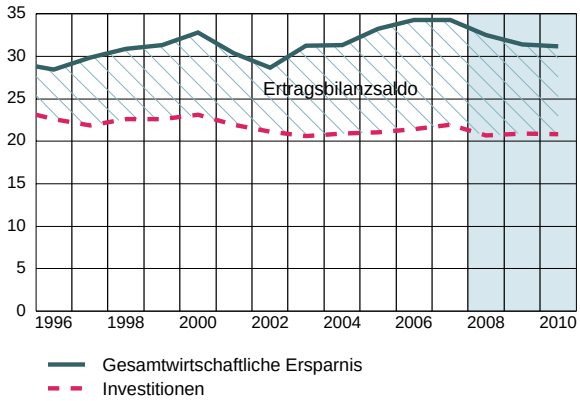
Überschuss der Handels- und Dienstleistungsbilanz weitete sich 2007 nochmals aus

Der Überschuss der Ertragsbilanz reduzierte sich im Jahr 2007 von knapp 74 Mrd. auf 71 Mrd. Fr. gegenüber 2006. Im Jahr 2007 erreichten sowohl der Handel mit Waren wie auch der Handel mit Dienstleistungen kräftige Zuwächse. Während sich die Exporte bis Mitte des Jahres weiter beschleunigten, die Wachstumsdynamik in der Folge aber aufgrund des schwächeren weltwirtschaftlichen Umfeldes nachliess, zeigten die Importe einen gleichmässigeren, aber auch weniger ausgeprägten Verlauf. Der Überschuss aus dem Warenhandel weitete sich damit nochmals aus und belief sich im Jahr 2007 auf rund 10 Mrd. Fr. Im 1. Quartal 2008 erhöhte sich der Überschuss aufgrund der starken Exportnachfrage gegenüber dem Vorquartal auf rund 3.4 Mrd. Fr. Gleichzeitig verbesserten sich die Terms of Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) im ersten Halbjahr 2008 leicht gegenüber 2007. Der Exportüberschuss beim Dienstleistungshandel erhöhte sich gleichzeitig auf knapp 11.6 Mrd. Fr. Im Jahr 2007 erreichte dieser einen Saldo von 38 Mrd. Fr. Auch hier entwickelten sich die Einnahmen im Jahr 2007 bei einem positiven Verlauf insbesondere der Tourismusexporte und des Transithandels besser als die Ausgaben. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die für die Schweiz vorteilhafte Situation beim Wechselkurs und die hohen Rohwarenpreise. Zusätzlich stieg der Saldo bei den Privatversicherungen auch im 1. Quartal weiter an. Der Saldo der Bankkommissionen wuchs 2007 weiter, ging im 1. Quartal des laufenden Jahres vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hingegen zurück.

Grafik 2.5.-1

Ertragsbilanzsaldo, Ersparnis und Investitionen

(in % des nominellen BIP, ohne Wertsachen)



Zunehmender Passivsaldo der Arbeitseinkommen 2007

Aufgrund des weiteren Anstiegs der Zahl ausländischer Grenzgänger und Kurzaufenthalter und der Löhne weitete sich das Defizit im Jahr 2007 auf 11.7 Mrd. Fr. aus. Der Saldo verringerte sich im 1. Quartal leicht gegenüber dem Vorquartal und betrug noch 3.1 Mrd. Fr. Vor dem Hintergrund einer etwas schwächeren Konjunkturentwicklung hat sich die Zahl der ausländischen Kurzaufenthalter verringert.

Sinkende Nettoerträge aus Kapitaleinkommen

Die Finanzkrise hinterliess ihre Spuren auch bei den Kapitaleinkommen. Neben den Erträgen aus Portfolioanlagen sanken im 1. Quartal 2008 auch die Einnahmen aus ausländischen Direktinvestitionen. Der Saldo der Erträge aus Direktinvestitionen sank damit im

Jahr 2007 auf 24 Mrd. Fr. und ergab im 1. Quartal – u.a. aufgrund der Übernahme von Serono durch Merck – gar ein Defizit von 1.6 Mrd. Fr. Auch der Saldo der Erträge aus Portfolioanlagen ging im 1. Quartal trotz höherer Zinsen leicht zurück und erreichte einen Stand von rund 3.7 Mrd. Fr. Damit verringerten sich die Nettoerträge aus Kapitaleinkommen im 1. Quartal 2008 auf rund 2.7 Mrd. Fr., nachdem sich diese bereits im Jahr 2007 auf 45 Mrd. Fr. verringert hatten.

Abnehmender Passivsaldo der laufenden Übertragungen

Der Passivsaldo der laufenden Übertragungen sank im Jahr 2007 auf rund 10.8 Mrd. Fr. Auch im 1. Quartal 2008 setzte sich diese Tendenz fort, wodurch ein Saldo von etwa 1.4 Mrd. Fr. erreicht wurde. Bei steigenden Prämieneinnahmen der Privatversicherungen auf der Einnahmenseite stiegen im Betrachtungszeitraum gleichzeitig die Überweisungen an ausländische Arbeitskräfte und die Ausgaben der Sozialversicherungen sowie die Überweisungen an internationale Organisationen deutlich an, wodurch sich der Überschuss insgesamt reduzierte.

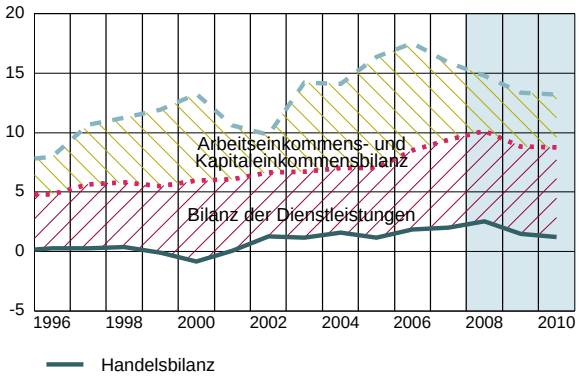
Überschuss der Ertragsbilanz sinkt im Prognosezeitraum

Im Prognosezeitraum wird der Saldo der Ertragsbilanz vor dem Hintergrund eines verschlechterten internationalen Umfelds auf 67 Mrd. Fr. im Jahr 2008 und 60 Mrd. Fr. im darauf folgenden Jahr sinken. Der Überschuss der Handelsbilanz geht zwar im Verlauf leicht zurück, wird sich 2008 aber aufgrund der besseren Entwicklung bei den Exporten auf 12 Mrd. Fr. ausweiten, um im folgenden Jahr auf 6.3 Mrd. Fr. zu sinken. Auch erhöht sich der Saldo der Dienstleistungsbilanz nochmals auf 40 Mrd. Fr., geht aber im Jahr 2009 auf 39 Mrd. Fr. zurück. Während der Überschuss bei den übrigen Dienstleistungen in beiden Jahren steigen wird, steigt der Positivsaldo beim Tourismus zunächst deutlich an und geht im Jahr 2009 wiederum zurück. Der Passivsaldo der Arbeitseinkommensbilanz erhöht sich im laufenden und darauf folgenden Jahr trotz einer etwas schlechteren Arbeitsmarktsituation weiter auf 11.9 und 12.6 Mrd. Fr. Gleichzeitig sinkt der Überschuss der Kapitaleinkommensbilanz im Jahr 2008 aufgrund des instabilen finanziellen Umfelds zunächst auf 36.6 Mrd. Fr., um sich im Jahr 2009 leicht auf 36.7 Mrd. Fr. auszuweiten. Der Saldo der Erträge aus Direktinvestitionen dürfte sich auch im laufenden Jahr weiter verringern. Das Defizit der laufenden Übertragungen wird in beiden Jahren auf 11.1 Mrd. Fr. resp. auf 11.3 Mrd. Fr. ansteigen. Die Rentenanpassung der AHV/IV im Jahr 2009 sollte zu erhöhten Ausgaben führen. Zusätzlich kann damit gerechnet werden, dass die Überweisungen an Angehörige ins Ausland im Prognosezeitraum weiter steigen.

Grafik 2.5.-2

Salden wichtiger Teilbilanzen

(in % des nominellen BIP, ohne Wertsachen)



ANHANG: DATENBASIS

1. KOF-KONJUNKTURSZENARIO UND AMTLICHE STATISTIK

Hauptquelle der für den vorliegenden Bericht verwendeten Daten für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) – das Bruttoinlandprodukt (BIP) und die nach Verwendungsart gegliederten BIP-Komponenten (Konsum, Investitionen, Exporte und Importe) sowie die Produktions- und Verteilungstransaktionen – sind die Ende August und Anfang Juli 2008 veröffentlichten definitiven Jahresdaten für 2005 und die Jahre davor sowie die provisorischen Angaben für 2006 und 2007 des Bundesamts für Statistik (BFS). Für die Ermittlung der Quartalsdaten bis 2007 wurde das Saisonmuster der Quartalsschätzungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) verwendet. Wegen geänderter Indikatoren fällt dieses Muster für die Industrieproduktion, die Gütersubventionen, den privaten Konsum und das BIP anders aus. Nach den Revisionen hat sich u.a. der Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung 2007 stark verändert. Neu war das Wirtschaftswachstum am Anfang und am Ende des Jahres am kräftigsten. Für den Aussenhandel wurden die Schätzungen des SECO übernommen, wobei die Warentransaktionen arbeitstagsbereinigt sind. Aufgrund einer Revision der Bauerhebung wurde die nächstjährige Anpassung der BFS-Angaben bereits vorweggenommen. Da es sich um eine Revision öffentlicher Ausgaben im Bildungswesen handelt, wurde diese Anpassung BIP-neutral beim öffentlichen Konsum kompensiert. Die Aufteilung der Warenexporte und -importe nach Ländern ist anhand entsprechender Angaben der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV), die Aufteilung nach konjunkturrelevanten Warenströmen und nicht konjunkturrelevanten Wertsachen mit Angaben des SECO vorgenommen worden.

Quellen für nationale und internationale Zinssätze, für Wechselkurse sowie Geldmengen und Aktienindizes sind die Statistiken der Schweizerischen Nationalbank (SNB); für die verschiedenen Preisindizes der Schweiz wurden Statistiken des BFS herangezogen. Die übrigen internationalen Daten stammen von der OECD. Für die Wertschöpfung in der EU wurden die Angaben über die erweiterte EU (27 Länder) für die Zeit vor 1995 mit früheren OECD-Angaben zu den 15 bisherigen Mitgliedsländern verkettet.

Die Angaben über Produktion, Löhne, Bevölkerung und Beschäftigung sowie die Leerwohnungsziffer stammen aus Statistiken des BFS, diejenigen über Arbeitslosigkeit, Stellensuchende und offene Stellen aus Angaben des SECO. Das von der KOF berechnete durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt – Lohnsumme inkl. Sozialbeiträge der Arbeitgeber geteilt durch Anzahl Vollzeitäquivalente – wird nunmehr «Durchschnittslohn» genannt. Die Indikatoren für die Arbeitsmarkt- und Gütermarktanspannung konnten aus Umfragedaten der KOF generiert werden. Die Daten zur Ertragsbilanz wurden aus der VGR des BFS gewonnen; die Abgrenzung weicht für einzelne Reihen von derjenigen der SNB ab.

Die Saisonbereinigung der Quartalsdaten der Dientsleistungsexporte und -importe erfolgte mittels der X12-Variante des Census- X12-Verfahrens, die übrigen mit der X11-Variante. Bei Daten aus dem Ausland wurde – soweit nötig – auf bereits saisonbereinigte Werte zurückgegriffen. Bei Daten, von denen nur Jahreswerte vorliegen, mussten Quartalswerte – soweit möglich – mit Hilfe von geeigneten Indikatoren gebildet werden. Bei fehlenden Indikatoren wurde linear interpoliert. Bei den in dieser Publikation ausgewiesenen Grössen sind die saisonbereinigten Werte an die Jahreswerte angepasst worden

(Summenerhalt). Im Übrigen ist festzuhalten, dass die KOF unterjährige Verlaufswachstumsraten stets annualisiert ausweist.

In der von der KOF vierteljährlich veröffentlichten Prognose werden alle zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung verfügbaren Informationen genutzt, was zur Folge hat, dass die Einschätzung für die jüngere Vergangenheit von derjenigen des SECO abweichen kann. Diese Differenzen lassen sich teilweise durch die Verwendung aktuellerer Informationen und teilweise durch die Art der Modellierung der zu bestimmenden Grössen erklären.

Seit der Umstellung der Prognoseerstellung auf das ESVG95 im Frühjahr 2004 wird das für die Preisbereinigung relevante Basisjahr – das Referenzjahr – möglichst aktuell gewählt; in der vorliegenden Prognose wurde auf das Referenzjahr 2005 umgestellt. Für genauere Angaben zu der Berechnung der verketteten Volumen und Deflatoren, der Zwischenaggregate sowie die Berechnung der Lagerveränderung wird auf die Angaben in «KOF Analysen Herbst 2007» verwiesen. Das Quartalsmuster der Lagerveränderungen zu Vorjahrespreisen wurde bisher den nominellen Lagerveränderungen entnommen. Mit dieser Prognose wurde auf das implizite Quartalsmuster in den Investitionsdaten der SECO umgestellt.

Die KOF weist zwei verschiedene Sparquoten aus. Die «normale» beinhaltet die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche (Rentenansprüche bei Pensionskassen). Im Unterschied zum BFS wird dieses Sparen jedoch ins Verhältnis zum verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme der Versorgungsansprüche gesetzt und kann somit als Sparanteil interpretiert werden. Die zweite Sparquote, das so genannte «freie Sparen», klammert die Zunahme der Versorgungsansprüche sowohl im Zähler als auch im Nenner aus.

Mit der Revision der VGR ist die Lagerabnahme für 2006 um etwa 1 Mrd. Fr. erhöht worden. Die Differenz der nominellen Vorratsveränderungen zu denjenigen zu Vorjahrespreisen («real») hat sich sogar etwas stärker vergrössert. So weisen die Daten des BFS für 2006 zu laufenden Preisen einen unveränderten Lagerbestand aus. Zu Vorjahrespreisen nimmt der Bestand jedoch um 3.8 Mrd. Fr. ab. Für 2007 steht einer nominellen Zunahme um 0.5 Mrd. Fr. eine Abnahme um 3.2 Mrd. Fr. gegenüber. In den hier veröffentlichten Prognosen wird dieser Lagerabbau Mitte 2009 durch einen schwachen Lageraufbau abgelöst. Die statistische Differenz aus der Lagerbewertung fängt die Diskrepanz zwischen den nominellen Vorratsveränderungen und den auf. Die Erhöhung dieser statistischen Differenz in einem Jahr entspricht im Wesentlichen der Lagerdiskrepanz im Vorjahr.

In der Zeit vor der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU (1.6.2007) wurden wegen der Ausschöpfung der Kontingente für Jahresaufenthalter eine erhöhte Anzahl Kurzaufenthalter registriert. Die Konvertierung dieser Aufenthaltsbewilligungen in Jahresaufenthalter erfolgte laufend bis Ende Mai 2008. Von diesen Verschiebungen dürfte das Arbeitsvolumen, jedoch nicht die Beschäftigung tangiert sein.

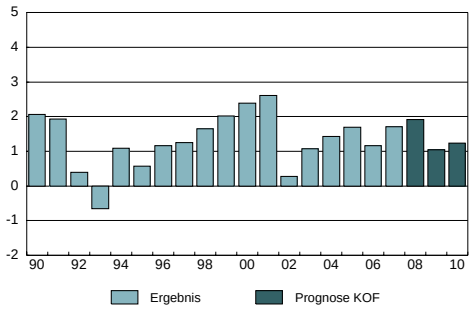
Die Modellrechnungen wurden mit dem Softwarepaket TROLL durchgeführt, die Datenaufbereitung und die Erstellung der meisten Grafiken erfolgten mit FAME.

2. STANDARDGRAFIKEN

Grafik A-1a

Konsumausgaben insgesamt mit Prognose

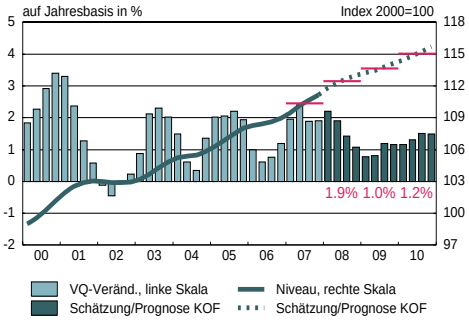
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-1b

Konsumausgaben insgesamt mit Prognose

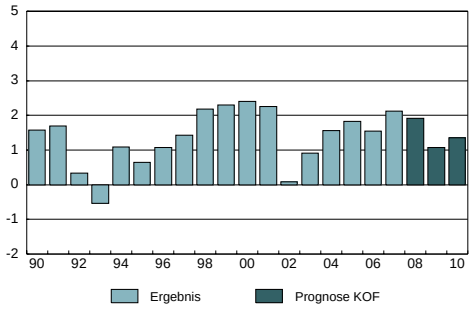
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-2a

Konsumausgaben private Haushalte und POoE mit Prognose

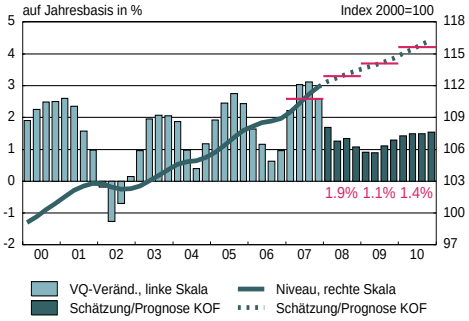
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-2b

Konsumausgaben private Haushalte und POoE mit Prognose

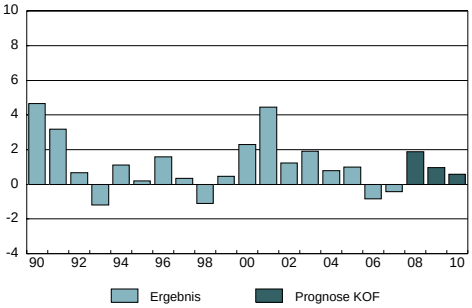
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-3a

Konsumausgaben Staat mit Prognose

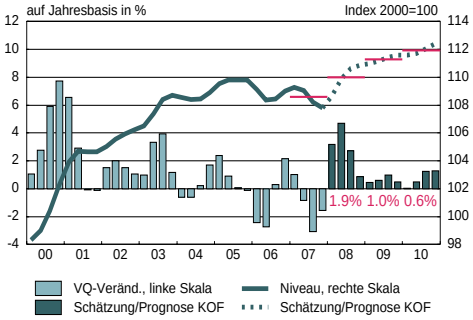
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-3b

Konsumausgaben Staat mit Prognose

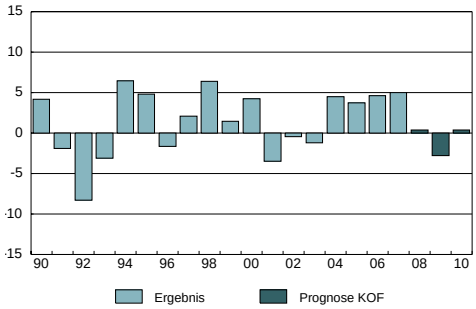
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-4a

Anlageinvestitionen mit Prognose

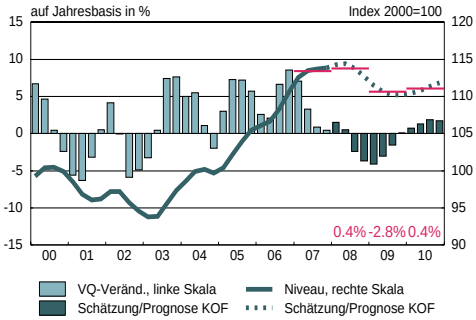
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-4b

Anlageinvestitionen mit Prognose

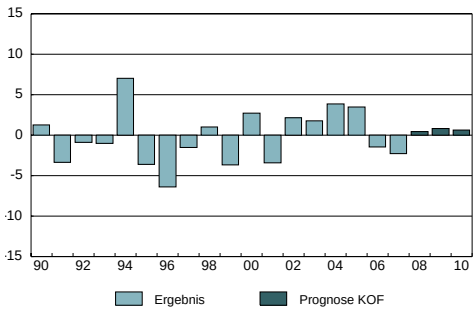
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-5a

Bauinvestitionen mit Prognose

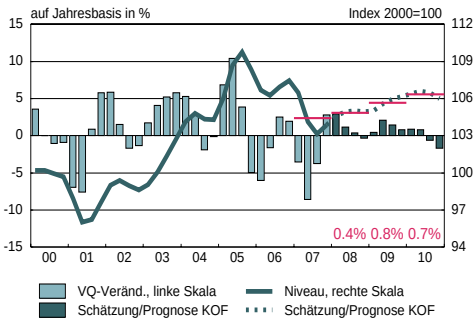
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-5b

Bauinvestitionen mit Prognose

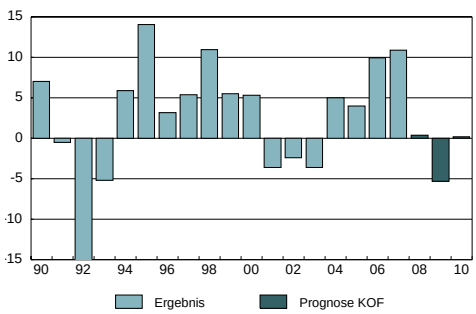
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-6a

Ausrüstungsinvestitionen mit Prognose

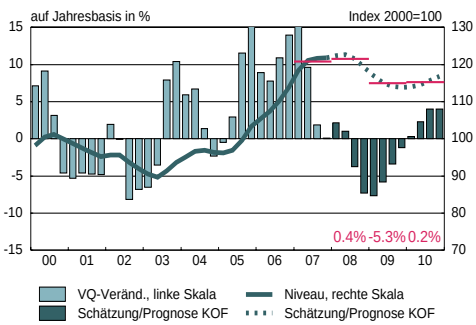
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-6b

Ausrüstungsinvestitionen mit Prognose

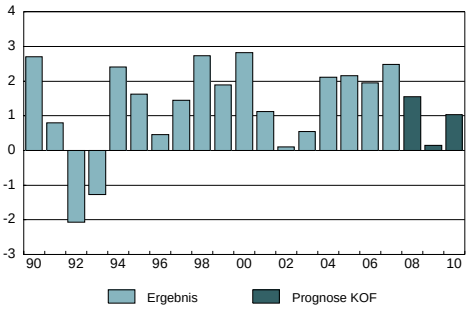
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-7a

Inländische Endnachfrage mit Prognose

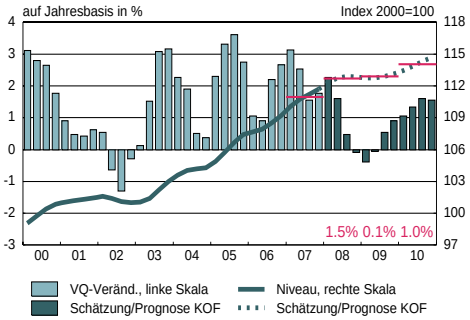
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-7b

Inländische Endnachfrage mit Prognose

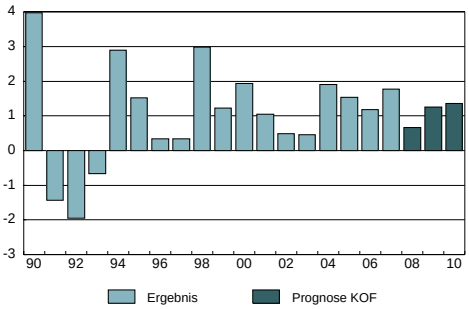
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-8a

Inlandnachfrage mit Prognose

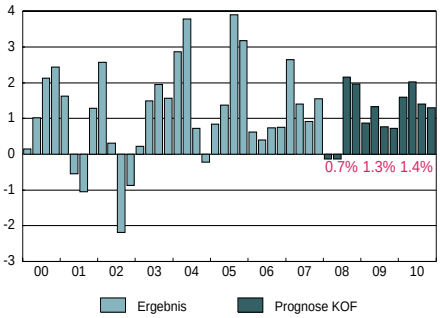
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-8b

Inlandnachfrage mit Prognose

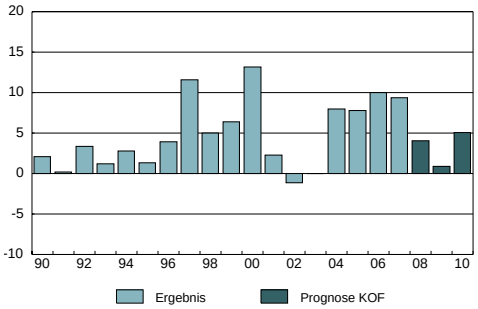
(reale Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresbasis zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-9a

Exporte (Waren und Dienstleistungen) mit Prognose

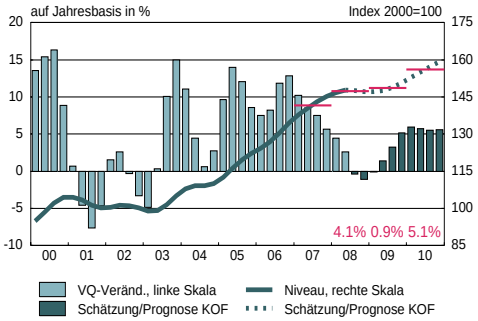
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-9b

Exporte (Waren und Dienstleistungen) mit Prognose

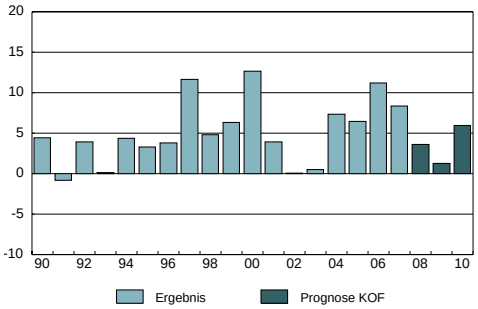
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-10a

Warenexporte mit Prognose

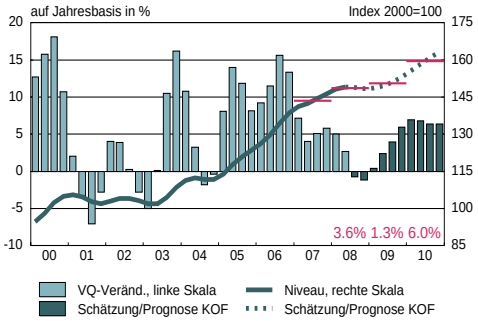
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-10b

Warenexporte mit Prognose

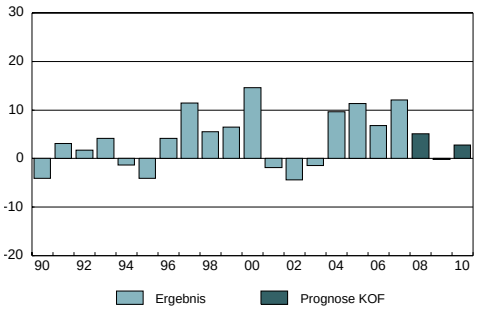
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-11a

Dienstleistungsexporte mit Prognose

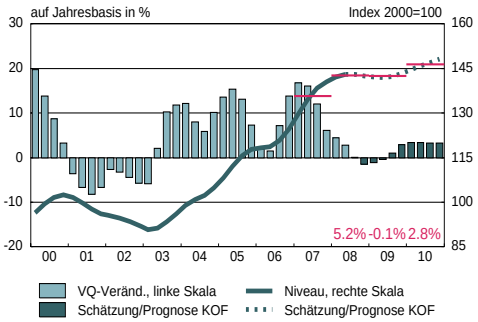
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-11b

Dienstleistungsexporte mit Prognose

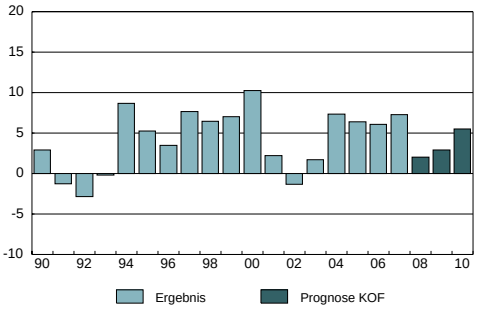
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-12a

Importe (Waren und Dienstleistungen) mit Prognose

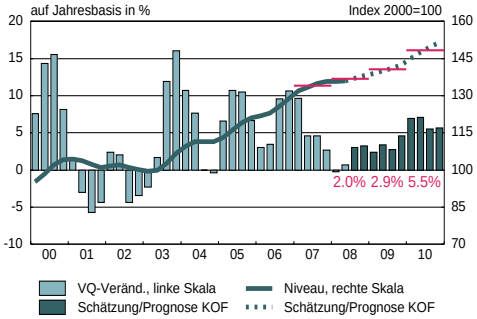
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-12b

Importe (Waren und Dienstleistungen) mit Prognose

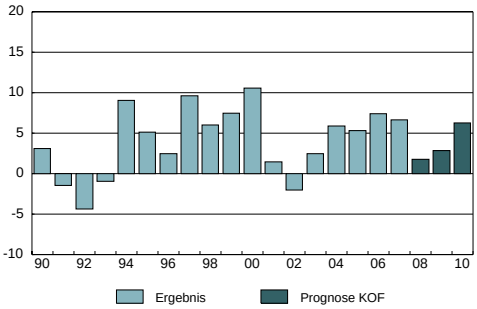
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-13a

Warenimporte mit Prognose

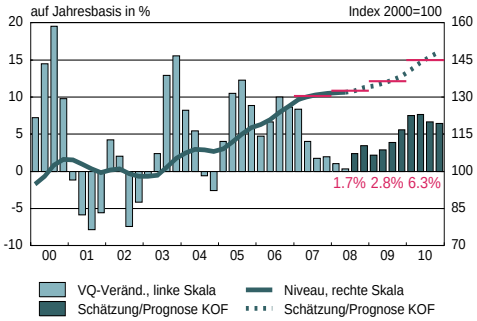
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-13b

Warenimporte mit Prognose

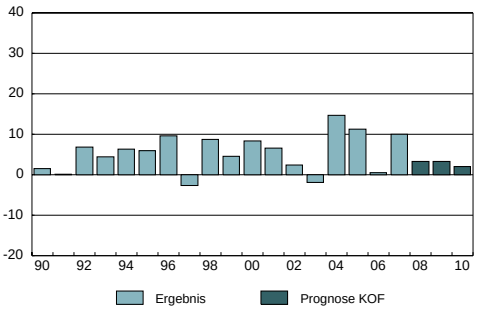
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-14a

Dienstleistungsimporte mit Prognose

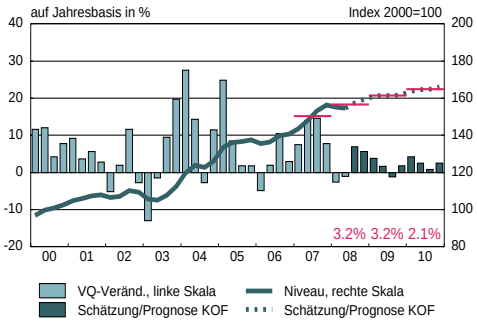
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-14b

Dienstleistungsimporte mit Prognose

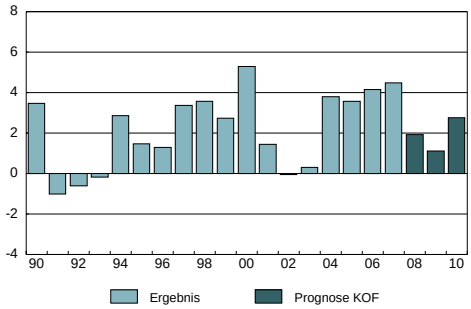
(real, verkettet, glatte Komponente)



Grafik A-15a

Gesamtnachfrage mit Prognose

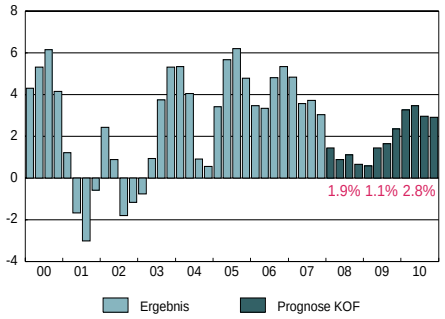
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-15b

Gesamtnachfrage mit Prognose

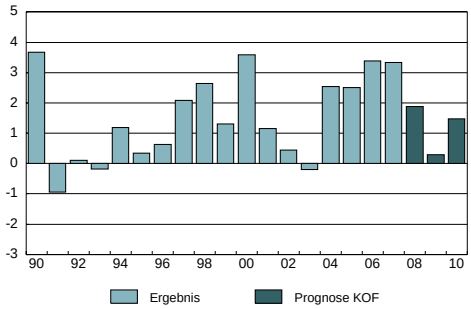
(reale Veränderung gegenüber Vorjahr auf Jahresbasis zu Preisen des Vorjahres, in %)



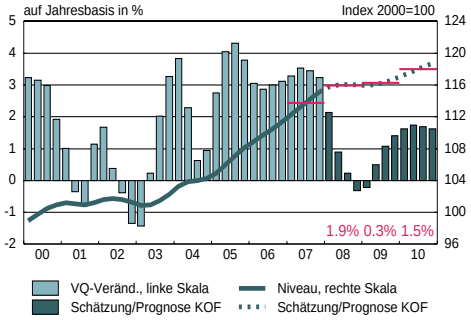
Grafik A-16a

Bruttoinlandprodukt mit Prognose

(reale Veränderung gegenüber Vorjahr zu Preisen des Vorjahres, in %)



Grafik A-16b

Bruttoinlandprodukt mit Prognose

(real, verkettet, glatte Komponente)